

5. PILZE

Rote Liste gefährdeter Großpilze Österreichs 2. Fassung

Von Irmgard Krisai-Greilhuber (Wien)

Unter Mitarbeit von W. Dämon (Salzburg), A. Hausknecht (Maissau), W. Klofac, A. Mader und K. Mader (alle Wien), M. Moser (Innsbruck) sowie T. Rücker (Salzburg)

Einleitung

Von den vielfältigen Veränderungen unserer Umwelt durch den Menschen sind in den vergangenen Jahrzehnten neben vielen anderen Organismen auch die Pilze betroffen. Neben einer geringen Zunahme weniger Arten nehmen die Bestände vieler Arten von Jahr zu Jahr teilweise sehr stark ab. Leider fand der Pilzschutz weltweit bisher nur in wenigen Ländern Beachtung.

Pilze sind bedeutend für das Funktionieren von Ökosystemen, als Glieder der Koevolution mit Pflanzen und Tieren, für Fortschritte in den Bereichen der Medizin und Ernährung sowie als – großteils noch unerforschte und unausgenützte – genetische Ressource (HAWKSWORTH 1991). Besonders in den terrestrischen Ökosystemen sind Pilze essentielle Bestandteile des Stoffkreislaufs (ARNOLDS 1995): als Reduzenten, d. h. als Abbauer, Verwerter und Mineralisierer organischer Substanzen, wirken sie komplementär zu den Bakterien. Durch ihre Lebensweise als Saprotrophe, Symbionten (Mykorrhizapartner, Flechten), Parasiten (Biotrophe) und als Nahrung für andere Organismen spielen viele Pilze auch für Land- und Forstwirtschaft eine bedeutende Rolle. Sie haben ihren Platz in der Erziehung und bringen vielen Menschen Freude. Auch ethische Gründe in der Verantwortung des Menschen für die Vielfalt der Organismen schließen die Pilze mit ein (vgl. ARNOLDS 1991). Pilze sind also unbedingt erhaltens- und schutzwürdig. Voraussetzung für qualifizierte Naturschutzmaßnahmen und für die Bewahrung der genetischen Vielfalt der Organismen ist die genaue Erfassung der Floren und Faunen und in der Folge die Kenntnis der gefährdeten Arten und der Gefährdungsursachen. Daher erfuhr in den vergangenen Jahren die Biodiversitätsforschung international neue Impulse (HAWKSWORTH 1991, 1997).

In Europa existieren nationale Rote Listen gefährdeter Pilze für Bulgarien (in Arbeit), Dänemark (VESTERHOLT & KNUDSEN 1990), Deutschland (BENKERT 1982, WINTERHOFF 1984, 1992, BENKERT & al. 1996), Estland (zitiert in KREISEL 1982), Finnland (RASSI & VÄISÄNEN 1987), Frankreich (COURTECUISSE, in Arbeit), Großbritannien (ING 1992), Lettland und Litauen (beide zitiert in KREISEL 1982), die Nie-

derlande (ARNOLDS 1989), Norwegen (BENDIKSEN & HØILAND 1992), Polen (WOJEWODA & LAWRYNOWICZ 1992), Rußland (Red Data Book in Arbeit), Schweden (FLORAVÅRDSKOMMITTÉN 1991), die Schweiz (SENN-IRLET, schriftl. Mitt., in Arbeit, Erscheinen noch 1997 geplant), die Slowakei (LIZON 1995 a), Spanien (zitiert in COURTECUISSÉ & DUHEM 1994), die Tschechische Republik (KOTLABA 1996), die Ukraine (Red Data Book mit Pilzen: ECCF Newsletter 7, 1996) und Jugoslawien (Serbien und Montenegro, Preliminary Red List: ECCF Newsletter 7, 1996). Die Gefährdung der Pilze und deren Rückgang findet also heute europaweit Beachtung (ARNOLDS 1991, GROSSE-BRAUCKMANN & GROSSE-BRAUCKMANN 1978, LIZON 1993, 1995 b, RUNGE 1992, SCHMID 1996, SCHMITT 1987, 1993). Im Jahr 1985 wurde das „European Council for Conservation of Fungi“ (ECCF) gegründet, das Mitglieder und korrespondierende Mitglieder aus allen Ländern Europas umfaßt. Ziel des ECCF ist die umfassende Information der Mitglieder und die europaweite Koordination der Pilzschutzaktivitäten.

Aufgaben der Roten Liste

Die österreichische Rote Liste hat ähnliche Aufgaben wie entsprechende Listen unserer Nachbarländer (vgl. z. B. für Deutschland: DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR MYKOLOGIE & NATURSCHUTZBUND DEUTSCHLAND 1992): Sie gibt über die Gefährdung der österreichischen Großpilze Auskunft. Sie dient der Information der Öffentlichkeit und des Gesetzgebers (Landes-, Bundesbehörden). Sie kann Grundlage und Entscheidungshilfe für die Unterschutzstellung oder Bewirtschaftungsweise von Biotopen sein, in denen gefährdete Pilze wachsen. Sie sollte bei geplanten Eingriffen in die Landschaft und bei Maßnahmen der Land- und Forstwirtschaft zu Rate gezogen werden, um die Erhaltung der Biodiversität zu sichern. Die Rote Liste kann in der Schul- und Erwachsenenbildung im Unterricht zur Vermittlung der Bedrohung der Pilzflora und damit der Bedrohung des Funktionierens der Ökosysteme herangezogen werden. Sie soll zu einem verantwortlichen Umgang mit den Pilzen anregen und die immer noch unzureichende Erforschung der Pilzflora Österreichs weiter stimulieren. Sie ist der österreichische Beitrag zur Erstellung der Liste gefährdeter Pilze Europas (Ing 1993).

Berücksichtigte Pilzgruppen und Methodik der Listenerstellung

In der Roten Liste sind vorerst nur die Großpilze berücksichtigt, das sind jene Pilze, deren Fruchtkörper mit bloßem Auge gut erkennbar sind. Nicht enthalten sind Schleimpilze (sie gehören zu den Protozoa: Acrasiomycota, Dictyosteliomycota, Myxomycota, Plasmodiophoromycota), „Niedere Pilze“ (Chromista: Hyphochytriomycota, Labyrinthulomycota, Oomycota), Chytridiomycota, Zygomycota (Jochpilze), Teliomycetes (Rostpilze) und Ustomycetes (Brandpilze). Von den Asco- und Basidiomycota fehlen die Kleinpilze. Auch bei den Großpilzen sind etliche Gruppen unterrepräsentiert: z. B. Rindenpilze (Corticaceae) und

Pyrenomycetes. Erstmals in der zweiten Fassung enthalten sind hypogäische Großpilze, wobei hier die Gefährdung vor allem aufgrund ostösterreichischer Daten erarbeitet wurde.

Seit der ersten Fassung (KRISAI 1986) hat sich der Kenntnisstand der Großpilze zumindest im östlichen Österreich sehr verbessert. Für die Erstellung der Roten Liste stand die Großpilzdatenbank der Österreichischen Mykologischen Gesellschaft in Wien zur Verfügung, die derzeit ca. 110000 Datensätze enthält. Der Schwerpunkt dieser Datenbank liegt zwar noch auf Ost- und Südostösterreich, es sind aber auch bereits Daten aus dem westlichen Österreich (Vorarlberg, Tirol, Salzburg) enthalten. Die Ausarbeitung beruht daher auf Literaturangaben, auf unveröffentlichten Aufzeichnungen von Kartierungsmitarbeitern (A. HAUSKNECHT, W. KLOFAC, A. MADER, K. MADER, T. RÜCKER, F. SPERDIN), auf Materialien für den *Catalogus Florae Austriae* (Teil Pilze) und auf den Geländeerfahrungen der Wiener mykologischen Arbeitsgruppe. (Nicht berücksichtigt werden konnten Daten der Linzer Stadtkartierung, der Grazer Kartierungsgruppe und das Herbar des Instituts für Mikrobiologie in Innsbruck.)

Da der Bearbeitungsstand der heimischen Pilzflora regional noch immer sehr unterschiedlich und österreichweit gesehen völlig unzureichend ist, kann auch von der zweiten Fassung der Liste keine Vollständigkeit erwartet werden, insbesondere aufgrund der geringen Anzahl von verlässlichen Pilzflorenwerken als Vergleichsbasis für den Arten- und Bestandesrückgang. Auch sind die Bestimmungen in der älteren Literatur schwer überprüfbar, da meist genaue Beschreibungen und Herbarbelege fehlen. So konnten etliche Angaben nicht aktualisiert und ausgewertet werden. Die Liste enthält vorwiegend Pilzarten, deren Gefährdung sich nicht nur aufgrund persönlicher Beobachtungen vermuten, sondern durch vorliegende Literaturangaben oder sonstige schriftliche Aufzeichnungen erhärten läßt. Etliche Pilzarten, die im östlichen und südöstlichen Österreich zurückgehen, sind im westlichen Teil Österreichs noch nicht gefährdet. Die Gefährdung vieler, vor allem seltener Arten, ist oft noch nicht eindeutig feststellbar; solche Arten wurden weggelassen. Aus den genannten Gründen ist die Liste für kein Bundesland komplett. Die Zahl der in Österreich gefährdeten Pilzarten ist sicher wesentlich größer. Die unterschiedlichen Probleme beim Erfassen der Biodiversität von Großpilzen und beim Erstellen von Roten Listen diskutieren ARNOLDS (1995) und ARNOLDS & DE VRIES (1993) ausführlich.

Gefährdungstufen

Sie orientieren sich an den im Allgemeinen Teil erläuterten Grundsätzen (vgl. S. 21–23) und wurden für die Pilze adaptiert.

- 0 **Ausgestorben oder verschollen:** Arten, die in Österreich seit 1950 nicht mehr nachgewiesen werden konnten, vorher aber mehrfach vorhanden waren und dokumentiert sind. Dem fehlenden Nachweis darf dabei nicht unzureichende Beobachtung oder der Mangel an Spezialisten zugrunde liegen. Diese Ein-

stufung wurde für die Pilze mit besonderer Vorsicht angewandt, da manche Arten jahrelang ausbleiben können, weil die Fruchtkörperbildung von Jahreszeit und Witterung abhängig ist. Auch bringt die natürliche Walsukzes-sion oft eine Änderung der Pilzflora einer Örtlichkeit.

- 1 **Vom Aussterben bedroht:** Das Überleben dieser Arten in Österreich ist unwahrscheinlich, wenn die Gefährdungsfaktoren weiterhin einwirken oder bestandserhaltende Schutz- und Hilfsmaßnahmen des Menschen nicht unter-nommen werden bzw. wegfallen. Für diese Arten sind Schutzmaßnahmen (Biotopschutz!) besonders vordringlich. Darunter fallen Arten mit sehr weni-gen Fundortsnachweisen in Österreich nach 1950 und Arten, deren Rück-gangsgeschwindigkeit im Gebiet hoch ist.
- 2 **Stark gefährdet:** Gefährdung nahezu im gesamten heimischen Verbreitungs-gebiet. Bei anhaltender Einwirkung der Gefährdungsfaktoren kann langfri-stig auch das Überleben dieser Arten in Österreich bedroht sein (Aufrücken in Stufe 1 zu befürchten). Davon betroffen sind seltene Pilzarten mit deutli-cher Rückgangstendenz und zugleich oft mit Bindung an gefährdete bis stark gefährdete Pflanzengesellschaften, Pflanzenarten oder Substrate.
- 3 **Gefährdet:** Die Gefährdung besteht in großen Teilen des heimischen Verbrei-tungsgebiets. Das sind noch nicht seltene Arten, die zurückgehen, ohne direkt vom Erlöschen bedroht zu sein, und häufigere Arten, die an gefährde-te bis stark gefährdete Pflanzengesellschaften, Pflanzenarten oder Substrate gebunden sind.
- 4 **Potentiell gefährdet (sehr selten):** Hierher gehören Arten, deren Vorkom-men wegen ihrer Seltenheit im Fall von Biotopveränderungen gefährdet sein könnten. Die Spärlichkeit von Nachweisen einer Art ist bei Pilzen oft nur in der Schwierigkeit der Beobachtung und Bestimmung bzw. in der unzurei-chenden Sammeltätigkeit begründet. In die Rote Liste wurden hier deshalb nur Arten mit guter Bestimmbarkeit und ausreichender Beachtung bei der Sammeltätigkeit als nachweislich selten aufgenommen.

Gefährdungsursachen

Die verschiedenen Gefährdungsursachen der Pilze wurden umfassend von ARNOLDS (1991) und WINTERHOFF (1996) zusammengefaßt. Zahlreiche Studien zur Feststellung der Auswirkung von Bodenversauerung und Stickstoffeintrag auf die Pilzflora wurden durchgeführt (z. B. ARNOLDS 1989, BRANDRUD 1995, DEVÈVRE & al. 1996, ERLAND 1995, KUYPER 1989, LANGE 1982, LEHTO 1994, RUESS & al. 1996). Die Zusammenhänge zwischen Luftverschmutzung und Rückgang der Mykor-rhizapilze diskutieren FELLNER (1993), GULDEN & al. (1991, 1995), JANSEN & DIGHTON (1990), SCHLECHTE (1991), TERMORSHUIZEN & SCHAFFERS (1987); und den Einfluß des Naturmanagements auf die Großpilzflora KEIZER (1993). BAAR & KUYPER (1993) beschäftigten sich mit der Wirkung der Streuentnahme auf Pilze in Wäldern.

● Natürliche Ursachen

Temperaturerhöhung und Niederschlagsverringerung können zu Veränderungen der Arealgrenzen von Arten führen. So erreicht der Niederschlag in Ostösterreich derzeit im vieljährigen Durchschnitt dieselben niedrigen Werte wie um 1850 nach einem Maximum um ca. 1910 (KRISAI 1992). Weiters verändert die Sukzession von Pflanzengemeinschaften auch deren Pilzflora. Diese natürlichen Ursachen eines eventuellen Artenrückgangs müssen allerdings langfristig gesehen werden und erklären sicher nicht den starken Rückgang der Pilzfruktifikationen seit 1950.

● Anthropogene Ursachen

1. Sammeln von Pilzfruchtkörpern

Die Annahme, daß die Entnahme von Pilzfruchtkörpern das Überleben von Pilzmyzelien gefährdet, konnte bisher in mehreren, teilweise langjährigen Studien nicht bestätigt werden (JANSEN & VAN DOBBEN 1987, JAHN & JAHN 1986, ARNOLDS 1981, HOLOWNIA 1984, AYER & al. 1990). Sehr wohl führt jedoch starker Betritt zu Bodenverdichtung und verminderter Fruchtkörperproduktion (EGLI & al. 1990, AYER, mündl. Mitt. 1996). Das wirkt sich besonders in Großstadtnähe, in empfindlichen Biotoptypen (Trockenrasen, Moore) und in Erholungsgebieten aus (vgl. WINTERHOFF & KRIEGLSTEINER 1984). Inwieweit die durch die Besammlung drastisch verringerte Sporenmenge jedoch die Neuansiedlung von Pilzmyzelien und das genetische Potential der Pilze beeinträchtigt, ist noch wenig erforscht.

2. Biotopzerstörung

Die meisten Pilzarten haben spezielle Standortsansprüche. Daher hängt ihre Gefährdung eng mit ihrer Bindung an die einzelnen Biotoptypen zusammen. Natürliche und naturnahe Biotope verschwinden zunehmend durch Bebauung (Wohn-, Einkaufs-, Industrie-, Arbeits- und Freizeitanlagen), Gewässerregulierungen und Kraftwerksbau, Verkehrsbauten (Straßen, Bahntrassen, Flugplätze), Gesteinsabbau und Müllanlagen. Dabei werden immer wieder Fundstellen sehr seltener Pilze durch die Vernichtung vorschnell als wertlos eingestuft, wie Moore, Trockenrasen und Auwälder, gründlich zerstört.

3. Biotopveränderungen durch direkte Eingriffe

Ein Großteil der heimischen Pilze lebt in ganz bestimmten Pflanzengesellschaften und ist mehr oder weniger an spezielle Pflanzenarten (z. B. Laub- oder Nadelbäume) gebunden. Bei Veränderung der Umweltparameter und damit auch der Pflanzengemeinschaften verschwinden die nur in ihnen wachsenden Pilzarten. Derartige Veränderungen sind leider sehr zahlreich und ergeben sich vor allem durch verschiedene Maßnahmen der Land-, Forst-, Jagd- und Wasserwirtschaft:

- Anlegen von Monokulturen (z. B. Nadelholzmonokulturen in Laubwaldgebieten, Hybridpappelmonokulturen in Auwäldern)
- Anbau bestandsfremder Gehölze (z. B. Douglasie, Weymouthskiefer, Robinie)
- Ausschnitt seltenerer oder wirtschaftlich nicht ertragreicher Baumarten (z. B. Birke, Erle, Weide)
- Kahlschläge und starkes Ausdünnen von Wäldern und Forsten
- Entfernung von alten und umgestürzten Bäumen und des übrigen Bestandesabfalls
- Wildüberhegung und Wildverbiß als Verhinderer natürlicher Baumverjüngung (besonders der Tanne)
- rücksichtsloser Waldwegebau und Bodenzerstörungen durch Bewirtschaftung mit schweren Holzbringungsmaschinen
- technisierter Flächengewinn und Flurbereinigung in der Landwirtschaft
- Einstellung der Mahd oder der extensiven Weidewirtschaft auf Magerwiesen und -weiden
- Trockenlegung von Feuchtgebieten, die ohnehin schon selten sind (Hoch- und Niedermoore)
- Absenkung des Grundwasserspiegels und Eindämmung von Überschwemmungen durch Dammbauten (vor allem in Auwäldern)
- Düngung von Wiesen, Weiden und Wäldern
- Verwendung von Pestiziden, vor allem von Fungiziden, die wenig selektiv wirken und auch nicht-pathogene Pilze angreifen (vgl. WINTERHOFF 1984)

4. Biotopveränderungen durch indirekte Eingriffe

- Beeinträchtigung durch Gewässerverschmutzung, z. B. durch Nährstoffeintrag in Niedermooren (vgl. WINTERHOFF 1996).

○ Immissionen von Luftschadstoffen:

In den letzten Jahren hat sich der Verdacht erhärtet, daß die Schädigung durch Umweltgifte auch vor den Pilzen nicht haltmacht. WINTERHOFF (1996) berichtet ausführlich über die bisher bekannten Wirkungen der Luftschadstoffe, über eine mögliche direkte Schädigung der Myzelien, über die Wirkung des Säure- und Stickstoffeintrags und die Beeinträchtigung von mykorrhizabildenden Bäumen. Nicht zu unterschätzen ist die großflächige und gleichmäßige Düngung und Versauerung durch Schwefeldioxid, Stickoxide, Ammoniak und deren Reaktionsprodukte, Schwefelsäure, Salpetersäure und Nitrate. Das bewirkt wohl den Rückgang vieler neutrophiler oder basiphiler Pilze. So sind in der Roten Liste viele kalkliebende Pilze enthalten. Die Auswirkungen der ansteigenden Bodenversauerung mit Veränderung der Löslichkeit von Schwermetallionen im Boden beeinträchtigen also das Pilzwachstum.

Der jetzt bereits seit Jahren auch in Österreich zu beobachtende massive Rückgang von Mykorrhizapilzen steht in engem Zusammenhang mit dem Phänomen des Waldsterbens. So haben z. B. geschädigte Eichen im östlichen

Österreich sowohl eine qualitativ und quantitativ stark veränderte Garnitur von Mykorrhizapilzen als auch einen anderen aktiven Mykorrhizahorizont (KOVACS, unveröff. Projektbericht 1997). Nach wie vor nicht eindeutig geklärt ist dabei, ob durch die Schadstoffe primär die Mykorrhizapilze geschädigt werden und in der Folge die Bäume sterben oder ob die geschwächten Bäume keine annehmbaren Partner mehr für die Pilze sind (DERBSCH & SCHMITT 1984). Etliche Befunde sprechen jedoch dafür, daß die Pilze durch den Vitalitätsgrad ihres Mykorrhizabaumes beeinflußt werden (REICH & al. 1985, TERMORSHUIZEN & SCHAFFERS 1987). Die unabhängige Schädigung der Mykorrhizapilze und der Bäume durch die Luftschadstoffe wäre eine weitere – allerdings unwahrscheinliche – Denkmöglichkeit (WINTERHOFF 1996).

Hingegen gibt es noch keine sicheren Daten über eine Schädigung der Pilzmyzelien durch Schwermetalle oder durch radioaktive Isotope (^{134}Cs , ^{137}Cs). Diese werden in Österreich von vielen Pilzen nach wie vor in sehr hohen Konzentrationen angereichert (z. B. *Paxillus involutus* trocken mehr als 27000 Bq/kg, PLENK, unveröff. Daten), weshalb etliche Pilzarten für Speisezwecke nicht empfehlenswert sind.

Die Verarmung der Pilzflora hat also viele und oft komplexe Ursachen. Da die einzelnen Gefährdungsursachen nur schwer feststellbar sind, werden sie in der Liste nicht angegeben.

Schutzmöglichkeiten

Möglichkeiten des Pilzschutzes erläutern KREISEL (1992) für Deutschland, RICEK (1989) für Oberösterreich und RÜCKER (1995) für Salzburg. KREISEL (1992) gibt auch einen Überblick über erfolgte Pilzschutzmaßnahmen in den europäischen Ländern. Der Pilzschutz gilt international als notwendig (ARNOLDS & KREISEL 1993). Wie für andere Organismen ist auch für den Schutz der Pilze die Erhaltung ausreichend großer natürlicher und naturnaher Biotope die wichtigste und erfolgversprechendste Maßnahme (LETTAU 1982). Die in Österreich erfolgte Einrichtung von unbewirtschafteten Naturwaldreservaten ist hier besonders zu begrüßen. In Naturschutzgebieten müssen komplexe Biozönosen mit ihrer bedrohten Pilzflora von schädlichen Eingriffen ausnahmslos verschont werden. Für Pilze, die an Halbkulturstandorte gebunden sind, ist Biotoppflege wie Mähen von Streuwiesen und Beweidung von Magerrasen erforderlich.

Die Forstwirtschaft kann durch die Erhaltung und Neuanlage von Wäldern mit standortgemäßer Baumartenmischung und natürlicher Verjüngung, gegebenenfalls durch den Anbau bodenständiger Baumarten, durch die Unterlassung von Düngung, durch schonenden Wegebau und schonende Holzbringung zur Bewahrung einer mannigfaltigen Pilzflora beitragen. Von der Jagdwirtschaft ist eine Verringerung der Wildstückzahlen zu fordern, die wieder die natürliche

Baumverjüngung ermöglicht. Auch die Erhaltung der speziellen Vegetation der Waldränder mit ihren vielfältigen Gebüschmänteln und Saumgesellschaften ist wichtig.

Ganz allgemein sind bei baulichen Maßnahmen verschiedenster Art naturnahe Biotope zu schonen. Dringend erscheint gerade auch vom pilzkundlichen Standpunkt die Erhaltung von Ufervegetation und Grundwasserstand bei wassertechnischen Bauten (DERBSCH & SCHMITT 1984). Vordringlich, jedoch mit vielen Schwierigkeiten verbunden, ist die Verminderung der Luftschadstoffemissionen und der Gewässerverschmutzung.

Ein gesetzlicher Schutz für bestimmte Pilzarten und damit ein Sammelverbot für diese wäre nicht zielführend, da ja den tatsächlichen Gefährdungsfaktoren damit nicht begegnet würde. Auch kann die nötige Artenkenntnis nicht erwartet werden, sodaß ein solches Verbot weder eingehalten noch kontrolliert werden könnte (WINTERHOFF 1978, KREISEL 1992). Dagegen ist eine mengenmäßige Beschränkung des gewerblichen Pilzsammelns generell anzustreben, besonders in stark besammelten Gebieten, wie z. B. Kärnten (SPERDIN 1982). Pilze der Roten Liste dürfen nicht in der Liste der marktfähigen Pilze aufscheinen. Hier besteht in Österreich akuter Handlungsbedarf (Abstimmung der Naturschutz- und Lebensmittelgesetzgebung). Aus Gründen der Erziehung zum schonenden Umgang mit den Ressourcen der Natur und zur Bewußtseinsbildung für die Pilze als wichtigen Bestandteil des Ökosystems Wald ist auch eine zeitliche oder mengenmäßige Beschränkung des privaten Pilzesammelns sinnvoll. In Tirol, Kärnten und Salzburg gibt es bereits Pilzschutzverordnungen (vgl. RÜCKER 1995). Eine Selbstverständlichkeit sollte heute schon sein, daß Pilze nicht mutwillig umgetreten oder sonstwie zerstört werden. Im Sinne des Pilzschutzes müssen auch Pilzberater, Pilzberatungsstellen, Pilzbuchautoren, Lehrer und Leiter von Pilzwanderungen und Pilzausstellungen beratend tätig sein.

Erklärung der Liste

Die Liste gefährdeter Großpilze bringt, getrennt für die Sippen der Schlauchpilze (Ascomycota), Ständerpilze (Basidiomycota): Gallertpilze (Phragmobasidiomycetidae), Nichtblätterpilze im weiteren Sinn („Aphylllophorales“ Holobasidiomycetidae pro parte), Röhrlinge (Boletales), Blätterpilze im weiteren Sinn (Agaricales), Täublingsartigen (Russulales) und Bauchpilze („Gasteromycetes“ Holobasidiomycetidae pro parte), von links nach rechts folgende Angaben:

- die **Gefährdungsstufen** (vgl. S. 231–232):
 - 0 ausgestorben oder verschollen
 - 1 vom Aussterben bedroht
 - 2 stark gefährdet
 - 3 gefährdet
 - 4 potentiell gefährdet (sehr selten)
- den **wissenschaftlichen Namen** in möglichst aktueller Nomenklatur (ARNOLDS & al. 1995, RYVARDEN & GILBERTSON 1993, 1994, KRIEGLSTEINER 1991 a, b, 1993, CANNON & al. 1995)
- sofern verfügbar, einen **deutschen Namen**
- **Ernährungsweise** (ökologische Hauptgruppen) und **Standortsbindung** (vereinfachte Angabe von Substraten und Vegetationstypen); hier werden folgende Kürzel verwendet:

Ernährungsweise:

S	Saprotropher Pilz
M	Mykorrhizapilz
P	Parasit (biotropher Pilz)

Standortsbindung:**Substrate:**

B	offener Boden
H	Holz
	H1 lebend
	H2 tot
	H3 morsch
	H4 sehr morsch
L	Laubstreu
N	Nadelstreu
Sa	Sandboden

Bäume und Sträucher:

(Lh)	Laubholz im allgemeinen
(Nh)	Nadelholz im allgemeinen
(Ah)	Ahorn (<i>Acer</i>)
(Bi)	Birke (<i>Betula</i>)
(Bu)	Buche (<i>Fagus</i>)

(Ei)	Eiche (<i>Quercus</i>)
(Er)	Erle (<i>Alnus</i>)
(Es)	Esche (<i>Fraxinus excelsior</i>)
(Fi)	Fichte (<i>Picea</i>)
(Fö)	Föhre (<i>Pinus</i>)
(Hb)	Hainbuche (<i>Carpinus</i>)
(Hs)	Hasel (<i>Corylus</i>)
(Lä)	Lärche (<i>Larix</i>)
(Pa)	Pappel (<i>Populus</i>)
(Ta)	Tanne (<i>Abies</i>)
(Ul)	Ulme (<i>Ulmus</i>)
(We)	Weide (<i>Salix</i>)
(Zi)	Zirbe (<i>Pinus cembra</i>)

Vegetationstypen:

LW	Laubwald
MW	Laub-Nadelmischwald
NW	Nadelwald
TR	Trockenrasen, Magerrasen
WW	Magerwiesen, -weiden
Moore:	Hochmoore, Niedermoore, Feuchtwiesen

Andere Substrate, Baum- und Straucharten oder Vegetationstypen sind ausgeschrieben.

Auswertung

Viele teilweise kritische Aspekte der Auswertung Roter Listen erläutern WINTERHOFF (1987) und ARNOLDS & DE VRIES (1993). So sind sowohl die Zahlen der in die Listen aufgenommenen Pilzarten als auch die behandelten taxonomischen Gruppen sehr unterschiedlich. Von den geschätzten ca. 5000 Basidiomycota unter den Großpilzen in Österreich (für die Ascomycota ist beim aktuellen Kenntnisstand keine Schätzung möglich) sind 542 in der österreichischen Roten Liste enthalten; zusammen mit den 51 berücksichtigten Arten der Ascomycota enthält unsere Liste also 593 Arten. Davon sind 129 Arten auch in der Provisional European Red List of Endangered Macrofungi (ING 1993) zu finden. Die Verteilung der gefährdeten Arten auf Gefährdungskategorien, systematische und ökologische Gruppen ist aus Tabelle 1 ersichtlich.

Im Vergleich mit der ersten Fassung der Roten Liste (KRISAI 1986: 211 Arten) erhöhte sich die Artenzahl um 382, das sind 181%. Diese Steigerung ist indessen nicht auf einen derart hohen Anstieg der Gefährdung, sondern auf die bessere Datengrundlage zurückzuführen.

Gefährdungskategorie	0	1	2	3	4	Summe
Ascomycota	2	1	20	18	10	51
Basidiomycota	3	13	117	320	89	542
<i>Phragmobasidiomycetidae</i>	–	–	–	–	2	2
„ <i>Aphylllophorales</i> “	1	1	15	45	10	72
<i>Boletales</i>	1	1	10	35	4	51
<i>Agaricales</i>	1	8	71	185	65	330
<i>Russulales</i>	–	–	6	31	3	40
„ <i>Gasteromycetes</i> “	–	3	15	24	5	47
Summe	5	14	137	338	99	593
Mykorrhizapilze	2	3	41	177	17	250
Saprotrophe auf Holz	–	3	5	35	27	74
Saprotrophe auf anderen Substraten	3	8	79	116	49	255
Biotrophe	–	–	7	14	5	26
LW + MW	3	3	33	143	28	210
NW + MW	1	4	20	74	20	119
LW + NW	–	1	10	30	3	44
WW	–	–	15	18	1	34
TR	1	2	22	39	16	80
Moore	–	1	32	22	10	64
Auwald	–	2	6	29	18	55
Bruchwald	–	–	–	7	2	9
Sonstige	1	1	8	7	10	27

Tabelle 1. Verteilung der gefährdeten Pilzarten auf Gefährdungskategorien, systematische und ökologische Hauptgruppen und Vegetationstypen

Ascomycota

Schlauchpilze

2	<i>Bryoglossum gracile</i>	Zierlicher Haubenpilz	S, Moore
2	<i>Caloscypha fulgens</i>	Leuchtender Prachtbecher	S, L, N, B
3	<i>Camarops polysperma</i>		S, H3–4 (Bu, Er), LW, Bruchwald
3	<i>Chlorenchocelia versiformis</i>	Olivfarbener Grünspanbecherling	S, H3 (Er, Ei, Es), LW
3	<i>Ciboria betulae</i>		S (Bi-Früchte), LW, Auwald
3	<i>Elaphomyces asperulus</i>		M, Sa, MW
3	– <i>granulatus</i>	Warzige Hirschtrüffel	M, NW
3	<i>Genea verrucosa</i>		M, LW
2	<i>Geoglossum glutinosum</i>	Klebrige Erdzunge	S, Moore
2	– <i>simile</i>	Verwechselte Erdzunge	S, Moore
2	– <i>sphagnophilum</i> (= <i>G. glabrum</i>)	Torfmoos-Erdzunge	S, Moore
	<i>Geoporella</i> → <i>Hydnотria</i>		
	<i>Gyrocratera</i> → <i>Hydnотria</i>		
2	<i>Gyromitra infula</i>	Bischofsmütze	S, NW, LW
3	<i>Helvella atra</i>	Schwarze Lorchel	S, LW
3	– <i>villosa</i>		S, LW, NW
3	<i>Hydnobolites cerebriformis</i>		M, LW, NW
2	<i>Hydnотria carnea</i>		M, NW, LW
2	– <i>cerebriformis</i> (= <i>Geoporella suevica</i>)		M, Sa, NW
2	– <i>ploettneriana</i>		M, Sa, NW
4	<i>Hypoxylon mammatum</i>	Zitzen-Kohlenbeere	S, H2 (Pa, We), Auwald, Moore
4	– <i>ticinense</i>	Tessiner Kohlenbeere	S, H2 (Es), Auwald
2	<i>Lanzia henningsiana</i>		S, Moore (Carex)
0	<i>Microglossum olivaceum</i>	Olive Erdzunge	S, TR, NW (Fö)
0	– <i>viride</i>	Grüne Erdzunge	S, LW
4	<i>Microstoma protractum</i>	Scharlachroter Kelchbecherling	S, Auwald
3	<i>Mitrella paludosa</i>	Sumpfhauenpilz	S, Moore
2	<i>Monilia johnsonii</i>		S, TR, Weißdorn
4	<i>Myriosclerotinia caricis-ampullaceae</i>		S (Carex), Moore
3	<i>Neotiella vivida</i>		S, Sa, Moos
3	<i>Otidea onotica</i>	Eselsohr	S, LW (Ei, Bu)
4	<i>Peziza petersii</i>		S, Brandstelle
4	– <i>vacinii</i>		S, Brandstelle
2	<i>Picoa carthusiana</i>		M (Ta, Fi), NW
2	<i>Podostroma alutaceum</i>	Ledergelbes Pustelkeulchen	S, LW, MW
3	<i>Pseudoplectania nigrella</i>	Fichtenwald-Schwarzborstling	S, NW
1	<i>Sarcosoma globosum</i>	Kugeliger Gallertbecherling	S, NW
3	<i>Sarcosphaera coronaria</i>	Kronenbecherling	S, LW, NW

4	<i>Sclerotinia verrucispora</i>		S, Sa, Auwald
4	<i>Sowerbyella fagicola</i>	Buchenbewohnender Wurzelbecherling	S, LW
3	<i>Trichoglossum hirsutum</i>	Gemeine Haarzunge	S, Moore
3	<i>Tuber aestivum</i>	Sommer-Trüffel	M (Fö, Ei, Bu), NW, LW
3	– <i>excavatum</i>	Olivbraune Trüffel	M (Fö), NW
2	– <i>excavatum</i> var. <i>fulgens</i>		M (Fö), NW
2	– <i>ferrugineum</i>		M (Ei), LW
2	– <i>nitidum</i>		M, LW
2	– <i>puberulum</i>		M, LW, NW
2	– <i>rapaeodorum</i>		M (Ei, Bu), LW
2	– <i>rufum</i>	Rotbräunliche Trüffel	M (Ei, Bu), LW, NW
3	<i>Urnula craterium</i>	Schwarzer Kelchpilz	S, H3 (Ei, Hb), LW
3	<i>Verpa conica</i>	Glocken-Verpel	S, Auwald
4	<i>Vibrissea truncorum</i>	Abgestutztes Tentakelkeulchen	S, Moore, Bäche
4	<i>Xylaria digitata</i>		S, H3, Auwald

Phragmobasidio- mycetidae

Gallertpilze

4	<i>Craterocolla cerasi</i>	Kirschbaum-Gallertpilz	S, H2 (Kirsche), LW
4	<i>Phleogena faginea</i>	Hütchenträger	S, H3, LW, MW

Holobasidio- mycetidae p. p.: „Aphylllophorales“ (diverse Ordnungen)

Nichtblätterpilze im weiteren Sinn

3	<i>Albatrellus confluens</i> (= <i>Scutiger confluens</i>)	Semmelporling	S, NW, LW, MW
3	– <i>cristatus</i> (= <i>Scutiger cristatus</i>)	Kammporling	S, LW, MW
2	– <i>pes-caprae</i> (= <i>Scutiger pes-caprae</i>)	Ziegenfußporling	S, NW, LW, MW
4	<i>Aleurodiscus aurantius</i>		S, H2 (Rosaceae, Ericaceae)
3	– <i>disciformis</i>	Schüsselförmige Mehlscheibe	S, P, H1-2 (Ei), LW
3	<i>Antrodia alpina</i>	Alpentramete	S, H2-3, NW
4	<i>Aurantiorporus croceus</i>	Safrangelber Porling	S, H1-2 (Ei, Pa), LW
3	– <i>fissilis</i>	Apfelbaum-Saftporling	S, P, H1 (Bi, Es, Apfelbaum)
3	<i>Boletopsis leucomelaena</i>	Rußgrauer Porling	S, NW, MW
2	<i>Bondarzewia mesenterica</i> <i>Buglossoporus</i> → <i>Piptoporus</i>	Bergporling	P, S, H1-2 (Ta), MW, NW
3	<i>Cantharellus cinereus</i>	Grauer Leistling	M, B, LW

3	– <i>fuliginus</i>		M, B, LW
3	– <i>friesii</i>	Samt-Eierschwammerl	M, B, LW
3	– <i>melanoxeros</i>	Gelbviolettes Eierschwammerl	M, B, LW
3	<i>Clavaria argillacea</i>	Heide-Keule	S, Sa, TR
2	<i>Climacodon septentrionalis</i>	Nördlicher Stachelseitling	S, H1-2 (Lh), LW
3	<i>Coriolopsis trogii</i>	Blasse Borstentramete	S, H2 (Pa, Bi, Bu), LW, Auwald
2	<i>Cyphella digitalis</i>	Tannen-Fingerhut	S, H3 (Ta), NW, MW
4	<i>Cyphellostereum laeve</i> <i>Dendropolyporus</i> → <i>Polyporus</i>	Glatter Becherschichtpilz	S, P?, Moospolster
2	<i>Dichomitus campestris</i>	Haselporling	S, H1-2 (Ha, Er, Es, Pa), LW
4	<i>Diplomitoporus lindbladii</i>		S, H2–3 (Fi), NW
3	<i>Epithele typhae</i>	Sumpfg gras-Hautkruste	S, P, Schilf, Carex, Typha, Juncus
3	<i>Fistulina hepatica</i> <i>Fomitopsis</i> → <i>Perenniporia</i>	Ochsenszunge, Leberreischling	P, S, H1-3 (Ei, Edelka- stanie), LW
2	<i>Fomitopsis officinalis</i> <i>Funalia</i> → <i>Coriolopsis</i>	Lärchenschwamm	P, S, H1-3 (Lä), NW
3	<i>Ganoderma adpersum</i>	Wulstiger Lackporling	P, S, H1-3 (Ah, Bi, Hb, Bu), LW
4	– <i>carnosum</i>	Dunkler Tannen-Lackporling	S, P, H1-3 (Ta, Fi, Bu), NW, MW
2	– <i>pfeifferi</i>	Kupferroter Lackporling	P, S, H1-3 (Ei, Bu, We), LW
2	– <i>resinaceum</i>	Harziger Lackporling	P, S, H1-3 (Ei, Bu), LW
2	<i>Gloiodon strigosus</i>		S, H1-2 (Lh), LW, MW
2	<i>Gomphus clavatus</i>	Schweinsohr	M (Bu), LW
3	<i>Grifola frondosa</i>	Klapperschwamm	P, H1-3 (Ei, Hb, Es), LW
4	<i>Hericium erinaceum</i>	Igel-Stachelbart	P, S, H1-2 (Bu, Ei), LW
3	– <i>flagellum</i> (= <i>H. coralloides</i>)	Tannen-Stachelbart	P, S, H1-3 (Ta), NW
3	<i>Hydnellum aurantiacum</i>	Orangegelber Korkstacheling	M (Fi, Fö), NW, MW
3	– <i>caeruleum</i>	Bläulicher Korkstacheling	M (Fö, Fi), NW
3	– <i>concrescens</i>	Gezonter Korkstacheling	M, LW, NW
3	– <i>peckii</i>	Scharfer Korkstacheling	M, NW
3	<i>Hymenochaete cruenta</i>	Blutroter Borstenscheibling	S, H2-3 (Ta), NW, MW
3	<i>Inonotus dryadeus</i>	Tropfender Schillerporling	P, S, H1-3 (Ei, Ah, Ul), LW
2	– <i>nidus-pici</i>	Spechtloch-Schillerporling	P, S, H1-2 (Ei, Ah, Es), LW
3	<i>Ischnoderma resinosum</i> <i>Laricifomes</i> → <i>Fomitopsis</i>	Laubholz-Harzporling	S, H2 (Bu, Ah, Er, Pa), LW
2	<i>Oligoporus floriformis</i>		S, H2-3 (Ta, Lä, Fi, Fö), NW

4	– <i>placentus</i>	Rosa Saftporling	S, H2-3 (Fi, Lä, Fö), NW
3	<i>Oxyporus populinus</i>	Treppenförmiger Scharfporling	P, H1 (Ah, Fi, We), NW, MW
3	<i>Perenniporia fraxinea</i> (= <i>Fomitopsis cytisina</i>)	Eschen-Baumschwamm	P, S, H1-3 (Ei, Es), Auwald
3	<i>Phellinus</i> <i>hippophaeicola</i>	Sanddorn-Feuerschwamm	P, H1 (Sanddorn), TR
3	– <i>lundellii</i>	Lundells Feuerschwamm	S, H2–3 (Bi), LW, Schluchtwald
3	– <i>tremulae</i>	Pappel-Feuerschwamm	P, H1-2 (Pa), Auwald
3	– <i>viticola</i>	Dünnere Feuerschwamm	S, H3 (Fi), NW
3	<i>Phyllotopsis nidulans</i>	Orangeseitling	S, H2-3 (Lh, Nh), LW, NW, MW
2	<i>Piptoporus quercinus</i> (= <i>Buglossoporus q.</i>)	Eichen-Zungenporling	S, P, H1-3 (Ei), LW
4	<i>Podofomes trogii</i>		S, H3, LW, MW
2	<i>Polyporus rhizophilus</i>		S (Gräser), TR
3	– <i>umbellatus</i> (= <i>Dendropolyporus u.</i>)	Eichhase	S, P, H1-2 (Ei, Ah), LW
3	<i>Ramaria bataillei</i>		M?, NW
3	– <i>botrytis</i>	Rötliche Koralle	M? (Bu), L, MW
4	– <i>broomei</i>		S, TR
3	– <i>fennica</i>	Gelbrußige Koralle	M? (Bu), LW, MW
3	– <i>subbotrytis</i>		M? (Bu), LW
3	<i>Sarcodon glaucopus</i>	Blaufuß-Stacheling	M, NW
3	– <i>imbricatus</i>	Habichtspilz	M (Fö, Fi), NW
4	– <i>joeides</i>	Violettfleischiger Stacheling	M, LW, MW
0	– <i>scabrosus</i>	Gallen-Stacheling	M (Ei, Bu), LW
3	– <i>versipellis</i>	Orangebrauner Stacheling	M, NW, MW
	<i>Scutigera</i> → <i>Albatrellus</i>		
3	<i>Sparassis brevipes</i>	Breitblättrige Glucke	S, H2-3 (Ta, Lä, Ei), NW, MW
3	– <i>crispa</i>	Krause Glucke	S, P, NW (Fö)
3	<i>Spongipellis spumeus</i>	Laubholz-Schwammporling	S, P, H1-2 (Ah, Es, Pa), LW
1	<i>Thelephora</i> <i>anthocephala</i>	Blumenartige Lederkoralle	S, B, LW, NW
3	<i>Trametes pubescens</i> <i>Tyromyces</i> → <i>Aurantioporus</i> , <i>Oligoporus</i>	Samtige Tramete	S, H2 (Bi, Ah, Er, Es), Auwald
2	<i>Tyromyces kmetii</i>		S, H2-3 (Er, Bi, Hb, Bu, Ei), LW
3	<i>Xylobolus frustulatus</i>	Mosaik-Schichtpilz	S, H3 (Ei), LW
3	– <i>subpileatus</i>		S, H3 (Ei), LW

Boletales

- 3 *Boletus aereus*
3 – *appendiculatus*
4 – *clavipes*

Röhrlinge

- Schwarzhütiger Steinpilz
Anhängsel-Röhrling
Gelber Steinpilz

- M (Ei, Bu), LW
M (Ei, Bu), LW
M (Fö), NW

4	– <i>dupainii</i>	Dupains Hexen-Röhrling	M (Ei, Bu), LW
3	– <i>fechtneri</i>	Silber-Röhrling	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>fragrans</i>	Goldröhrenschwamm	M (Ei), LW
4	– <i>impolitus</i>	Fahler Röhrling	M (Ei), LW
3	– <i>junquilleus</i>	Falscher Schwefel-Röhrling	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>pulverulentus</i>	Schwarzblauer Röhrling	M, LW, MW
3	– <i>queletii</i>	Glattstieliger Hexen-Röhrling	M (Ei, Bu), LW
3	– <i>radicans</i>	Wurzelnder Bitterschwamm	M (Bu, Ei), LW
2	– <i>regius</i>	Königs-Röhrling	M (Ei, Bu), LW
3	– <i>rhodopurpureus</i>	Dunkler Purpur-Röhrling	M (Bu), LW, MW
3	– <i>rhodoxanthus</i>	Rosahütiger Purpur-Röhrling	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>satanas</i>	Satanspilz	M (Ei, Bu), LW
3	– <i>separans</i>	Braunvioletter Steinpilz	M (Ei, Bu), LW
3	– <i>speciosus</i>	Prächtiger Röhrling	M (Bu, Ei), LW
2	– <i>splendidus</i>	Falscher Satanspilz	M (Ei), LW
3	– <i>subappendiculatus</i>	Falscher Anhängsel-Röhrling	M (Ta, Fi), NW
0	– <i>torosus</i>	Ochsen-Röhrling	M (Bu, Ei), LW
3	<i>Chamonixia caespitosa</i>	Büschelige Blaunuß	M (Fi), NW
3	<i>Chroogomphus rutilus</i>	Kupferroter Gelbfuß	M (Fö), NW
3	<i>Gomphidius glutinosus</i>	Kuhmaul	M (Fi), NW, MW
3	– <i>gracilis</i>	Rotbrauner Schmierling	M (Lä), NW
3	– <i>roseus</i>	Rosa Schmierling	M (Fö), NW
3	<i>Gyrodon lividus</i>	Erlengrübling	M (Er), LW
3	<i>Gyroporus castaneus</i>	Hasenröhrling	M (Ei, Bu, Fi), LW, MW
2	– <i>cyanescens</i>	Kornblumenröhrling	M, LW, NW
2	<i>Hygrophoropsis macrospora</i> (= <i>H. pallida</i>)	Gelbweißer Afterleistling	S, Moore
3	– <i>morganii</i> (= <i>H. olida</i>)	Duftender Afterleistling	S, NW
3	<i>Leccinum carpini</i>	Hainbuchen-Rauhfuß	M (Hb), LW
3	– <i>duriusculum</i>	Pappel-Rauhfuß	M (Zitterpappel), LW, Parks
2	– <i>holopus</i>	Moor-Birkenpilz	M (Bi), Moore
3	– <i>nigrescens</i> (= <i>L. crocipodium</i>)	Gelbfleischiger Rauhfuß	M (Ei), LW
2	– <i>oxydabile</i>	Fleischrötender Birkenpilz	M (Bi), Moore
3	– <i>rufum</i> (= <i>L. aurantiacum</i>)	Espen-Rotkappe	M (Zitterpappel), LW
2	– <i>variecolor</i>	Vielverfärbender Birkenpilz	M (Bi), Moore
3	– <i>versipelle</i>	Birken-Rotkappe	M (Bi), LW
2	<i>Phylloporus pelletieri</i> (= <i>P. rhodoxanthus</i>)	Goldblatt	M (Ei, Bu, Hb, Fö, Fi), NW, MW, LW
1	<i>Pulveroboletus gentilis</i>	Kirschroter Goldröhrling	M (Bu, Ei), LW
4	– <i>lignicola</i>	Nadelholz-Goldröhrling	S, H2-3 (Fö, Fi, Lä), NW
3	<i>Suillus bovinus</i>	Kuh-Schmierröhrling	M (Fö), NW
3	– <i>collinitus</i>	Ringloser Butterpilz	M (Fö), NW
2	– <i>flavidus</i>	Moor-Schmierröhrling	M (Fö), Moore
3	– <i>luteus</i>	Butterpilz	M (Fö), NW
3	– <i>placidus</i>	Elfenbein-Schmierröhrling	M (Zi, Weymouthskie- fer), NW

3	– <i>plorans</i>	Tränender Schmierröhrling	M (Zi), NW
2	– <i>sibiricus</i>	Beringter Zirben-Schmierröhrling	M (Zi), NW
3	– <i>variegatus</i>	Sand-Schmierröhrling	M (Fö), NW
3	<i>Xerocomus moravicus</i>	Mährischer Filzröhrling	M (Ei), LW
3	– <i>rubellus</i>	Blutroter Filzröhrling	M, LW, MW

Agaricales s. l.

2	<i>Agaricus altipes</i>	Stink-Champignon	S, B, NW
3	– <i>augustus</i>	Riesen-Champignon	S, B, LW, NW
2	– <i>cupreobrunneus</i>	Kupferbrauner Champignon	S, TR, WW
2	– <i>excellens</i>	Weißer Riesen-Champignon	S, B, MW
2	– <i>macrocarpus</i>	Großfrüchtiger Anis-Champignon	S, B, LW
3	– <i>maskae</i>	Steppen-Champignon	S, TR
3	– <i>niveolutescens</i>	Schneeweiß	S, LW, MW
		Mandel-Champignon	
4	– <i>pequinii</i>		S, TR
3	– <i>porphyrhizon</i>	Purpurfaseriger Champignon	S, LW
3	– <i>pseudopratensis</i>	Falscher Karbol-Champignon	S, TR
3	– <i>purpurellus</i>	Weinroter Zwerg-Champignon	S, NW
4	<i>Agrocybe aegerita</i>	Südlicher Erdschüppling	P, H1 (Pa, We), Auwald
3	– <i>erebia</i>	Leberbrauner Ackerling	S, LW, NW
3	<i>Alnicola geraniolens</i> (= <i>Naucoria</i> g.)	Geranien-Erlenschnitzling	M (We), Auwald
3	– <i>luteolofibrillosa</i> (= <i>Naucoria</i> l.)	Faseriger Erlenschnitzling	M (Er), Erlenbruch, Auwald
3	– <i>sphagneti</i> (= <i>Naucoria</i> s.)		M?, Moore
2	<i>Amanita caesarea</i>	Kaiserling	M (Ei, Edelkastanie), LW
3	– <i>ceciliae</i>	Riesen-Scheidenstreifling	M, LW, NW
3	– <i>crocea</i>	Orangegelber Scheidenstreifling	M, LW, MW
3	– <i>eliae</i>	Kammrandiger Wulstling	M (Ei), LW
3	– <i>franchetii</i> (= <i>A. aspera</i>)	Rauher Wulstling	M (Bu, Ei), LW
4	– <i>friabilis</i>	Erlen-Scheidenstreifling	M (Er), Schluchtwald
3	– <i>gemmata</i>	Narzissengelber Wulstling	M (Fö, Ei, Bu), LW, MW
3	– <i>lividopallescens</i>	Ockergrauer Scheidenstreifling	M, LW, MW
2	– <i>mairei</i>	Silbergrauer Scheidenstreifling	M (Ei), LW, MW
3	– <i>ovoidea</i>	Eier-Wulstling	M (Fö), NW
3	– <i>pantherina</i>	Pantherpilz	M, LW, NW
3	– <i>porphyria</i>	Porphyrbrauner Wulstling	M (Fi), NW
4	– <i>regalis</i>	Königs-Fliegenpilz	M (Fi), NW
3	– <i>solitaria</i>	Stachelschuppiger Wulstling	M (Bu, Fö), LW, MW
3	– <i>virosa</i>	Spitzhütiger Knollenblätterpilz	M (Fi), NW
2	<i>Arrhenia lobata</i>	Stielloser Adermoosling	S (Moose), Moore
2	– <i>spathulata</i>	Gezonter Adermoosling	S, TR
1	<i>Armillaria ectypa</i>	Moor-Hallimasch	S, Moore
4	<i>Baeospora</i> <i>myriadophylla</i>	Lilablättriges Tausendblatt	S, H4 (Lh), LW, MW

Blätterpilze im weiteren Sinn

3	<i>Calocybe carnea</i>	Fleischrötlicher Schönkopf	S, TR
3	– <i>gambosa</i>	Maipilz, Mai-Schönkopf	S, TR, WW
3	– <i>ionides</i>	Veilchenblauer Schönkopf	S, B, Auwald
	<i>Camarophyllus</i> → <i>Hygrocybe</i>		
4	<i>Cathartelasma imperiale</i>	Wurzel-Möhrling	M (Fi, Fö), NW
4	<i>Cellypha goldbachii</i>		S, Moore, Auwald, Krautige
4	<i>Cheimonophyllum candidissimum</i>		S, H3-4 (Bu, Es), LW
3	<i>Clitocybe catinus</i>	Schüsselförmiger Trichterling	S, N, NW
2	– <i>foetens</i>	Stinkender Trichterling	S, N, NW
3	– <i>glareosa</i>		S, TR
2	– <i>harperi</i>		S, N, NW
3	– <i>inornata</i>	Graublättriger Trichterling	S, Sa, TR, Auwald
3	– <i>phaophthalma</i>	Ranziger Trichterling	S, LW, NW
3	– <i>radicellata</i>	Würzelchen-Trichterling	S, TR
2	– <i>vermicularis</i>	Lärchen-Trichterling	S, N, NW
2	<i>Clitopilus cretatus</i>	Kreidiges Mehlpilzchen	S, WW
3	<i>Collybia alkalivirens</i>	Dunkelstieliger Rübling	S, H4 (Lh), L, LW
3	– <i>confluens</i>	Knopfstieliger Rübling	S, L, N, LW, NW
	<i>Conocybe</i> → <i>Pholiotina</i>		
3	<i>Coprinus extingtorius</i>	Zähstieliger Tintling	S, H4 (Pa), Auwald
3	– <i>stangiiianus</i>	Stangls Tintling	S, TR
3	– <i>strossmayeri</i>		S, L, Sa, Auwald
	<i>Cortinarius</i> → <i>Dermocybe</i>		
3	<i>Cortinarius alnetorum</i>	Erlen-Gürtelfuß	M (Er), Au- u. Bruchwald
3	– <i>armiliatus</i>	Geschmückter Gürtelfuß	M (Bi), LW, MW
3	– <i>atrovirens</i>	Schwarzgrüner Schleimkopf	M (Ta), NW, MW
3	– <i>aurantioturbinatus</i>	Prächtiger Schleimkopf	M (Bu), LW, MW
3	– <i>badiovinaceus</i>		M (Fi), NW
3	– <i>blivelus</i>	Birken-Gürtelfuß	M (Bu, Bi), LW, MW
3	– <i>buliardii</i>	Feuerfüßiger Gürtelfuß	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>caesiocortinatus</i>	Rundsporiger Schleimkopf	M (Bu), LW
3	– <i>caesiocyaneus</i>		M (Bu), LW
3	– <i>caesiogriseus</i>	Blaugrauer Schleimkopf	M (Bu), LW
3	– <i>coerulescens</i>	Blauer Schleimkopf	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>cyaneus</i>	Dunkelblauer Schleimkopf	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>damascenus</i>	Büscheliger Wasserkopf	M (Ei, Pa), LW
3	– <i>lividoochraceus</i>	Langstieliger Schleimfuß	M (Ei, Bu), LW
3	– <i>ferrugineipes</i>		M (Fi), NW
3	– <i>flavovirens</i>	Gelbgrüner Schleimkopf	M (Bu), LW
3	– <i>hemitrichus</i>	Weißflockiger Gürtelfuß	M (Bi), LW
2	– <i>humicola</i>	Kegeliger Rauhkopf	M (Bu), LW
3	– <i>melanotus</i>	Braunnetziger Rauhkopf	M (Ei, Bu), LW
3	– <i>mucosus</i>	Heide-Schleimfuß	M (Fö), NW
3	– <i>orellanus</i>	Orangefuchsiges Rauhkopf	M (Ei), LW
3	– <i>orichaiceus</i>	Kupferroter Schleimkopf	M (Fö, Fi), LW, NW
3	– <i>paieiferus</i>	Violettblättriger Geranien-Gürtelfuß	M (Er, Fi) Bruchwald, Moore

3	– <i>parvus</i>	Kleiner Schleimkopf	M (Bu), LW
3	– <i>paxilloides</i>		M (Bu), LW
3	– <i>platypus</i>	Flachknolliger Schleimkopf	M (Bu), LW
3	– <i>praestans</i> (= <i>C. varicolor</i>)	Schleiereule	M (Ei, Bu), LW
3	– <i>pseudosulphureus</i>	Schwefelgelber Schleimkopf	M (Bu), LW
3	– <i>rapaceus</i>	Tonblasser Schleimkopf	M, LW, MW
3	– <i>stillatitius</i>	Runzliggeriefer Schleimfuß	M (Ei, Bu), LW
3	– <i>subsertipes</i>	Buntstieliger Gürtelfuß	M, LW, NW
3	– <i>subturbinateus</i>		M (Bu), LW
3	– <i>tofaceous</i>	Goldfuchsigiger Rauhkopf	M, LW, NW
3	– <i>torvus</i>	Wohlriechender Gürtelfuß	M (Bu, Ei), LW
2	– <i>triumphans</i>	Gelbgestiefler Schleimkopf	M (Bi), LW, MW
3	– <i>varius</i>	Ziegelgelber Schleimkopf	M (Fi), NW
4	<i>Crepidotus</i>		S, H2-3 (Lh), LW
	<i>crocophyllus</i>		
4	– <i>ehrendorferi</i>		S, H2-3 (Lh), LW
3	<i>Cystoderma</i>	Rostroter Körnchenschirmling	S, LW, MW
	<i>granulosum</i>		
4	– <i>subvinaceum</i>		S, H3 (Ta), NW, MW
3	– <i>terrei</i>	Zinnoberbrauner Körnchenschirmling	S, NW, LW
3	<i>Cystolepiota hetieri</i>	Rotfleckender Mehlschirmling	S, Auwald
4	– <i>moelleri</i>	Rosafarbener Mehlschirmling	S, LW, MW
3	<i>Dermocybe anthracina</i> (= <i>Cortinarius a.</i>)	Dunkelroter Hautkopf	M (Fö, Fi, Bu), NW, LW
3	– <i>olivaceofusca</i> (= <i>Cortinarius o.</i>)	Hainbuchen-Hautkopf	M (Bu, Hb), LW
3	– <i>palustris</i> (= <i>Cortinarius p.</i>)	Moor-Hautkopf	M, (Fö, Fi), Moore
3	– <i>phoenicea</i> (= <i>Cortinarius p.</i>)		M, LW, NW
3	– <i>sphagneti</i> (= <i>Cortinarius s.</i>)	Hochmoor-Hautkopf	M (Fö, Fi), Moore
4	– <i>uliginosa</i> (= <i>Cortinarius u.</i>)	Sumpf-Hautkopf	M, Moore
2	<i>Entoloma</i>		S, Verlandungszonen
	<i>albotomentosum</i>		
3	– <i>ameides</i>	Duftender Rötling	S, LW, MW
2	– <i>bloxamii</i>	Blauer Rötling	S, TR, Wiesen
3	– <i>caesiocinctum</i>	Blaugrandeter Rötling	S, MW, Moore, Auwald
3	– <i>chalybaeum</i>	Blaublättriger Rötling	S, TR
3	– <i>clypeatum</i>	Schild-Rötling	S, Rosaceae
3	– <i>corvinum</i>	Schwarzblauer Rötling	S, NW
4	– <i>cuspidiferum</i>	Spitzhütiger Rötling	S, Moore
3	– <i>dysthaloides</i>	Behaarter Rötling	S, TR, Auwald
3	– <i>elodes</i>	Heide-Rötling	S, Moore
3	– <i>euchroum</i>	Violetter Rötling	S, H3 (Er, Bu, Bi, Hs), LW
4	– <i>fernandae</i>		S, TR, NW
4	– <i>fridoifingense</i>	Fridolfinger Rötling	S, TR
4	– <i>griseosinuatum</i>		S, LW

2	– <i>jahnii</i>	Jahns Rötling	S, H3-4 (Lh), LW
2	– <i>lampropus</i>	Stahlfüßiger Rötling	S, TR
3	– <i>moserianum</i>	Mosers Rötling	S, LW
3	– <i>myrmecophilum</i>	Dunkelhütiger Rötling	S, LW, MW
4	– <i>nausiosme</i>		S, TR
3	– <i>niphoides</i>	Elfenbeinweißer Rötling	S, Rosaceae
4	– <i>percuboideum</i>		S, TR
3	– <i>plebeioides</i>		S, Auwald
3	– <i>pleopodium</i>	Zitronengelber Rötling	S, Auwald, TR
2	– <i>pseudoexcentricum</i>		S, Auwald
4	– <i>pseudoturci</i>	Schuppiger Nabel-Rötling	S, TR
3	– <i>pyrospilum</i>		S, TR
4	– <i>queletii</i>	Quelets Rötling	S, Moore
4	– <i>rusticoides</i>	Braunblättriger Nabel-Rötling	S, TR
0	– <i>saundersii</i>	Silbergrauer Rötling	S, Rosaceae
3	– <i>sinuatum</i>	Riesen-Rötling	S, LW, WW
4	– <i>strigosissimum</i>	Striegeliger Rötling	S, Auwald
2	– <i>undulatosporum</i>	Welligsporiger Rötling	S, Sa, TR
3	– <i>vernum</i>	Frühlings-Rötling	S, NW, LW
4	– <i>weholtii</i>	Weholts Rötling	S, WW
3	<i>Faerberia carbonaria</i>	Kohlenleistling	S, Brandstellen
4	<i>Fayodia bisphaerigera</i> (= <i>F. gracilipes</i>)	Schlankstieliger Rußnabeling	S, NW, Moore
4	<i>Flammulina fennae</i>		S, H2 (Pa), Auwald, Parks
4	– <i>ononidis</i>	Hauhechel-Samtfußrübling	S, P?, Hauhechel
4	<i>Floccularia straminea</i> (= <i>F. luteovirens</i>)	Schwefelgelber Schuppenritterling	S, NW, LW, TR
3	<i>Galerina allospora</i>		S, Moore
4	– <i>ampullaceocystis</i>		S, NW, Moore
2	– <i>cerina</i>		S, Moore
2	– <i>cinctula</i>		S, Moore
3	– <i>clavus</i>		S, TR
2	– <i>hypnorum</i>	Moos-Häubling	S, Moore
2	– <i>mniophila</i>	Braungeriefter Häubling	S, Moore
2	– <i>mycenoides</i>	Beringter Häubling	S, Moore
2	– <i>sahleri</i>		S, Moore
2	– <i>sphagnicola</i>	Torfmoos-Häubling	S, Moore
2	– <i>sphagnorum</i>	Hochmoor-Häubling	S, Moore
2	– <i>stordalii</i>		S, Moore
3	– <i>tibiicystis</i>	Bereifter Häubling	S, Moore
4	<i>Gymnopilus flavus</i>	Blaßgelber Flämmling	S, TR
2	– <i>fulgens</i>		S, Moore
3	– <i>junonius</i> (= <i>G. spectabilis</i>)	Beringter Flämmling	S, H3 (Lh), LW
2	– <i>odini</i>	Kohlen-Flämmling	S, Brandstellen
3	– <i>sapineus</i>	Tannen-Flämmling	S, H3 (Ta), NW
4	<i>Haasiella</i> <i>splendidissima</i>		S, MW
2	– <i>venustissima</i>	Orangeroter Goldnabeling	S, TR, Auwald
4	<i>Hebeloma circinans</i>	Elfenring-Fälbling	M, NW
3	– <i>pusillum</i>	Zwerg-Fälbling	M(We), Moore, Auwald

2	– <i>sarcophyllum</i>	Rosablättriger Fälbling	M (Ei), LW
4	<i>Hohenbuehelia</i> <i>angustata</i>	Schmaler Muscheling	S, H2-4 (Es, Pa), Auwald
1	– <i>cyphelliiformis</i>		S, H2 (Pfaffenkapperl), Auwald
1	– <i>chevallieri</i>		S, H3 (Weinrebe)
3	<i>Hygrocybe</i> <i>aurantiosplendens</i>	Glänzender Orange-Saftling	S, WW
2	– <i>aurantioviscida</i>		S, WW
2	– <i>calyptriformis</i>	Rosaroter Saftling	S, WW
2	– <i>cinerea</i>	Grauer Saftling	S, WW
3	– <i>citrinovirens</i>	Gelbgrüner Saftling	S, WW
3	– <i>coccinea</i>	Kirschroter Saftling	S, WW
3	– <i>coccineocrenata</i>	Rußigflockiger Saftling	S, Moore
2	– <i>colemanniana</i>	Dattelbrauner Saftling	S, TR, WW
2	– <i>giutinipes</i>	Klebriger Saftling	S, WW
2	– <i>helobia</i>	Sumpf-Saftling	S, Moore, WW
3	– <i>ingrata</i>	Rötender Nitrat-Saftling	S, WW
3	– <i>intermedia</i>	Faserschuppiger Saftling	S, TR
3	– <i>irrigata</i> (= <i>H. unguinosa</i>)	Grauer Saftling	S, WW
2	– <i>lacmus</i>	Violettgrauer Saftling	S, TR, WW
3	– <i>laeta</i>	Zäher Saftling	S, Moore, WW
3	– <i>lepida</i> (= <i>H. cantharellus</i>)	Trichterförmiger Saftling	S, Moore
3	– <i>miniata</i>	Mennigroter Saftling	S, Moore, WW
3	– <i>ovina</i>	Rötender Saftling	S, WW
2	– <i>parvula</i>	Orangegelber Saftling	S, WW
3	– <i>pratensis</i>	Wiesen-Saftling	S, WW
2	– <i>psittacina</i>	Papageien-Saftling	S, WW
3	– <i>punicea</i>	Größter Saftling	S, WW
3	– <i>quleta</i>	Schnürsporiger Saftling	S, LW, Erlenbruch
3	– <i>reali</i>	Bitterer Saftling	S, WW
2	– <i>russocoriacea</i>	Juchten-Saftling	S, WW
2	– <i>spadicea</i>	Schwarzbräunlicher Saftling	S, WW
3	– <i>splendidissima</i>	Prächtiger Saftling	S, WW
3	– <i>subglobispora</i>	Sommer-Saftling	S, TR
3	– <i>turunda</i>	Gelbroter Saftling	S, Moore
3	<i>Hygrophorus</i> <i>atrotomentosus</i>		M (Fi, Ta), NW, MW
3	– <i>calophyllus</i>	Schönblättriger Schneckling	M (Lä, Fö), NW
3	– <i>chrysodon</i>	Goldzahn-Schneckling	M, LW, NW
3	– <i>erubescens</i>	Rasiger Purpur-Schneckling	M (Fi), NW
2	– <i>gliocyclus</i>	Schleimbringter Schneckling	M (Fö), TR
3	– <i>hyacinthinus</i>	Hyazinthen-Schneckling	M (Fi), NW
3	– <i>hypothejus</i>	Frost-Schneckling	M (Fö), NW
3	– <i>latitabundus</i>	Grauweißer Föhren-Schneckling	M (Fö), NW
3	– <i>lucorum</i>	Lärchen-Schneckling	M (Lä), NW
2	– <i>marzuolus</i>	März-Schneckling	M (Fö), NW, LW
3	– <i>melizeus</i> (= <i>H. karstenii</i>)	Birken-Schneckling	M (Bi), LW, MW

3	– <i>purpurascens</i>	Beschleierter Purpur-Schneckling	M, NW, MW
3	– <i>russula</i>	Geflecktblättriger Purpur-Schneckling	M (Ei, Fö?), LW, MW
3	– <i>speciosus</i> (= <i>H. aureus</i>)	Orangegelber Lärchen-Schneckling	M (Lä), NW
	<i>Hypholoma elongatipes</i> (= <i>Psilocybe elongata</i>)	Torfmoos-Schwefelkopf	S, Moore
2	– <i>ericaeoides</i> (= <i>Psilocybe e.</i>)	Geriefter Schwefelkopf	S, Moore
3	– <i>myosotis</i> (= <i>Pholiota m.</i>)	Olivgrüner Schwefelkopf	S, Moore
2	– <i>udum</i> (= <i>Psilocybe uda</i>)	Kahler Schwefelkopf	S, Moore
3	<i>Hypsizygus tessulatus</i>	Gewürfelter Holzrasling	S, H3 (Ei), LW
3	<i>Inocybe curvipes</i>		M (Bi, Pa), LW
3	– <i>griseovelata</i>		M (Ei, Bu), LW
2	– <i>javorkae</i>		M (Pa, We), TR
3	– <i>lacera</i>	Gem. Wirrkopf, Struppiger Rißpilz	M (Fi), Sa, NW
3	– <i>margaritispota</i>		M, Sa, LW, TR
3	– <i>paludinella</i>	Schmieriger Rißpilz	M (Fö, Fi), NW
4	– <i>pruinosa</i>		M (Fö, Ei), TR
3	– <i>salicis</i>	Weiden-Rißpilz	M (We), Auwald, Erlenbruch
3	– <i>squamata</i>	Dunkelschuppiger Rißpilz	M (Pa, We), Auwald
3	– <i>subcarpta</i>	Trapezsporiger Rißpilz	M, LW, NW
3	– <i>vulpinella</i>		M (We, Er), Sa, Auwald, TR
3	– <i>whitei</i>		M (Fi), NW
4	<i>Laccaria purpureobadia</i>		M (Er, Bi), Bruchwald
3	<i>Lentinus adhaerens</i>	Harziger Sägeblättling	S, H3 (Bu), LW, MW
3	– <i>cyathiformis</i>	Becherförmiger Sägeblättling	S, H2-3 (Bu, Pa, Er), Auwald
3	– <i>strigosus</i> (= <i>Panus rudis</i>)	Borstiger Sägeblättling	S, H2-3 (Lh), LW
4	– <i>suavissimus</i> (= <i>Panus s.</i>)	Wohlriechender Sägeblättling	S, H2 (We), Auwald
2	<i>Lepiota cristatoides</i>		S, feuchter NW
2	– <i>grangei</i>	Grünschuppiger Schirmling	S, LW (Bu, Ei)
2	– <i>oreadiformis</i>	Glatte Schirmling	S, TR
4	<i>Lepista caespitosa</i>	Büscheliger Rötleritterling	S, WW
3	– <i>densifolia</i>	Dichtblättriger Rötleritterling	S, MW
4	<i>Leucoagaricus wichanskyi</i>		S, LW
3	<i>Leucocortinarius buibiger</i>	Knolliger Schleieritterling	M, NW, LW
3	<i>Leucopaxillus compactus</i> (= <i>L. tricolor</i>)	Dreifärbiger Krempestrichterling	S, Auwald (We), LW (Bi)
3	– <i>giganteus</i>	Riesen-Krempestrichterling	S, TR, WW
3	<i>Limacella glioderma</i>	Schmieriger Schleimschirmling	S, LW, MW
3	– <i>illinita</i>	Glänzender Schleimschirmling	S, LW, MW
3	<i>Macrolepiota excoriata</i>	Acker-Riesenschirmling	S, TR
3	– <i>olivascens</i>	Grünfleckender Riesenschirmling	S, TR, WW

3	Melanoleuca brevipes	Kurzstieliger Weichritterling	S, Auwald
3	Mycena adonis	Korallenroter Helmling	S, NW, TR, LW
2	– belliae	Schilf-Helmling	S, Schilf
2	– latifolia	Breitblättriger Helmling	S, WW
1	– megaspora	Großsporiger Helmling	S, Moore
2	– romagnesiana	Romagnesis Helmling	S, MW
3	– tintinnabulum	Winter-Helmling	S, H2-3 (Bu), LW
4	Mycenella margaritispora		S, Auwald
	Naucoria → Alnicola		
2	Omphalina discorosea	Rosascheibiger Nabeling	S, H2 (Lh), Auwald
3	– epichysium	Holz-Nabeling	S, H3-4 (Ta), NW
2	– fusconigra	Braunschwarzer Nabeling	S, Moore
2	– gerardiana		S, Moore
3	– griseopallida		S, TR
3	– oniscus	Gelappter Nabeling	S, Moore
2	– philonotis	Sumpf-Nabeling	S, Moore
2	– sphagnicola	Torfmoos-Nabeling	S, Moore
3	Ossicaulis lignatilis	Holztrichterling	S, H2-4 (Ei, Bu), LW
4	Panellus violaceofulvus	Violettblättriger Knäueling	S, H2-4 (Ta), NW, MW
	Panus → Lentinus		
4	Phaeocollybia arduennensis	Kleiner Wurzelschnitzling	S, N, NW
3	– christinae	Rotbrauner Wurzelschnitzling	S, N, NW
3	– festiva	Olivgrüner Wurzelschnitzling	S, N, NW
4	– jennyae	Feuerroter Wurzelschnitzling	S, N, NW
3	– lugubris	Gemeiner Wurzelschnitzling	S, N, NW, MW
3	Phaeogalera stagnina	Geschmückter Braunhäubling	S, Moore
	Pholiota → Hypholoma		
4	Pholiota conissans		S, H3 (We), Moor
4	– squarrosoides		S, H3 (Ei, Bu), LW
4	Pholiotina aeruginosa (= <i>Conocybe a.</i>)	Grünspan-Glockenschüppling	S, Erlenau
3	Pleurotus calyptratus	Pappel-Seitling	S, H2-3 (Pa), Auwald
3	– dryinus	Berindeter Seitling	S, H2 (Ei, Fi), LW, MW, Auwald
4	– eryngil	Kräuter-Seitling	S (Mannstreu), TR
3	Pluteus aurantiorugosus	Orangeroter Dachpilz	S, H3 (Lh, UI), LW, Auwald
4	– inquilinus	Weißer Dachpilz	S, B, LW
4	– umbrosus	Flockenschneidiger Dachpilz	S, H4 (Bu), LW, Auwald
1	Porpoloma elytroides		S, N, NW (Fi)
2	– pes-caprae	Spitzhütiger Wiesenritterling	S, WW
4	Psathyrella ammophila	Sand-Faserling	S, Sa, NW, TR
4	– caput-medusae	Medusenhaupt	S, H3 (Nh), NW
4	– cernua	Ausblassender Faserling	S, LW
4	– cotonea	Schwefelfüßiger Faserling	S, LW, NW
3	– leucotephra	Ring-Faserling	S, H1-3 (Lh), LW
4	– longicauda		S, H3 (Lh), Wiese
3	– olympiana	Weißflockiger Faserling	S, H3-4 (Lh), LW
2	– romagnesii	Romagnesis Faserling	S, Verlandungszonen

2	– <i>typhae</i> <i>Psilocybe</i> → <i>Hypholoma</i>	Halm-Faserling	S, Rohrkolben, Schilf, Verlandungszonen
3	<i>Psilocybe apeliculosa</i>		S, WW
3	– <i>semilanceata</i>	Spitzkegeliger Kahlkopf	S, WW
3	– <i>squamosa</i>	Schuppiger Kahlkopf	S, LW (Bu, Ei)
4	<i>Rhodocybe ardosiaea</i>		S, Auwald
4	– <i>melleopallens</i>		S, MW
4	<i>Rhodotus palmatus</i>	Orangerötlicher Adernseitling	S, H3-4 (Bu, Pa), LW, Auwald
3	<i>Sericeomyces serenus</i>	Seidenschirmling	S, LW, MW
3	<i>Simocybe sumptuosa</i>		S, H3-4 (Bu), LW
4	<i>Squamanita schreieri</i>	Gelber Schuppenwulstling	S, LW, Auwald
1	<i>Stropharia</i> <i>albocrenulata</i>	Weißgezählter Träuschling	S, H4 (Pa), Auwald
2	– <i>inuncta</i>	Purpurgrauer Träuschling	S, LW, Auwald, TR
2	– <i>melasperma</i>	Schwarzblättriger Träuschling	S, TR, WW
4	<i>Tectella patellaris</i>	Klebriger Schleierseitling	S, H3-4 (Bu), LW
4	<i>Tephrocybe oldae</i>	Schwärzendes Graublatt	S, LW, NW
3	<i>Tricholoma acerbum</i>	Gerippter Ritterling	M (Ei), LW, MW
3	– <i>aestuans</i>	Galliger Ritterling	M (Fö), NW
4	– <i>apium</i> (= <i>T. luteovirens</i>)	Sellerie-Ritterling	M (Fö), NW
2	– <i>caligatum</i>	Krokodil-Ritterling	M (Fö), NW
3	– <i>cingulatum</i>	Gegürtelter Erd-Ritterling	M (We), LW, Auwald
1	– <i>colossus</i>	Riesen-Ritterling	M (Fö), NW
2	– <i>equestre</i>	Grünling	M (Fö), NW
1	– <i>focale</i>	Halsband-Ritterling	M (Fö), NW
3	– <i>fucatum</i>	Scheckigbunter Ritterling	M (Fö, Fi), NW
3	– <i>fulvum</i>	Gelbblättriger Ritterling	M (Bi), LW
3	– <i>imbricatum</i>	Feinschuppiger Ritterling	M (Fö), NW, MW
3	– <i>luridum</i>	Großsporiger Mehl-Ritterling	M (Fö, Fi), NW
3	– <i>pardalotum</i>	Tiger-Ritterling	M (Bu), LW, MW
3	– <i>portentosum</i>	Schwarzfaseriger Ritterling	M (Bu, Fö, Fi), LW, NW
4	– <i>psammopus</i>	Lärchen-Ritterling	M (Lä), NW
2	– <i>ramentaceum</i>		M (Bu, Fi), NW, LW
3	– <i>scalpturatum</i>	Gilbender Ritterling	M, LW, NW
4	– <i>stans</i>	Rotfleckender Föhren-Ritterling	M (Fö), NW
2	– <i>sulphurescens</i>	Salziger Ritterling	M (Bu, Ei), LW
4	<i>Tubaria confragosa</i>	Beringter Trompetenschnitzling	S, H3 (Bi, Er), Moore
4	– <i>pallidospora</i>	Lederblasser Trompetenschnitzling	S, B, Sägespäne, Auwald
3	<i>Volvariella bombycina</i>	Wolliger Scheidling	S, H3-4 (Bu), LW
2	– <i>caesiointincta</i>	Blaugrauer Scheidling	S, H3-4 (Bu), LW
2	– <i>volvacea</i>	Tropischer Scheidling	S, B, Wiese
4	<i>Xerula kuehneri</i>	Kühners Wurzelrübling	S, B, Auwald
3	– <i>melanotricha</i>	Schwarzhaariger Wurzelrübling	S, NW, MW (Ta)

Russulales

Täublingsartige

3	<i>Lactarius albocarneus</i>	Graublasser Milchling	M (Ta), NW, MW
2	– <i>aspideus</i>	Schild-Milchling	M (We), LW, MW

3	– <i>chrysorrheus</i>	Goldflüssiger Milchling	M (Ei), LW
3	– <i>controversus</i>	Rosascheckiger Milchling	M (Pa, We), Auwald, TR
2	– <i>evosmus</i>		M, LW
3	– <i>flexuosus</i>	Verbogener Milchling	M, LW, NW
2	– <i>helvus</i> var. <i>albidus</i>	Weißer Bruch-Reizker	M (Fö), Moore
3	– <i>lilacinus</i>	Lila Milchling	M (Er), Bruchwald
3	– <i>lignyotus</i>	Mohrenkopf	M (Fi), NW
3	– <i>mairei</i>	Maires Milchling	M (Ei), LW
3	– <i>mammosus</i>	Gebuckelter Milchling	M (Fö), NW, MW
2	– <i>musteus</i>	Heide-Milchling	M (Fö), NW, Moore
3	– <i>pubescens</i>	Blasser Birken-Reizker	M (Bi), LW, MW
3	– <i>repraesentaneus</i>	Zottiger Violett-Milchling	M (Bi, Fi), NW, MW
3	– <i>salmonicolor</i>	Lachs-Reizker	M (Ta), NW, MW
3	– <i>sphagneti</i>	Torfmoos-Milchling	M (Bi, Fö), Moore
3	– <i>spinulosus</i>	Schüppchen-Milchling	M (Ei, Bi), LW
3	– <i>terminosus</i>	Birken-Reizker	M (Bi), LW, MW
3	– <i>volemus</i>	Brätling	M (Ei, Hb, Fö, Fi), LW, MW
3	<i>Russula amarissima</i>	Bitterster Täubling	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>amethystina</i>	Amethyst-Täubling	M (Fi, Ta), NW
3	– <i>amoena</i>	Samt-Täubling	M, LW, NW
4	– <i>anatina</i>	Graugrüner Reif-Täubling	M (Ei, Hb), LW
3	– <i>anthracina</i>	Kohlen-Täubling	M, LW, NW
3	– <i>aurea</i>	Gold-Täubling	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>consobrina</i>	Graubrauner Täubling	M (Fi), NW
4	– <i>curtipes</i>	Kurzstieliger Leder-Täubling	M (Bu), LW
4	– <i>lepidicolor</i>	Rosaroter Täubling	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>lilacea</i>	Rotstieliger Reif-Täubling	M (Ei, Hb), LW
3	– <i>maculata</i>	Gefleckter Täubling	M (Ei, Bu, Hb), LW
3	– <i>melliolens</i>	Honig-Täubling	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>odorata</i>	Duftender Täubling	M (Ei, Bu, Hb), LW
3	– <i>raoultii</i>	Blaßgelber Täubling	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>rubroalba</i>		M (Ei, Bu), LW
3	– <i>sardonias</i>	Zitronenblättriger T Tränen-T	M (Fö), NW, MW
3	– <i>solaris</i>	Sonnen-Täubling	M (Bu, Ei), LW
3	– <i>sphagnophila</i>	Torfmoosliebender Täubling	M (Bi), Moore
3	– <i>veternosa</i>	Rotrandiger Kamm-Täubling	M (Ei), LW
3	– <i>virescens</i>	Grüngefelderter Täubling	M (Ei, Bu, Hb), LW
3	– <i>xerampelina</i> s. str.	Roter Herings-Täubling	M (Ei, Bu), LW

**Holobasidio-
mycetidae p. p.:
„Gasteromycetes“
(diverse Ordnungen)**

Bauchpilze im weiteren Sinn

1	<i>Battarraea phalloides</i>	Stelzenstäubling	S, Sa, TR
3	<i>Bovista graveolens</i>	Feld-Bovist	S, Acker, WW
3	– <i>paludosa</i>	Sumpf-Bovist	S, Moore
2	– <i>pusilla</i>	Zwerg-Bovist	S, Sa, TR
3	– <i>tomentosa</i>	Filziger Bovist	S, Sa, TR
4	<i>Clathrus ruber</i>	Gitterling	S, LW

3	<i>Disciseda bovista</i>	Großer Scheibenbovist	S, Sa, TR
3	– <i>candida</i>	Kleiner Scheibenbovist	S, Sa, TR
2	<i>Elasmomyces mattiriolianus</i> (= <i>Macowanites krjukowensis</i>)	Täublings-Scheintrüffel	M (Bu, Ei, Fi, Fö), LW, MW
3	<i>Gastrosporium simplex</i>	Steppentrüffel	S (Gräser), TR
3	<i>Gautieria graveolens</i> (= <i>G. mexicana</i>)	Kleinkammerige Morcheltrüffel	M (Fi, Bu), LW, NW
3	– <i>morchelliformis</i>	Großsporige Morcheltrüffel	M (Bu, Ei), LW, MW
2	<i>Gaeastrum badium</i>	Nabel-Erdstern	S, LW, NW, TR
1	– <i>berkeleyi</i>	Berkeleys Erdstern	S (Ei), LW
4	– <i>campestre</i>	Rauher Erdstern	S, TR, Sa
3	– <i>coronatum</i>	Dunkler Erdstern	S, LW, NW, TR
3	– <i>corollinum</i>	Zitzen-Erdstern	S, TR, LW
2	– <i>floriforme</i>	Blumen-Erdstern	S, TR, LW
3	– <i>fornicatum</i>	Großer Nest-Erdstern	S, TR
2	– <i>melanocephalum</i>	Schwarzköpfiger Erdstern	S, Sa, TR
3	– <i>nanum</i>	Kleiner Erdstern	S, Sa, TR
3	– <i>pectinatum</i>	Kamm-Erdstern	S, TR, NW
3	– <i>quadrifidum</i>	Kleiner Nest-Erdstern	S, NW
3	– <i>rufescens</i>	Rosa Erdstern	S, TR, LW
3	– <i>striatum</i>	Kragen-Erdstern	S, TR, LW
2	<i>Hysterangium fragile</i>	Zarte Schwanztrüffel	M? (Bu), LW
2	– <i>thwaitesii</i>		M? (Bu, Ei), LW
3	<i>Lycoperdon atropurpureum</i>	Purpurschwarzer Stäubling	S, LW (Ei)
3	– <i>decipiens</i>	Steppen-Stäubling	S, TR
4	– <i>ericaeum s. str.</i>	Heide-Stäubling	S, TR
2	– <i>muscorum</i>	Moor-Stäubling	S, Moore
3	– <i>norvegicum</i>	Nördlicher Stäubling	S, NW
	<i>Macowanites</i> → <i>Elasmomyces</i>		
3	<i>Melanogaster ambiguus</i>	Weißgekammete Schleimtrüffel	M? (Bu, Ei), LW, MW
2	– <i>macrosporus</i>	Großsporige Schleimtrüffel	M?, LW, MW
2	– <i>variegatus</i>	Bunte Schleimtrüffel	M? (Bu, Ei), LW, MW
4	<i>Montagnea radiosa</i> (= <i>M. arenaria</i>)		S, TR
4	<i>Mycocalia denudata</i>		S (Carex, Juncus), Moore
2	<i>Myriostoma coliforme</i>	Sieb-Erdstern	S, Sa, TR
3	<i>Nidularia deformis</i>	Vollgestopfter Nestling	S, H3-4 (Lh, Nh), LW, NW
3	<i>Phallogaster saccatus</i>	Beutelförmige Gallertnuß	S, H4 (Nh), N, NW, MW
1	<i>Phallus hadriani</i>	Dünen-Stinkmorchel	S, Sa, TR
2	<i>Tulostoma armillatum</i>		S, Auwald
3	– <i>fimbriatum</i>	Gewimperter Stielbovist	S, Sa, TR
2	– <i>kotlabae</i>	Kotlabas Stielbovist	S, Sa, TR
2	– <i>melanocyclum</i>		S, Sa, TR
2	– <i>moravecii</i>	Moravec' Stielbovist	S, Sa, TR
3	– <i>squamosum</i>	Schuppiger Stielbovist	S, Sa, TR

Literatur

- ARNOLDS E. 1981. Ecology and coenology of macrofungi in grasslands and moist heathlands in Drenthe, The Netherlands. – *Bibl. Mycol.* 83: 410 Seiten.
- 1989. The influence of increased fertilization on the macrofungi of a sheep meadow in Drenthe, The Netherlands. – *Opera Bot.* 100: 7–21.
 - 1991. Decline of ectomycorrhizal fungi in Europe. – *Agric. Ecosystems Environ.* 35: 209–244.
 - 1995. Problems in measurements of species diversity of macrofungi. – In ALLSOPP D., COLWELL R. R. & HAWKSWORTH D. L. (Hrsg.), *Microbial diversity and ecosystem function*: 337–353. – Oxon: CAB International.
 - & KREISEL H. 1993. Conservation of fungi in Europe. – *Proceedings of the second meeting of the European Council for the Conservation of Fungi at Vilm 1991*. – Greifswald, 98 S.
 - & DE VRIES B. 1993. Conservation of fungi in Europe. – In PEGLER D. N., BODDY L., ING B. & KIRK P. M. (Hrsg.), *Fungi of Europe: investigation, recording and conservation*: 211–230. – Kew: Royal Botanic Gardens.
 - , KUYPER T. W. & NOORDELOOS M. E. (Hrsg.) 1995. *Overzicht van de paddestoelen in Nederland*. – Wijster: Nederlandse Mycologische Vereniging, 872 Seiten.
- BAAR J. & KUYPER T. W. 1993. Litter removal in forests and effect on mycorrhizal fungi. – In PEGLER D. N., BODDY L., ING B. & KIRK P. M. (Hrsg.), *Fungi of Europe: investigation, recording and conservation*: 275–286. – Kew: Royal Botanic Gardens.
- BENDIKSEN E. & HØILAND K. 1992. Red list of threatened macrofungi in Norway. – In: Directorate for Nature Management, Report 1992-6: 31–42. – Oslo.
- BENKERT D. 1982. Vorläufige Liste der verschollenen und gefährdeten Großpilzarten der DDR. – *Boletus* 6: 21–32.
- , DÖRFELT H., HARDTKE H. J., HIRSCH G., KREISEL H., KRIEGLSTEINER G. J., LÜDERITZ M., RUNGE A., SCHMID H., SCHMITT J. A., WINTERHOFF W., WÖLDECKE K. & ZEHFUSS H. D. 1996. Rote Liste der Großpilze Deutschlands. – In LUDWIG G. & SCHNITTLER M. (Hrsg.), *Rote Liste gefährdeter Pflanzen Deutschlands, Schriftenr. Vegetationsk. (Bonn-Bad Godesberg)* 28: 377–426.
- BRANDRUD T. E. 1995. The effects of experimental nitrogen addition on the ectomycorrhizal fungus flora in an oligotrophic spruce forest at Gårdsjön, Sweden. – *Forest Ecol. Management* 71: 111–122.
- CANNON P. F., HAWKSWORTH D. L. & SHERWOOD-PIKE M. A. 1985. *The British Ascomycotina. An annotated checklist*. – Oxon: CAB, 302 Seiten.
- COURTECUISSE R. & DUHEM B. 1994. *Guide des champignons de France et d'Europe*. – Lausanne: Delachaux & Niestlé, 480 Seiten.
- DERBSCH H. & SCHMITT J. A. 1984. *Atlas der Pilze des Saarlandes. Teil 1: Verbreitung und Gefährdung*. – Aus Natur und Landschaft im Saarland, Sonderband 2. – Saarbrücken: Delattinia, 535 Seiten.

VOLLMACHT

Hiermit bevollmächtige ich als **Sprecher der**

Bürgerinitiative Netzwerk Verkehrsregion Wien-NÖ (BNWN)

Ing. Heinz Mutzek (Sprecher der Bürgerinitiative)

Geboren am: 13.12.1974

Wohnadresse: Maschl gasse 114

1220 Wien

mich von,

Herrn Alfred Benda (Bevollmächtigter)

Geboren am: 30.07.1967

Wohnadresse: Am Heidjöchl 6 / 8

1220 Wien

als Verfahr enspar tei, im Zuge der Verhandlung im UVP-Verfahren zur S1-Schnellstraße Spange Seestadt, GZ BMVIT-311.401/0019-IV/ST-ALG/2017, zu vertreten!

Wien, am 20.11.2017



(Ing. Heinz Mutzek)

S1 Wiener Außenring Schnellstraße
Abschnitt Knoten Raasdorf - Am Heidjöchl (Spange Seestadt Aspern)
UVP-Verfahren
Mündliche Verhandlung

Name: Matysek Jutta

Adresse: Polletstraße 46, 1220 Wien

Vertretung für: in eigener Sache, BI Rettet die Lobau

Vorbringen:

Ich erkläre das Vorbringen von Herrn Wolfgang Rehm zu dem Themenbereich Boden und Abfallwirtschaft sowie Grundwasser und Hydrogeologie zu meinem eigenen Vorbringen.

In Bezug auf Altstandorte stelle ich den Antrag auf Durchführung einer Vollanalytik und einer Untersuchung auf Spurenstoffe. Falls keine große Prüfung durchgeführt wird, sondern nur die Kleinere, fordere ich eine Untersuchung auf Dioxine sowie HCB hinzuzufügen. Es handelt sich dabei um gefährliche Stoffe mit langer Haltbarkeit. Ich verweise hier auf die Situation im Görtscitzalm, wo man die Gefahr mangels Beprobung nicht erkannt hat. Nur weil es unwahrscheinlich ist, dass verschiedene Schad- oder Giftstoffe vorkommen, ist es in meinen Augen unverantwortlich, erst gar nicht danach zu suchen. Alle möglichen Maßnahmen sollen ergriffen werden, um eine solche Kontamination auszuschließen. Die Inkaufnahme einer Gefährdung von Schutzgütern wäre unverantwortlich.

Bei Teil- oder Ganzräumung der ehemaligen Deponien sollte auf Asbest geachtet werden. Asbest war in den 70er Jahren gängiger Baustoff und ist sehr wahrscheinlich Teil der Baurestmasse. Bei Öffnung der Deponien kann es zu Verwehungen und damit zu einer Gefährdung der Bevölkerung kommen. Ich stelle den Antrag auf Untersuchung der Deponiemassen. Meines Erachtens muss streng darauf geachtet werden. Das Material kann sich lösen und verweht werden, insbesondere wenn ein Bagger darüberfährt ist das Material nicht mehr gebunden, sondern frei.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Durchführung einer strengen Trinkwasseranalytik aufgrund der Gärtnereien in den relevanten Gebieten wichtig ist, da dort Kulturen, die roh gegessen werden, angebaut werden, nicht nur Salat, sondern auch Schnittlauch, Karotten u.dgl.

Beilage

Weiters stelle ich den Antrag, dass die Behörde überprüfen soll, ob in Bereichen der Trasse ohne Lärmschutzmaßnahmen, nicht auch Lärmschutzwände errichtet werden sollen, um dort die Chloridverfrachtung durch Gischt zu minimieren.

Ferner stelle ich den Antrag, dass RVS und Arbeitsblätter, die als normative Papiere und Arbeitspapiere eingesetzt werden, den Verfahrensunterlagen beigelegt werden sollen, da es für Nachbarn und Bürgerinitiativen unzumutbar ist, sich alle diese Papiere zu kaufen.

Wien, am 28.11.2017

um 17:00 h

Unterschrift:



S1 Wiener Außenring Schnellstraße
Abschnitt Knoten Raasdorf - Am Heidjöchl (Spange Seestadt Aspern)
UVP-Verfahren
Mündliche Verhandlung

Name: Wolfgang Rehm

Adresse: Währingerstraße 59, 1090 Wien

Vertretung für: Umweltorganisation VIRUS

Vorbringen zu Block 3:

Ich beginne mit der Problematik der Bodenversiegelung und möchte zu Beginn ein Missverständnis aufklären. Wenn in unser Einwendung von Flächenverlust die Rede war, so ist klarzustellen, dass die Fläche Österreichs selbstverständlich konstant bleibt; gemeint war der Verlust an unversiegelter Fläche, die nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden kann, den Verlust an Biodiversität, der Möglichkeit zur Grundwasserneubildung und Versickerung von Niederschlagswasser. Offensichtlich sind der Sachverständige und ich uns einig, dass eine Kompensationsauflage – wie von uns gewünscht – sinnvoll und wünschenswert wäre. Der Verlust an unversiegelter Fläche mit ca. 20 ha/Tag (Schwankung zwischen 16 und 25 ha/Tag) ist bedrohlich und nicht nachhaltig hinnehmbar. Nicht einig sind wir uns bei der Frage der rechtlichen Bewertung, wobei ich der Ansicht bin, dass diese Bewertung nicht die Kernaufgabe des Sachverständigen ist. Es ist klar, dass diese Thematik schwierig ist, dass das Vorsorgeprinzip anzuwenden ist, dass es ablehnende Entscheidungen des BVwG gibt, dass es aber zur Frage der Durchführbarkeit solcher Auflagen keine höchstgerichtliche Judikatur gibt.

Es wäre wünschenswert, wenn der Gesetzgeber hier mehr Klarheit schaffen würde. Zusätzlich möchte ich eine Zahl vorbringen, die in den vorhergehenden Verhandlungen noch nicht vorgelegen ist. Unter Bezugnahme auf das UBA wurde eine Fläche von ca. 50.000 ha an Industriebrache kolportiert, dies ist zwar nach Rücksprache mit dem UBA nicht ganz richtig, aber nach mündlicher Auskunft des zuständigen Abteilungsleiters dürften es tatsächlich 30.000 – 40.000 ha österreichweit geben. An geeigneten Flächen mangelt es somit nicht.

Im Projektgebiet gibt es mehrere Altlasten, konkret etwa 2 – 3. In den Plänen des Projektes sind die Schafflerhofstraße und die Krcalgrube eingezeichnet, zusätzlich ist von einer am Heidjöchl die Rede, die aber nicht eingezeichnet ist. Gibt es nun 2 oder 3? Ich weiß nicht, ob es sich bei der Dritten um eine andere Bezeichnung der Krcalgrube handelt.

Fakt ist, dass es diese Flächen gibt. Ich bin an der von Dr. Atanasoff erwähnten Untersuchung interessiert.

Bei meiner Prüfung bin ich hauptsächlich anhand der drei Gutachten zum wasserrechtlichen Einreichoperat vorgegangen. Dabei habe ich festgestellt, dass laut der UVE – Einlagen 8.2.1 und 8.3.1 – die Maßnahmenschwelle nicht erreicht wird. Von der Sachverständigen wird das widerlegt und angeführt, dass sich Kohlenwasserstoffkontaminationen zeigen. Ich möchte schon in Frage stellen, warum die Sachverständige diesen Widerspruch aufzeigen muss und die Projektwerberin das nicht erkannt hat bzw. willens war, zu dokumentieren, dass man nicht von vornherein von Unbedenklichkeit ausgehen kann.

Wir haben einiges an dokumentiertem Nichtwissen bzw. Ungewissheit zu konstatieren. Es gibt Messwerte, die Kohlenwasserstoffe anzeigen, aber niemand weiß genau, welche Stoffe in welcher Menge vorhanden sind und was passiert, wenn die Schadstoffe in Lösung gehen bzw. was passieren kann, wenn im Zuge der Projektumsetzung entsprechende Arbeiten durchgeführt werden. Die Sensibilität des Schutzgutes ist hoch. Mineralölprodukte können schon in kleinen Beiträgen zu weitreichenden Kontaminationen des Grundwassers führen. Gestern wurde bei den Maßnahmen diskutiert, den Messraster aufzuweiten, obwohl man eigentlich danach trachten müsste, so viele Informationen wie möglich zu bekommen. Es ist klar, dass eine Projektumsetzung ohne Maßnahmen nicht möglich ist – es gibt dabei zwei Gruppen, einerseits „Sichern“ und andererseits „Räumen“. Was die Räumung betrifft, liegen widersprüchliche Informationen vor. Laut der Beantwortung im Stellungnahmenband wird die Deponie nicht geräumt, nach dem Gutachten des Sachverständigen Atanasoff wird teilgeräumt, wo tatsächlich die Straße gebaut werden soll. Wir ersuchen um eine diesbezügliche Aufklärung. Wir fordern eine Beseitigung dieser Gefahr, d.h. eine Kompletträumung. Unabhängig von der Frage der Räumung, Teil- bzw. Nichträumung braucht man eine Sicherung des Standortes, weil eine Räumung auch eine Schadstofffreisetzung auslösen kann. Die Sicherung ist dabei in Analyse und Maßnahme zu teilen. Es beginnt damit, dass der Deponiekörper in den HGW 100 eintaucht. Aufgrund von Erfahrungen aus Nachbarprojekten, in denen die HGW100 Spiegellagen zu korrigieren waren, stellt sich Frage, ob die Angabe des HGW100 stimmt. Das Spitzenjahr 2013 der Statistik war in den Unterlagen nicht enthalten, wir haben Grundwasserhochstände und es gibt steigende Trends zu Grundwasserhochständen. Ich weiß nicht, ob dasselbe Modell wie bei der S 1 Lobau verwendet wurde, bei dem wir feststellen musste, dass die Diskrepanzen zwischen dem Modell und dem Modell des Landes NÖ 0,5 m betragen, d.h. beim Land NÖ ist dieser 0,5 m höher. Das Modell des Landes NÖ reicht aber nur bis zur Landesgrenze und ist für Wien nicht mehr direkt verwendbar. Des Weiteren wäre zu klären, ob das Grundwassermodell um den Deponiestandort bzw. das vorgesehene System aus Sickerbrunnen, dem Stand der Technik entspricht bzw. entsprechend eingesetzt wird. Dem TGA des Sachverständigen Wolf ist zu entnehmen, dass mit einem einfachen Grundwassermodell vorgegangen wurde. Wurde der Stand der Technik eingehalten, ist dabei die Technische Regel – Arbeitsblatt DVGW W 107 (A) vom Februar 2016 zur Anwendung gekommen? Wurde das Modell ausreichend kalibriert und validiert? Nachdem auch kein durchgängiger Aquifer vorliegt, hinterfrage ich, ob das hydrogeologische Modell für die folgenden numerischen Berechnungen ausreicht. Dazu passt, dass die Grundwasserabstandsgeschwindigkeit nur in sehr weiten Grenzen bekannt ist und mit großen Schwankungsbereichen angegeben ist.

Wann muss dieses Profil (Schadstoffprofil) vorliegen?

Das Grundwassermodell ist 2D gerechnet worden? Die Software, die verwendet wurde, ist dieselbe, die beim 3D Modell bei der S 1 Lobau verwendet wurde und kann somit beides. Ich habe es so verstanden, dass der Sachverständige die vom ihm als Hilfsmittel verwendete Studie Lutz informell zur Verfügung stellen würde. Wenn die Behörde dies formalisieren möchte, stelle ich den Antrag, die Behörde möge diese Grundlage den Verfahrensparteien im Wege des Aktes zur Verfügung stellen.

Wir haben bei beiden Verdachtsflächen drei bzw. vier Sperrbrunnen vorgesehen. Wir vermissen eine Variante mit Umspundung bzw. einen Ausgleich mit Düker bzw. Schluckbrunnen. Diese könnten zusätzliche Sicherheit bieten, wobei eine Spundwand auch Risiken hätte. Wurde dies geprüft?

Es soll also mittels Sperrbrunnen abgepumpt werden, die Wässer über Aktivkohlefilter geleitet und gereinigt über Sickerbrunnen ins Grundwasser zurückgegeben werden. Im TGA von Atanasoff wird angegeben, welche Parameter laut Vorschlag von der Projektwerberin analysiert werden sollen. Ich vermisse aber eine eigene Bewertung des Sachverständigen, ob diese Parameterliste ausreichend ist. Aus meiner Sicht ist wegen der Schwere der möglichen Auswirkungen eine eigene Stellungnahme notwendig. Wenn gesagt wird, ein Aktivkohlefilter ist geeignet zur Reinigung, und man eventuell zu anderen Maßnahmen greifen wird müssen, wenn sich herausstellt, dass weitere Schadstoffe zu behandeln wären, wie will man dann überhaupt feststellen können, dass weitere Schadstoffe auftreten, wenn der Parametersatz zu wenig umfangreich ist? Es sollte eine Kontingenzplanung (Eventualfallplanung) gemacht und ein breites Messprogramm gefahren werden. Es wäre noch aufzuklären, welche Schadstoffparameter nach Ansicht des Sachverständigen zusätzlich auftreten können und anders zu behandeln wären. Ich verweise hier auf die Dioxinthematik aufgrund der Praxis der 70er und 80er und die Nähe zur ÖBB-Trasse Marchegger Ast. Es braucht auch vorab die gedankliche Beschäftigung mit der Frage, welche zusätzlichen Filter benötigt werden können, um diese zeitgerecht beizubringen und einbauen zu können, damit sich nicht die Frage eines Stopps der Bauarbeiten stellt oder diese Thematik vernachlässigt wird.

Zur Sperrbrunnenreihe: Offensichtlich wird das System der Sperrbrunnen mit Verzögerungen in Betrieb genommen, gestern war laut Auskunft von Fr. Matysek von 3 – 4 Wochen die Rede. Dies ist möglicherweise zu gering aufgrund des Abstandes der Sperrbrunnen und würden Schadstoffe, die die Sperrbrunnenreihe bereits passiert haben, auch mit der durch Abpumpen verursachten Spiegelabsenkung nicht mehr in ausreichendem Maß zurückgeholt werden können. Es gibt zwei Ungewissheiten: Ist die volle Wirksamkeit der Sperrbrunnen betreffend Anzahl und Pumpleistung ausreichend nachgewiesen (was mit einem einfachen Modell nicht ausreichend möglich ist) und ist eine rechtzeitige Inbetriebnahme der Brunne gewährleistet. Es fehlt daher eine zweite Absicherungsreihe (aus weiteren Sperrbrunnen), die dann, wenn die „1. Verteidigungslinie“ warum auch immer zu spät in Betrieb genommen wird, in Betrieb geht. Daher fordern wir eine „2. Verteidigungslinie“.

Wie hoch ist die Grundwasserabstandsgeschwindigkeit im umgebenden Aquifer?

D.h. wenn einmal Schadstoffe den unmittelbaren Bereich des verdichteten Deponiekörpers verlassen haben, geht es schnell mit der Ausbreitung.

Das war der Hintergrund des Vorbringens, dass es sich mit den Abständen und der Inbetriebnahme nicht ausgeht.

Es war mir natürlich bewusst, dass eine Umspundung ein Hindernis im Grundwasserkörper darstellt und so etwas nur mit Kompensation möglich ist.

Der Sachverständige Atanasoff hat vorgeschlagen, im Zuge der Beweissicherung eine Trinkwasseranalyse zu machen. Da diese bisher nicht vorgesehen ist, stelle ich den Antrag, diese Analyse in das Beweissicherungssystem aufzunehmen. Die ÖNorm 2088-1 steht mir nicht zur Verfügung. Wie verhalten sich in der ÖNorm festgehaltenen Parameter zu den von der Projektwerberin vorgeschlagenen Parametern?

Die Vollanalyse meine ich.

Im niederösterreichischen Teil gibt es die wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung Marchfeld, die auch beim Trinkwasserschutz zu beachten wäre. Ich weise weiters darauf hin, dass es im Projektgebiet auch eine Nahrungsmittelproduktion mit Bewässerungswasser gibt, das genießbare Qualität aufweisen muss.

Noch offen ist die Frage der Nachkontrolle. Allfällige Maßnahmen werden betrieben, bis die Qualität wieder hergestellt ist, bis die Parameter entsprechend sinken, aber die Beprobung endet zwei Jahre nach der Baufertigstellung. Angesichts der Langsamkeit der Freisetzung erscheint mir dieser zweijährige Zeitraum nicht ausreichend gewählt und wäre zu verlängern. Ich stelle den Antrag, die Behörde möge die zu beteiligenden Sachverständigen ersuchen, diese Zeitachse nochmals durchzudenken und diesen Zeitraum in Relation zu den tatsächlichen Geschwindigkeiten zu setzen.

Ich bin davon ausgegangen, dass eine Weitergabe möglich ist. Wenn es diesbezügliche Bedenken gibt, wende ich mich allenfalls direkt an die Stadt Wien mit einem Auskunftersuchen gemäß UIG.

Ich halte zu den Gewässerschutzanlagen als positiv fest, dass offensichtlich die Beckenentleerung nicht länger als 48h dauert bzw. die Entleerung der Bodenfiltermulde nicht länger als 24h, demzufolge wird der nach der RVS 04.04.11 für Dauerstau genutzte Spielraum nicht ausgenutzt. Die RVS regelt auch den Abstand des tiefsten Punktes der Gewässerschutzanlage zum Grundwasser. Es gibt auch eine diesbezügliche Maßnahme der Sachverständigen DI Moser, Maßnahme Nr. 46, dass gemäß der RVS der Abstand 0,5 m nicht unterschreiten darf. Im Hinblick auf die Diskussion der genauen Lage des HGW möchte ich fragen, wie viel Puffer derzeit besteht, d.h. wie weit die Unterkante vom Grundwasser entfernt ist. Nachdem die Winterwässer nicht versickert werden, sondern in das Kanalnetz eingeleitet werden, möchte ich fragen, was danach mit diesen Wässern passiert.

Sie bestätigen meine Vermutung. Wir warten weiterhin auf die Pilotanlage mit einer Umkehrosmose.

Ich komme zur Frage der Chloridausbreitung aus der Verkehrsgischt, also jenen Frachten, die nicht in die Gewässerschutzanlage bzw. den Kanal kommen. Die Frage interessiert uns auch aufgrund des Gutachtens des Sachverständigen Stundner im Verfahren S 1 Lobau, wo es einen Hinweis gibt, dass es ein methodisches Problem bei der Ausbreitungsberechnung gibt, das dazu führte, dass weiter entfernt liegende Brunnen höhere Zusatzbelastungen aufweisen als nähergelegene, was den Erwartungen widerspricht. Vielleicht kann der Sachverständige Wolf dies aufklären. Ich halte fest, dass wir den Wert von 150 mg/l für die

Trendumkehr gemäß QZV Chemie Grundwasser teilweise überschreiten und die Cl-Zunahme 8 – 21 mg/l beträgt. Ich gehe davon aus, dass die Bemessung der Cl-Fracht mit 1,32 mg/m² wie bei der S 1 Lobau und S 8 erfolgte. Angesichts der möglichen Überschreitung des Wertes von 150 mg/l und des negativen Trends weise ich auf das Thema der Bewässerungsbrunnen der Landwirtschaft und des Wertes gemäß ÖWAV-Regelblatt 107 von 115 mg/l hin. Welcher Anteil an Gischverfrachtung wurde hier angenommen?

Ich möchte noch auf eine interdisziplinäre Thematik hinweisen. Der Sachverständige hat gesagt, er könne betreffend Sprühgisch nichts machen. Wenn nun im Zuge dieses Verfahrens bzw. eines Verfahrens beim BVwG vermehrt straßenseitige Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen würden, hat dies auch Auswirkungen auf die Gischverfrachtung und dementsprechend verändern sich auch die Auswirkungen im Bereich Gisch.

Was den Betrieb der Sperrbrunnen betrifft, beantrage ich, der Projektwerberin möge vorgeschrieben werden, eine Ersatzpumpe auf Lager zu halten, damit ein allfälliger Ersatz möglichst reibungslos erfolgen kann.

Die Diskussion hat ergeben, dass der wr. Bauaufsicht eine besondere Bedeutung zukommt und ich beantrage daher, dass diese vom bmvt bestellt wird.

Zuletzt noch ein Wort zusammenfassend zur Vorsorge: Wenn wir nicht wissen, welche potentielle Gefährdungen es dort gibt, dann müssen im Sinne einer vorausschauenden Planung die Reaktionen so geplant sein, dass mögliche Kontaminationen erfasst werden und die Einrichtungen vorgehalten werden, die die zusätzlichen Reinigungen ermöglichen. Es sollte daher vorher eine Aufstellung der über den bestehenden Schadstoffkatalog hinausgehenden möglichen Problemstoffe gemacht werden und festgelegt werden, welche Maßnahmen gegebenenfalls erforderlich sein können. D.h. zu wissen, wofür reicht Aktivkohlefilter, welche anderen Filter könnten erforderlich sein und was wären allfällige Situationen, wo keine adäquate Filtermöglichkeit bekannt ist.

Diese Untersuchung ins Beweissicherungsprogramm aufzunehmen, würde eine Differenzbetrachtung zwischen der Ist-Situation und einer Situation nach Aufnahme der Bauarbeiten erlauben, aus der sich schließen lässt, was den Bauarbeiten zugeordnet werden kann. Es hat nur die erweiterte Untersuchung einen Sinn. Die Frage der Zuordenbarkeit verschiedener Ursachen ist mMn eine lösbare. Was ist z.B. auch an organischen Schadstoffen, die aus Pflanzenschutzmitteln kommen, dem Vorhaben zuordenbar? Es geht letztendlich darum, unbekannte Rückstände, die in der Deponie sind, vollständig zu erfassen. Allfällige Freisetzungen sind auch zu erfassen und es muss entsprechend darauf reagiert werden.

Wenn man sich ansieht, wie in den 70ern mit Pflanzenschutzmitteln und Gebinden umgegangen wurde, würde ich nicht sagen, dass es sich dabei um einen vollkommen auszuschließenden Themenbereich handelt. Daher auch unsere Forderung.

Es ist vom Sachverständigen ein Weg aufgezeigt worden, den Ist-Zustand zu erheben. Es ist ohne weiteres möglich, wenn dort etwas auftritt, von der wr. Bauaufsicht festlegen zu lassen, wie weiter vorzugehen ist. Die Angst, etwas aufzuwecken, ist keine Begründung.

Beilage

D.h. sie sind teilweise sehr knapp daran, die 0,5 m einzuhalten und dabei beziehen sie sich auf den HGW30. Der maßgebliche Grundwasserstand wäre aus ihrer Sicht der HGW30?

In der RVS 04.04.11 wird nur festgelegt, wie und durch wen der maßgebliche Grundwasserstand festzulegen ist, es gibt aber keinen Index, der etwas über die Jährlichkeit aussagt. Sie sind beim gegenständlichen Projekt mit dem HGW30 sehr knapp. Wäre der HGW100 der maßgebliche Grundwasserstand, würden die Vorgaben der RVS 04.04.11 nicht eingehalten.

D.h. der neue Bezugspunkt ist der Abschluss der Bodenverbesserungsarbeiten. Das erscheint mir angemessen.

Aufgrund des geringen Puffers stellt sich die Frage der Genauigkeit, d.h. ob der HGW für jeden Aufpunkt so genau ermittelt ist, dass man das gewährleisten kann. Aus meiner Sicht ist das nicht gewährleistet.

Wir sagen, es sind nur 2 dm Abstand.

Wortmeldung zum Vorbringen von Fr. Matysek:

Habe ich den Sachverständigen Wolf richtig verstanden, dass FS70 als Auftaumittel vorgeschrieben wird?

Wortmeldung zum Thema Vorsorge/Maßnahme von DI Dr. Atanasoff:

Es wird nun für den Fall vorgesorgt, dass sich herausstellt, dass die Aktivkohlefilteranlage nicht ausreicht. Dann haben wir a. eine andere Technologie und b. eine andere Einleitung. Steht da eine andere Einleitung als in einen Kanal dahinter? Meine Frage zielt darauf ab, ob es ein denkmögliches Szenario gibt, wo man eine andere Aufbereitungstechnologie benötigen würde und von der Situation her überhaupt eine Aussicht hat, eine Einleitung bewilligt zu bekommen.

Vorbringen zu Block 4:

Ich beginne mit dem Thema Grünbrücke, die im Einreichprojekt mit einer Breite von 35m projektiert wurde. Wir haben in den Einwendungen vorgebracht, dass diese Breite nicht ausreichend ist. Wir haben dies im Hinblick auf die RVS 04.03.12 Wildschutz getan, wo auf Kategorien von Wildtierpassagen und Richtwerte für Breiten abgestellt wird. Der Sachverständige hat sich bei der Stellungnahmenbeantwortung dahingehend geäußert, dass er die Einschätzung einer zu geringen Breite teile, dies aber aus anderen Gründen. Meine Frage ist, was ist der Letztstand der Planung bzgl. Grünbrücke? Welche Breite der Grünbrücke wird vorgeschlagen?

Es bleibt mir nur darauf hinzuweisen, dass diese Interessen sich mit jenen decken, die auch meine Organisation zu vertreten hat. Im Endeffekt werden wir zum ähnlichen Ergebnis kommen.

Des Weiteren kommen im Projektgebiet lärmempfindliche Vogelarten, die Zwergdommel und der Drosselrohrsänger, vor. Ich räume ein, dass die Forderung nach einem faktischen Schutzgebiet überschießend war. Nichtsdestotrotz ist die Zwergdommel auf der roten Liste

als „endangered“ eingestuft, der Drosselrohrsänger als „vulnerabel“. Es ist der Bestand nicht so hoch, dass man auf Ausgleichsmaßnahmen verzichten kann. Dabei ist mir beim FB Tiere aufgefallen, dass es ein Monitoring bzgl. Lärm geben soll und ab einem bestimmten Schwellenwert ein Ersatzlebensraum zur Verfügung zu stellen ist. Die Schaffung und Entwicklung dieses Ersatzlebensraums benötigt eine gewisse Zeit. Wenn man diese Maßnahme angeht, dann muss sie so beschaffen sein, dass sie bei Eintreten des „Schadensfalles“ wirksam werden kann.

Ich hätte die Ausgleichsmaßnahme auch als CEF-Maßnahme labeln können. Aus meinen eigenen Erfahrungen ist es verwunderlich, wie schmal Röhrichtsäume sein können, die dem regelmäßigen Aufenthalt dieser Spezies dienen können. Es braucht keine breiten Röhrichtstreifen.

Nachdem diese Vorkommen von zwei Projekten betroffen sind und verstärkte aktive Lärmschutzmaßnahmen gefordert wurden, können als Nebeneffekt derartige Maßnahmen auch positive Auswirkungen auf das Schutzgut Avifauna – Zwergdommel haben.

Zum Abfangen von Zauneidechsen und Feldhamster, das sie als üblich oder erprobt dargestellt haben, möchte ich den Sachverständigen fragen, ob er jemals überprüft hat, ob die „Wiener Methode“ derartige Faunenelemente mittels nahegelegener Ausgleichsflächen wegzulocken, wie z.B. in Stammersdorf, hier auch zum Abfangen geeignet sind.

Wird diese Zwickelfläche nicht zwei Vorhaben angerechnet, sondern getrennt angerechnet? Sie haben vorhin die Strukturelemente einer Biotopvernetzungsachse von Breitenlee nach Süden genannt, was begrüßenswert ist und im Funktionszusammenhang mit der Grünbrücke zu sehen ist. Was das Landschaftsbild betrifft, habe ich die Ausführungen im Stellungnahmenband zur Kenntnis genommen.

Wortmeldung bei ASFINAG zu Maßnahme 7.3:

Es ist beim Vorschlag der Projektwerberin das ursprüngliche Zeitmaß verloren gegangen. Der Sachverständige hat es nochmals konkretisiert. Es wurde hier mitgedacht, wann diese beginnen soll. Ich weise darauf hin, dass es gar keine Vorlaufzeit für die Naturschutzbehörde gibt, das zu bewerten.

Wortmeldung bei ASFINAG zu Maßnahme 7.10:

Wir haben vorhin bei den anderen Maßnahmen die 6 Monate ersetzt, weil es andere Zeitmaßstäbe gab. Wenn wir hier es so machen, bekommt der Sachverständige die Maßnahmen rechtzeitig vorher vorgelegt, es gibt aber keine Garantie, dass die Maßnahme rechtzeitig umgesetzt wird.

Wortmeldung bei ASFINAG zu Maßnahme 7.31:

Es wäre nicht das erste Verfahren, wo die Projektwerberin für das Funktionieren einer Maßnahme Rechte Dritter in Anspruch nehmen muss. Wenn man es rechtlich korrekt machen möchte, könnte man mit den Grundeigentümern schon vor der Genehmigung das Einvernehmen herstellen und in Verfahren Verträge vorlegen. Der Sachverständige hat erklärt, worauf es ihm fachlich ankommt und es geht um den unmittelbaren Nahbereich der Grünbrücke, dass z.B. ein Nachbar keinen Zaun oder Hochstand errichtet. Es ist ein kleines

Beilage

Problem, mit dem Verhandlungsgeschick der Projektwerberin die wenigen Grundeigentümer in eine entsprechende Verpflichtung zu nehmen. Ich möchte nur erwähnen, die Projektwerberin ist gewohnt, mit der Möglichkeit der Einräumung von Zwangsrechten arbeiten zu können, es gibt aber auch Möglichkeiten, ohne diese auszukommen. Vor diesem Hintergrund wird dieser Antrag gestellt. Die Projektwerberin hat ansonsten die Möglichkeit von Enteignungen im Hintergrund und kann somit anders als andere Projektwerber agieren.

Ich ersuche die Behörde, dem Antrag der ASFINAG nicht zu folgen.

Wortmeldung zur Stellungnahme der APG:

Mir ist nicht klar, worauf die APG im 3. Absatz Bezug nimmt. Meint sie, dass das bmvit das mitzuprüfen hätte oder starkstromwegerechtliche Bewilligungen notwendig wären.

Wien, am 28.11.2017

um 17.30

Unterschrift:



S1 Wiener Außenring Schnellstraße
Abschnitt Knoten Raasdorf - Am Heidjöchl (Spange Seestadt Aspern)
UVP-Verfahren
Mündliche Verhandlung

Name: Matysek Jutta

Adresse: Polletstraße 46, 1220 Wien

Vertretung für: in eigener Sache, BI Rettet die Lobau-Natur statt Beton

Vorbringen:

Ich mache die Vorbringen und Anträge von Wolfgang Rehm zu meinen.

Ich möchte mich auch allen seinen bisherigen Forderungen und Anträgen betreffend der Grünbrücke anschließen. Die Verbreiterung der Grünbrücke auf 100 m ist für den Erhalt der Lebensraumvernetzung und um Wegebeziehungen aufrecht zu erhalten, unabdingbar. Als Beispiel möchte ich die Grünbrücke der S 2 mit 100 m Breite nennen.

Es ist nicht ausreichend, bei der Bemessung der Grünbrücke von der Ist-Situation auszugehen, denn die Stadt Wien arbeitet am Ausbau der Lebensraumvernetzung zwischen Bisamberg und Lobau und ist mit ihren Arbeiten erst am Anfang. Eine 100 m breite Grünbrücke ist unbedingt notwendig, auch für Wirbellose und Amphibien, wie die Wechselkröte.

Das Ausgangsmaß 50 m + 5 m ist für Wiese plus Wege unzureichend, insbesondere auch wegen dem notwendigen Gestrüpp. Zum Beispiel brauchen Frösche, Kröten und Schlangen das Wandern, mit der Möglichkeit zum Verstecken und die Beschattung gegen Austrocknen, weshalb mehr Platz und Breite erforderlich ist, vor allem zum Erhalt der genetischen Vielfalt und zum Austausch. Sie brauchen zum Überqueren länger wie größere Tiere.

Auch zur Sicherstellung der landschaftsgebundenen Erholungswirkung ist eine breitere Brücke absolut notwendig. Wer will schon über oder entlang einer Autobahn spazieren gehen? Die Autobahn ist eine Zäsur.

Die von der Asfinag kolportierten Mehrkosten von 4,5 Mio. der 100 m breiten Grünbrücke sind im Vergleich mit den positiven Auswirkungen und den Gesamtkosten des Projektes als gering anzusehen. Beispielhaft möchte ich auf die Grünbrücke der S 2 mit 100 m Breite verweisen. Diese 100 m Breite stellen eine Mindestanforderung für Spaziergänger dar, damit man Lust hat, rüberzugehen.

Zu den vorherigen Ausführungen betreffend Pilze möchte ich festhalten, dass wir in diesem Verfahren nur Sachverständige für Boden, Pflanzen, Tiere sowie deren Lebensräume haben,

jedoch keinen Sachverständigen für Pilze. Ich beantrage daher einen Sachverständigen für Pilze beizuziehen, weil diese große Auswirkungen auf die betroffenen Schutzgüter haben und dies nicht vernachlässigt werden darf.

Betreffend den Feldmannstreu, welcher besser auf nährstoffärmeren Böden wächst, würde mich interessieren, ob die Auswirkungen der zu erwartenden Stickstoffeinträge auf den Standort geprüft wird/wurde?

Der Feldmannstreu ist unscheinbar, wenn er nicht blüht oder Früchte trägt. Ist eine Maßnahme oder Auflage zur Belehrung der Bauarbeiter im Vorfeld der Bauarbeiten vorgesehen?

Zur Aussage, dass „ein Ortsbild fehle“, möchte ich festhalten, dass hier Menschen wohnen und leben und ein Ortsbild erleben. Wie muss ein Ortsbild aussehen, damit der SV es als solches anerkennt?

Ich nehme die Ausführungen von Herrn Sachverständigen Emrich zu dieser Frage zur Kenntnis.

Die ASFINAG hat bezüglich der Wegverbindungen behauptet, dass diese bei Verwirklichung des Vorhabens in gleicher Form und Qualität nutzbar wären. Es ist jedoch von keiner Freizeit- oder Erholungsnutzung mehr auszugehen, da man nicht über/entlang der Autobahn spazieren gehen will.

Nicht jeder ist derart mobil, um eine „Verlagerung der Erholungsgebiete“, wie vom SV beschrieben, nutzen zu können (Leute mit Kinderwagen, Leute, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind...). Dies führt zu einer massiven Einschränkung der Erholungsmöglichkeit.

Betreffend Kulturgüter möchte ich vorbringen, dass im Rahmen der Bauvorbereitungen des Projekts Seestadt Aspern, eine Grabungskampagne 2008 – 2016 samt Bodenabtrag durchgeführt wurde. Dabei wurden archäologische Spuren gefunden, unter anderen Fundstücke aus den napoleonischen Kriegen sowie aus dem Neolithikum. Ich verweise diesbezüglich auf das neu erschienene Buch „Archäologische Spuren der Schlacht 1809/Stadtarchäologie“.

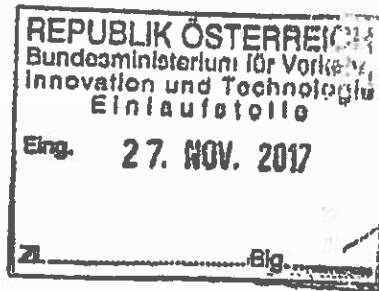
Sind die neusten Grabungen aus dem Jahr 2016 berücksichtigt worden, weil auch auf dem Projektgebiet der S 1 Spange Seestadt mit Funden zu rechnen ist? Ich möchte insbesondere auf Gräber von Soldaten nahe an der Erdoberfläche hinweisen, da bei diesen ganz besonders die Gefahr der Zerstörung durch Bagger besteht.

Wien, am 29.11.2017

um 16:22 h

Unterschrift:





EINSCHREIBEN

Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (UVP-Behörde)
Abteilung IV/IVVS4
Radetzkystraße 2.
1030 Wien

Austrian Power Grid AG
Wagramer Straße 19
A-1220 Wien, 120-Tower

Tel +43 (0) 50 320-161
Fax +43 (0) 50 320-167
Mail apg@apg.at
Web www.apg.at

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben
10.10.2017

Unser Zeichen
Adriatic UAL/+43 50 320 56442
L:UAL:17.0348/680888

Datum
15.11.2017

BMVIT-311.401/0019-
IV/IVVS-ALG/2017

Betrifft:

220kV-Ltg. Wien SO - Bisamberg (227/228) M.Nr.: 45 - 47, Stellungnahme der Austrian Power Grid AG zu Bundesstraßenbauvorhabens S1 Wiener Außenring Schnellstrasse, Abschnitt Knoten Raasdorf – Am Heidjöchl (Spange Seestadt Aspern)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Edikt – GZ. BMVIT-311.401/0019-IV/IVVS-ALG/2017 – vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie erfolgte die Kundmachung des Bundesstraßenbauvorhabens S1 Wiener Außenring Schnellstrasse, Abschnitt Knoten Raasdorf – Am Heidjöchl.

Das vorgenannte Bauvorhaben wird von der 220kV-Leitung Wien SO – Bisamberg der Austrian Power Grid AG (APG), in den Spannungsfeldern Mast Nr.: 45 – 47, überspannt.

Bezugnehmend auf das vorgenannte Edikt ist festzuhalten, dass die Frage der Bebaubarkeit von einzelnen Grundstücken im Bereich von Hochspannungsfreileitungen, sowie die damit im Zusammenhang stehende Prüfung der Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen sowie Normen und Vorschriften von der zuständigen Behörde geklärt werden muss, allenfalls unter Heranziehung von Sachverständigen.

Um dem Bauwerber die Umsetzung des geplanten Bauvorhabens zu ermöglichen, übermitteln wir Ihnen die vorliegende Stellungnahme, dies jedoch unpräjudiziell für Sach- und Rechtslage.

Seitens der Austrian Power Grid AG (in Folge: APG) besteht kein Einwand gegen das Bauvorhaben, wenn die nachstehenden Forderungen vom Bauwerber erfüllt werden.

Durch das Bauvorhaben sind die derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen sowie Normen und Vorschriften (insbesondere ÖVE/ÖNORM EN 50341, ÖVE/ÖNORM EN 50110, sowie ÖVE-Richtlinie R 23-1) einzuhalten.

Durch das Bauvorhaben erforderliche Änderungen an der Leitungsanlage bedürfen der Zustimmung der APG

Rechtsform - Aktiengesellschaft
Firmensitz - Wien
FN 177696v - HG Wien
DVR 1010794
UID ATU46081602
EORI ATE031000003768

Blatt:	2
Vom:	15.11.2017
An:	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (UVP- Behörde) Abteilung IV/IVS4 Radetzkystraße 2 1030 Wien



Die Kosten für eventuelle Umbauarbeiten an der Leitungsanlage sowie für sonstige erforderliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben sind vom Bauwerber zu tragen.

Der Bauwerber nimmt zur Kenntnis, dass die Hochspannungsleitung der APG in der Regel ständig unter Spannung steht, und verpflichtet sich, die Forderungen gemäß ÖVE/ÖNORM EN 50110 einzuhalten. Die ausführende Baufirma ist deshalb vom Bauwerber auf die Gefahren, die durch eine Annäherung an die Leitung entstehen, aufmerksam zu machen. Das gilt besonders für Bagger, Ladegeräte, Mobilkräne, Betonpumpen, Gerüste usw., die im Leitungsbereich eingesetzt werden. Weiters ist der bei der APG erhältliche „Sicherheitsrevers für Arbeiten im Bereich von Hochspannungsfreileitungen der APG“ bei allen Arbeiten in der Nähe der Leitung verpflichtend zu berücksichtigen.

Der APG ist durch den Bauwerber ein Baustellenverantwortlicher zu nennen, der von der APG sicherheitstechnisch unterwiesen wird. Mindestens vier Wochen vor Baubeginn ist die APG zum Zwecke der sicherheitstechnischen Unterweisung zu verständigen.

Bei einer Lagerung von Aushub und Baustellenmaterial, sowie Anschüttungen und Planierungen sind die vorgegebenen Mindestabstände zur Hochspannungsleitung einzuhalten.

Wird während der Bauphase die Abschaltung der Leitung erforderlich, so ist dies bei der APG rechtzeitig (mindestens vier Wochen vor der beabsichtigten Abschaltung) zu beantragen. Seitens der APG erfolgt eine Überprüfung der Abschaltungsmöglichkeit. Die Abschaltmöglichkeit und die Abschaltdauer richten sich nach der jeweiligen Netzsituation sowie den betrieblichen Möglichkeiten der APG. Durch die Nicht-Abschaltbarkeit der Leitung im gewünschten Zeitraum kann es zu Verzögerungen bei der Bauausführung kommen, die zu Lasten des Bauwerbers gehen. Allfällige aus der Abschaltung resultierende Kosten sind vom Bauwerber zu tragen.

Eventuell erforderliche Maßnahmen für einen störungsfreien Betrieb von elektronischen Geräten und Anlagen sind von Bauwerber selbst zu tragen.

Im Falle einer Beeinträchtigung des Fernseh-, Rundfunk- oder Telekommunikationsempfangs, PC, Rechner- oder Steuerungsanlagen, oder aufgrund von optischen oder akustischen Beeinträchtigungen verzichtet der Bauwerber darauf, Ansprüche jeglicher Art an die APG zu stellen.

Wegen der zu berücksichtigenden kapazitiven Beeinflussung in einem Streifen von jeweils 30 m beiderseits der Leitungsachse der Hochspannungsleitung, sind großflächige Metallteile (z.B. Überkopfwegweiser) sofern sie innerhalb des vorgenannten Bereiches vorhanden bzw. geplant sind, jeweils an mindestens zwei Stellen zu erden bzw. in den Potentialausgleich einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Austrian Power Grid AG

ppa *[Signature]*

i. A. *[Signature]*



WUA 9/2012

Wien, 29. November 2017

S 1 Wiener Außenring Schnellstraße
Raasdorf – Am Heidjöchl;
Spange Seestadt Aspern;
Mündliche Verhandlung
Stellungnahme

Zu GZ. BMVIT-311.401/0019-IV/IVVS-ALG/2017

Bundesministerium
für Verkehr,
Innovation und Technologie

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Wiener Umweltanwaltschaft nimmt im Rahmen der mündlichen Verhandlung zum Themenblock Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume, Erholung, Orts- und Landschaftsbild wie folgt Stellung:

Ausgestaltung der Grünbrücke

Die Grünbrücke verbindet den südlich mit dem nördlich der S1 gelegenen Teil des Landschaftsschutzgebiets Donaustadt. Die beiden Teile befinden sich in der „Landschaftspflegezone Entwicklung“. Folgende Ziele sind in der Verordnung für diese Landschaftspflegezone angeführt:

1. Erhaltung oder Entwicklung einer Biotopvernetzung, insbesondere von naturnahen Trockenwäldern, deren Saumgesellschaft, Trocken- und Halbtrockenrasen; dabei ist jedenfalls auf die naturnahe Erholungsnutzung besonders Bedacht zu nehmen.

2. langfristige Erhaltung der typischen Kulturgattung „Ackerbau“ in ihrer kleinstrukturierten Ausbildung der pannonischen Feldlandschaft, samt den dazugehörigen Einrichtungen, wie z.B. Bauwerken; dabei ist jedenfalls auf die Biotopvernetzung besonders Bedacht zu nehmen.

Der Grüngürtel ist südlich der S1 etwa 165 m, nördlich davon mehr als 400 m breit. Die geplante 35 m breite Grünbrücke ist eine enorme Verengung, die den genetischen Austausch zwischen den Subpopulationen erschwert bzw. verhindert und so zu einer Reduktion der Populationsgrößen führt ("bottleneck"). Wie im Teilgutachten Nr. 7, Tiere und ihre Lebensräume von Dr. Kollar ausgeführt, kommen mangels wildökologischer Funktion im Stadtgebiet die Bestimmungen der RVS Wildschutz nicht zur Anwendung. Die in der Verordnung zum Landschaftsschutzgebiet Donaustadt festgelegte Biotopvernetzung kann nur durch eine funktionsfähige Grünbrücke erreicht werden. Eine RVS, die die Verbindung von Landschaftsräumen regelt, ist für diesen Fall nicht verfügbar.

Das Landschaftsschutzgebiet Donaustadt ist eine wichtige Verbindung zwischen den Donau-Auen und den Grünraum-Entwicklungsgebieten im Nordosten Wiens. Die derzeitige S 80 ist eine sogenannte "schwache Barriere" für eine ungehinderte Ausbreitung in Nord-Süd-Richtung. Bei Realisierung des Straßenbauvorhabens ergibt sich hier eine eindeutige Verschlechterung, weil hier eine "starke Barriere" entsteht. Wird das Landschaftsschutzgebiet selbst fragmentiert, nimmt auch die Konnektivität der anderen Schutzgebiete im Umland Wiens ab. Fragmentierung ist eine der größten Ursachen des Verlustes an Biodiversität. Biodiversität, die heute verloren geht, kann oft nur sehr schwer oder überhaupt nicht wiederhergestellt werden. Deshalb sollte man die Fragmentierung möglichst verhindern bzw. abschwächen. Je breiter die Brücke, desto besser ist die Vernetzung der einzelnen Teile des Landschaftsschutzgebietes Donaustadt. Eine breitere Brücke kann von allen Organismen besser genutzt werden, denn die Wahrscheinlichkeit, dass Tiere diese Brücke überqueren steigt mit der Breite (vgl. Holzgang et al., 2001 oder Hermann & Mathews, 2007). Die Minimalbreite eines Korridors ohne Wege wird meist mit 50 m angegeben (vgl. Oggi-er et al., 2001). Im vom Wiener Gemeinderat beschlossenen Masterplan ist eine knapp einen Kilometer breite Grünbrücke über die S1-Spange Seestadt Aspern vorgesehen. Im Verhältnis zur ursprünglich geplanten Grünbrücke ist die von Sachver-

ständigen Kollar vorgeschlagene 55 m breite Brücke eine Minimalvariante, die nicht einmal ein Zehntel der Breite des Masterplans erreicht.

Das Ergebnis des Teilgutachtens Nr. 7, Tiere und ihre Lebensräume, dass die Grünbrücke einschließlich des Weges auf 55 m zu vergrößern ist, wird von der Wiener Umweltschutzgesellschaft als Kompromisslösung und absolutes Mindestmaß aber mitgetragen. Es wird beantragt der Genehmigungsgeberin gem § 24f Abs 3 UVP-G folgende Projektmodifikationen und Auflagen vorzuschreiben:

- Die Grünbrücke Seestadt Ost ist in einer Breite von 55 m auszuführen, um ihre Funktion im naturräumlichen Umfeld unter Berücksichtigung ihrer Mehrfachnutzung und den Schutzziele zu verbindender Landschaftsschutzgebiete zu erfüllen.
- Zur Herstellung der Grünbrücke ist der Naturschutzbehörde ein Detailkonzept einschließlich Bepflanzungs- und Pflegekonzept spätestens 3 Monate vor Baubeginn der Grünbrücke zu vorzulegen.
- Die Offenlandflächen auf der Grünbrücke sind zweimal jährlich zu mähen. Die Fläche ist jeweils in Abschnitten mit mindestens einer Woche zeitlichem Abstand zu mähen.
- Die Grünbrücke ist jährlich zweimal auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Funktionswidrige Objekte, wie z.B. abgestellte Geräte, Müll, Schnittgut, jagdliche Ansitzeinrichtungen oder andere Fremdobjekte sind zu entfernen.

Für die Wiener Umweltschutzgesellschaft

e.h.

Sachbearbeiter:
DI Wilfried Doppler
☎ 01/37979/88984

Mag. Dr. Andrea Schnattinger
Wiener Umweltschutzexpertin

S1 Wiener Außenring Schnellstraße
Abschnitt Knoten Raasdorf - Am Heidjöchl (Spange Seestadt Aspern)
UVP-Verfahren
Mündliche Verhandlung

Name: Schandl Werner Ing.

Adresse: Kalmusweg 3, 1220 Wien

Vertretung für:
In eigener Sache, BI Hirschstetten-retten/Mitglieder

Stellungnahme zum Antrag der ASFINAG die Grünbrücke mit 35 m zu begrenzen:
Es geht hier doch wohl um das Schutzgut Tiere und ihre Lebensräume. Ich möchte da der Projektwerberin schon antworten, wenn hier ausgeführt wird, dass keine Tiere mehr hier leben und was sollen die in der Seestadt schon machen? Das empfinde ich wirklich als zynisch. Die haben immer dort gewohnt, haben sich in die Restflächen bei der Krcalgrube / Pfalzgasse zurückgezogen und haben dann auch keine Chance mehr sich noch weiter wegliegende Lebensräume zu suchen. Rehe, Füchse leben auch im Bereich der Blumengärten, auch in den Gärten der Einfamilienhäuser. Da kann ich gerne Fotos zur Verfügung stellen.

Weiters hat die Stadt Wien der Bevölkerung versprochen, dass Hirschstetten eine „Hirschstettnerhauptallee“ bekommen soll. Diese soll sehr wohl für die Durchwegung vom Bahnhof Breitenlee in Richtung Seestadt dienen.

Und eine Fußgängerbrücke über die Tangente für einen Wanderweg mit einer Grünbrücke für Tiere zu vergleichen ist nicht zulässig.

Es ist vielleicht nicht Aufgabe der ASFINAG, den Schutz der Tiere zu gewährleisten, sehr wohl aber ist es Aufgabe der Stadt bzw. des Bundes. Und ich will nicht zur Kenntnis nehmen, dass durch die fortschreitende Verbauung alle Tiere aus der Stadt verdrängt werden. Ich halte Tiere sehr wohl für die Diversität einer Stadt für höchst notwendig.
Danke!

Wien, am 29.11.2017

um 12:18 h

Unterschrift:



S1 Wiener Außenring Schnellstraße
Abschnitt Knoten Raasdorf - Am Heidjöchl (Spange Seestadt Aspern)
UVP-Verfahren
Mündliche Verhandlung

Name: Schandl Werner Ing.

Adresse: Kalmusweg 3, 1220 Wien

Vertretung für:
In eigener Sache, BI Hirschstetten-retten/Mitglieder

Vorbringen:

Guten Morgen sehr geehrte Damen und Herren,

Ich möchte anschließen an die Stellungnahme der Wiener Umweltschutzgesellschaft und die Frage stellen, warum die Wiener UWA einer Breite von 55 m für die Grünbrücke zustimmen kann, wo doch eine Durchwegung über die 100 m breite Grünbrücke über die S2, über das Biotop „Bahnhof Breitenlee“ dann mit einer 55 m breiten Grünbrücke über die S1 – Spange ein Nadelöhr darstellt?

Mein Gebiet sind nicht die in die Tiefe gehenden, fachspezifischen Punkte, sondern die grundsätzlichen Voraussetzungen für das Projekt die m.E. einfach nicht gegeben sind.

Lassen Sie mich daher vorweg noch ganz allgemein zum Verlauf der bisherigen Verhandlungstage etwas sagen bevor ich auf das Teilgutachten 10 des UWG RAUMPLANUNG, SACHGÜTER, ORTSBILD, FREIZEIT UND NICHTLANDSCHAFTSGEBUNDENE ERHOLUNG eingehen möchte.

Die Projektbeteiligten und die Sachverständigen haben sicherlich nach bestem Wissen und Gewissen ihre Unterlagen ausgearbeitet bzw. bewertet. Lässt man so ein UVP-Verfahren Revue passieren und für mich ist das das erste UVP-Verfahren, wird man das Gefühl nicht los, und wir täuschen uns hier sicher nicht, dass es hier nicht in erster Linie um Schutzgüter wie zum Beispiel die Menschen die hier wohnen geht, sondern lediglich darum, die größte Spielwiese der Stadt für Investoren an eine Autobahn anzuschließen. Das heißt die Voraussetzungen zu schaffen, damit hier die neuen schicken „Quartiere“ profitabel geschaffen werden können. Wir können das auch belegen, da ja aus den Verkehrszahlen ersichtlich ist, dass nirgendwo Entlastung eintreten wird, sondern im Gegenteil, der MIV durch das Projekt noch steigen wird.

Heute geht es um die Lebensräume. Um unsere Lebensräume und die Lebensräume unserer Kinder, die mit diesem „Projekt“ unwiederbringlich verloren wären.

UWG Teilgutachten 10

Punkt 1 Zusammenfassung von Herrn DI Emrich heißt es zum Schluss:

„... Das Vorhaben widerspricht keinen raumordnungsrechtlichen Zielsetzungen oder Festlegungen auf regionaler, Landes-, Staats- oder europäischer Ebene.“

Da müssen wir Ihnen widersprechen Herr DI Emrich. Das ist für uns nicht nachvollziehbar und haben das bereits bei der Auflage der zugehörigen Flächenwidmung beeinsprucht und können das auch argumentieren.

Unseres Ermessens widerspricht das Projekt in folgenden Punkten:

Der Bauordnung für Wien als Gesetz, dem Smart City Konzept 2014 beschlossen vom Wiener Gemeinderat, dem Masterplan Verkehr 2003 / 2013 ebenfalls beschlossen vom Wiener Gemeinderat und der SUPerNOW 2002:

Das Projekt widerspricht der:

1. BAUORDNUNG

§ 1. (1) Wiener Bauordnung:

„Die Flächenwidmungspläne und die Bebauungspläne dienen der geordneten und nachhaltigen Gestaltung und Entwicklung des Stadtgebietes.“

Die Pläne entsprechen nicht dem Grundsatz des Schutzes der Bevölkerung und seiner Sachwerte. Eine geordnete Entwicklung einer Stadt vom Bau einer autobahnähnlichen „Stadtstraße“ und in weiterer Folge einer Autobahn durch jetzt teilweise dicht verbautes und später überall dicht verbautes Gebiet abhängig zu machen, lässt sich nicht argumentieren. Wäre das so, würden im ganzen Stadtgebiet von Wien derartige Autobahnen fehlen. Im Bestand und auch bei neuen Quartieren. Siehe Sonnwendviertel, Nordbahnhof etc.

Das Projekt steht auch im Widerspruch zum

§ 2. (1) Wiener Bauordnung:

„Die Entwürfe für Flächenwidmungspläne und Bebauungspläne sind vom Magistrat in folgender Weise auszuarbeiten:

1. Die natürlichen, ökologischen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten, insbesondere auch hinsichtlich einer barrierefreien Gestaltung, die für die Bevölkerung eine weitgehend selbständige Nutzung aller Lebensbereiche ermöglichen soll, sind zu erheben.“

Die gegenständliche Planung nimmt auf die Vorgaben des § 2. (1) hinsichtlich einer barrierefreien Gestaltung des Planungsgebietes keine Rücksicht. Im Gegenteil, wird durch den vorliegenden Entwurf das Planungsgebiet mit unüberwindlichen Barrieren durchzogen. Den Vorgaben des § 2 WBO wurde nicht nachgekommen. Auch hier fehlt also die Grundlage für das Projekt und ist daher abzuweisen.

Das Smart City Konzept aus dem Jahr 2014 ist ja wohl eine raumordnungsmäßige Zielsetzung. Diesem widerspricht die Planung zu 100 %

2. SMART CITY KONZEPT 2014

Die von der Stadt Wien selbst auferlegten Ziele dieses Konzeptes (Reduzierung des MIV auf 15% bis 2030) die vom Herrn Bürgermeister Häupl und der Frau Vizebürgermeisterin Vassilakou vertreten werden, sind mit dieser Planung nicht zu erreichen. Im Gegenteil, würde diese Planung den MIV in der Donaustadt massiv erhöhen, was sich natürlich auch

negativ auf die Zahlen der ganzen Stadt auswirken würde.

Auch der Masterplan Verkehr ist eine raumordnungsmäßige Zielsetzung dem mit der vorliegenden Planung zuwidergehandelt wird.

3. MASTERPLAN VERKEHR 2003 / 2013

Die im Masterplan 2003, Evaluierung 2013, vorgegebene Reduzierung des MIV wird mit der vorliegenden Planung konterkariert. Der Masterplan Verkehr wurde vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Die Umsetzung der Ziele ist wohl zwingend und die Planung daher wohl nicht genehmigungsfähig (siehe auch Stellungnahme des BMLFUW vom 14.08.2014 GZ: MA22-581561/2014 zu den UVE – Unterlagen der Stadtstraße).

Auch den Erkenntnissen der wichtigsten und umfangreichsten SUP die je in Wien gemacht wurde widerspricht die Planung.

4. SUPerNOW 2002

In der Strategischen Umweltprüfung Entwicklungsraum Nordosten Wiens aus dem Jahr 2002 wurden durch die führenden Verkehrs- (Mobilitäts)planer Mobilitätskonzepte in großer Zahl ausgearbeitet und einer Bewertung unterzogen. Der am besten bewerteten Variante, Szenario 4 bzw. Szenario 4 Sub, wurde nicht gefolgt. Szenario 4 enthält gar keine „Stadtstraße“ (damals noch B3d) und bei der Sub-Variante führt diese von der S2 nach Großenzersdorf. Es gibt keine Spange S1. Dieser Variante (in Verbindung mit der Donauquerung beim Ölhafen) wurde die größte Entlastung zugeschrieben. Die vorliegende Planung geht abermals nicht auf die Empfehlungen der renommierten Fachplaner ein sondern leistet einem Projekt Vorschub, welches über die Stadtstraße/Spange S1 zusätzlichen Verkehr induzieren, den Bau neuer Einkaufszentren in NÖ begünstigen und Kaufkraft aus Wien abfließen lassen würde. Neben den zu erwartenden Gesundheitsschäden für die ortsansässige Bevölkerung würde hier auch ein weiterer wirtschaftlicher Nachteil (siehe SCS und G3) für den Standort Wien bewusst in Kauf genommen. Die Planung ist daher auch aus diesem Gesichtspunkt heraus abzulehnen. **Die Planung steht im krassen Gegensatz zu den Investitionen in den ÖV**

5. INVESTITIONEN ÖFFENTLICHER VERKEHR

Die Planung leistet dem Umstand Vorschub, dass die Investitionen in den Ausbau der U2 und weiterer öffentlicher Verkehrsmittel konterkariert würden. Das würde weiters bedeuten, dass die Budgetmittel für den Ausbau des ÖV verschwendet wurden. Die nun für den Bau der Spange S1 und in weiterer Folge für die „Stadtstraße“ erforderlichen Budgetmittel der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler würden diese Vorgangsweise fortsetzen.

Die Planung steht nicht im Einklang mit dem österreichischen Klimaschutzbericht 2012 und des zehnten Umweltkontrollberichts BMFLFUW

6. UMWELT / GESUNDHEIT

Die vorliegende Planung lässt eine signifikante Schlechterstellung in Bezug auf die Zielerreichung Österreichs bezüglich Treibhausgasreduktion (EU-2020 bzw. 2050 Ziele) erwarten. Das gleiche gilt auch in Bezug auf Feinstaubabstimmung, v.a. im Hinblick auf bereits durch die EU Kommission angekündigten strengerer Vorgaben betreffend Luftqualität in Abstimmung mit WHO Zielen.

Die Projekte konterkarieren die Empfehlungen des österreichischen Klimaschutzberichts 2012 und des zehnten Umweltkontrollberichts des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und die das Pariser Klimaschutzabkommen sowieso.

Das Bundesministerium hat zum Projekt Stadtstraße eine Stellungnahme abgegeben, die auch für die Spange Gültigkeit hat.

7. BMLFUW zu den UVE – Unterlagen Stadtstraße

Die Stellungnahme des BMLFUW vom 14.08.2014 GZ: MA22-581561/2014 zu den UVE – Unterlagen der Stadtstraße an die zuständige UVP Behörde, Wiener Umweltschutzabteilung MA 22, ist schlicht weg vernichtend. Da das Projekt mit der Spange S1 eines ist, gilt das auch in diesem Verfahren

Auszug aus der Stellungnahme des BMLFUW:

Zitat Seite 4:

Mit dem geplanten Vorhaben soll eine Verkehrsverlagerung auf das hochrangige Straßennetz erreicht werden. Durch die Verringerung der Reisezeit (und damit der Reisekosten) wird die Realisierung der geplanten Strecke aller Voraussicht nach **mehr motorisierten Individualverkehr anziehen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Vorhaben nicht dazu beiträgt, das Ziel des Masterplans Verkehr zu erreichen, den Modal Split Anteil des MIV der Wienerinnen und Wiener im Jahr 2020 auf einen Anteil von 25 % zu reduzieren.**

Zitat Seite 4:

Zudem führt der gewählte Prognosehorizont 2030 zu einer **Unterschätzung der zu erwartenden maximalen Immissionsbelastung.**

Zitat Seite 8:

Tiere/Pflanzen/Lebensräume

Für die angeführten Ausgleichsmaßnahmen (S. 108-109) sind Flächenangaben zu ergänzen. Die Gehölzpflanzungen und die Wiederherstellung des gerodeten Waldes (Fachbericht Pflanzen S. 108 ff.: siehe Maßnahmen Pf-Bet-02, -03, -05, -06) brauchen 30 bis 100 Jahre, um das angestrebte Entwicklungsziel zu erreichen (Tab. 26, S. 111-112). Die hohe Maßnahmenwirkung ist daher nicht nachvollziehbar. Die Entwicklungsdauer dieser Ausgleichsmaßnahme (zeitliche Faktor) ist bei der Maßnahmenbewertung zu berücksichtigen (vgl. dazu Fachbericht Tiere, S. 32 Tab. 13: Bewertung der Maßnahmenwirksamkeit) und die Maßnahmenwirkung entsprechend herabzusetzen.

Zitat Seite 9:

Verkehr

Die vorliegende Alternativenprüfung behandelt nur Varianten zum Straßenausbau. Alternativen, welche die Stärkung anderer Verkehrsarten (öffentlicher Verkehr, nicht motorisierter Individualverkehr) zum Ziel haben, kommen im Verkehrsbericht (Einlage C.01.01.1001) nicht vor.

Eine Prüfung solcher Varianten sollte ergänzt werden, u.a. auch deshalb, weil laut Masterplan Verkehr für Wien der Modal Split Anteil des MIV der Wienerinnen und Wiener derzeit rückläufig ist und im Jahr 2020 auf einen Anteil von 25 % weiter reduziert werden soll.

Ich komme wieder zum UWG Teilgutachten 10 zurück. Da heißt es im

Punkt 1.2 Alternativen, Trassenvarianten

Die Variantenentwicklung wurde von der Projektwerberin umfassend erläutert. Das Projekt wird von der GSD-Studie, der PGO-Korridoruntersuchung Ostregion, der SUPerNOW, der Studie über die Prüfung der Bauweisen einer Donauquerung sowie über sämtliche Vorprojekte mit Variantenuntersuchung bis hin zur Optimierung ausführlich und schlüssig dargelegt. Die Vor- und Nachteile der von der Projektwerberin geprüften Alternativen und Trassenvarianten wurden damit ausreichend dargelegt und fachlich schlüssig begründet.

Wen die SUPerNOW Ergebnisse für die Beurteilung der Korridore herangezogen wurden, wieso spiegeln sich die nicht im Gutachten wieder?

1.3 Nullvariante

... Gleichzeitig bewirkt die S 1 Spange Seestadt Aspern eine Verbesserung der räumlichen Verflechtungen und erzielt damit verbunden positive Effekte auf die Raumstruktur. Diese positiven Auswirkungen würden im Planfall 0 ausbleiben.

...Betreffend Siedlungsraum insgesamt ist daher beim Planfall 0 – abgesehen von der Flächenbeanspruchung – von Nachteilen durch Unterbleiben des Vorhabens auszugehen

Herr DI Emrich. Können Sie uns das bitte erklären wie das gemeint ist bzw. wie eine zusätzliche Autobahn in einem Gebiet mit funktionierender Durchwegung die räumliche

Verflechtung durch deren Bau begünstigt? Das erschließt sich mir überhaupt nicht. Zumal wir am 1. Tag von einem Anrainer gehört haben, wie sich seine Situation verschlechtert hat.

1.4 Ist- Zustand, Befundung

Für den Fachbereich Raumplanung, Sachgüter, Ortsbild und Freizeit und nicht landschaftsgebundene Erholung erfolgte eine ausführliche Erhebung des Ist-Zustandes. Der Wirtschaftsraum wurde beschrieben und der Siedlungsraum hinsichtlich bestehender Flächenwidmungen und örtlicher Entwicklungsziele charakterisiert. Für Freizeit und die nicht landschaftsgebundene Erholung wurden sämtliche Flächen dargestellt. Ein als solches erkennbares Ortsbild fehlt weitgehend und wurde daher als Teil des Landschaftsraumes behandelt. Die Sachgüter wurden gegliedert nach Infrastrukturanlagen und Sachgütern (Anlagen und Objekte) vollständig aufgezählt.

Klar fehlt ein Ortsbild. Noch. Aber wir haben ja alle am ersten Tag gesehen, was uns hier erwartet, nämlich das hier:



Wie kann ein Bauwerk wie die Autobahn, dass im Bereich einer vorhandenen Wohnbebauung (Pfalzgasse) und künftiger (Seestadt) liegt ortsbildverträglich sein? Für mich passt das vielleicht als Flugzeugträger in den Pazifik, aber sicher nicht nach Neubreitensee.

1.5 Auswirkungen des Vorhabens, Gutachten

Zusammenfassend sind die für den Fachbereich Siedlungsraum verbleibenden Auswirkungen insgesamt als gering zu bewerten.

Wichtige Wegeverbindungen werden durch die Baustelle der S 1 Spange Seestadt Aspern sowie durch den Betrieb aufgrund der Lage parallel zur bestehenden Bahnstrecke des Marchegger Asts der Ostbahn nicht getrennt. In Bezug auf die funktionale Raumgliederung ergeben sich insgesamt geringe verbleibende Auswirkungen in der Bauphase. In der Betriebs-

phase ist durch die stellenweise Verbesserung der räumlichen Verflechtungen von sehr geringen verbleibenden Auswirkungen auszugehen.

Ob ich nun eine Bahntrasse fußläufig bzw. mit dem Rad quere oder die gleiche Stelle durch eine neue Autobahn dann nicht mehr queren kann, macht wohl einen Unterschied und kann nicht mehr als geringfügiger Einschnitt bezeichnet werden.

Ich ersuche Herrn DI Emrich auch hier um entsprechende Aufklärung, wie das zu argumentieren ist.

Auswirkungen des Vorhabens auf die Entwicklung des Raumes

Im Rahmen dieser Untersuchung wurden alle raumrelevanten Konzepte, Verordnungen und Programme mit Bezug zum Untersuchungsgebiet erhoben und analysiert. Es kann festgestellt werden, dass die S 1 Spange Seestadt Aspern die Ziele der Programme und Konzepte in wesentlichem oder oft sogar hohem Maße erfüllt. Insgesamt ist daher im Kriterium überörtliche Entwicklungsziele von einer hohen Zielerfüllung auszugehen.

Das mag für die Bauprogramme gelten, für die Schutzziele sicher nicht und für die zu Beginn meiner Wortmeldung angeführten Verordnungen, Gesetze und Beschlüsse des Wiener Gemeinderats sicher auch nicht.

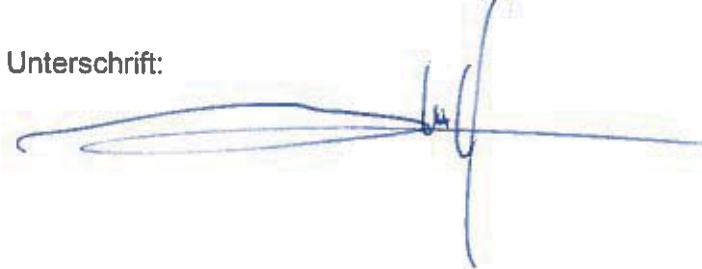
Wir gehen davon aus, dass all das, das Bundesverwaltungsgericht als oberste Instanz zu würdigen wissen wird.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Wien, am 29.11.2017

um 11:15 h

Unterschrift:





Bundesministerium
für Verkehr,
Innovation und Technologie

S1 Wiener Außenring Schnellstraße

Abschnitt Knoten Raasdorf - Am Heidjöchl (Spange Seestadt Aspern)

UVP-Verfahren

Mündliche Verhandlung

Name: Benda Alfred

Adresse: Am Heidjöchl 6/8, 1220 Wien

Vertretung für:

In eigener Sache, Marion Benda, BI BNWN

Vorbringen:

Sulape.166

Referenz	Zitat Teilgutachten	Kommentar Alfred Benda	Antrag Alfred Benda
Wal d S1Spang e Teilgutac hten 12, S. 9 S.10	Die Wohlfahrtsfunktion des Waldes (Wirkungen auf Wasserhaushalt, Klima und Luftqualität) wird durch die geplanten Rodungen von insgesamt 5,87 ha (davon 4,93 ha dauernde Rodungen) in der Bauphase und zu Beginn der Betriebsphase in der ohnehin walдарmen Umgebung im Wiener Teilbereich um bis zu 7% vermindert. Ab dem Zeitpunkt, an dem die Ersatzaufforstungen das Dickungs- bis Stangenholzalter (nach ca. 2 Jahrzehnten) erreichen, ist mit einer vollständigen Kompensation der nachteiligen Auswirkungen zu rechnen. Die Auswirkungen auf den Wald – unter Einbeziehung der Folgen für die Waldausstattung und die überwirtschaftlichen Waldfunktionen können daher – gemessen an den ersten Jahren – für die Betriebsphase als vertretbar eingestuft werden.	Bis zu 7% Wald-Verminderung in einer ohnehin walдарmen Umgebung erscheint als sehr hoch. Wieso wird in diesem extremen Fall nicht parallel mit Ersatzpflanzung ähnlicher Baumstärke begonnen? Zusätzlich dazu noch eine Frage: Macht es nicht Sinn zusätzlich zur Ersatzpflanzung auch noch zusätzliche Baumbestände zu pflanzen, sozusagen als CO2 äquivalent für den durch das Projekt begründeten zusätzlichen / induzierten Verkehr?	Ich stelle daher im eigenen Namen, im Namen meiner Kinder, im Namen der Personen die ich vertrete und als bevollmächtigter Sprecher des BNWN Bürgerinnen Netzwerks für diesen speziellen Fall nicht nur Baumpflanzungen als Ersatzpflanzungen umzusetzen, sondern auch zusätzlich im identen Ausmaß als das Projekt induzierten Verkehr begründet.
Referenz	Zitat Teilgutachten	Kommentar Alfred Benda	Antrag Alfred Benda
Leb ens rau m S1Spang e Teilgutac hten 8a, S.34, 4.2.2 Trennwir kungen/ Veränder ung der Funktion zsusamm enhänge	Die Trasse verläuft in Ost-West-Richtung und durchschneidet somit die verschiedenen Landschaftsräume, wobei jedoch die derzeitige Bahntrasse der ÖBB Strecke 117, welche neben der künftigen S1 Trasse verläuft, und die U2-Trasse als bestehende Zäsuren zu berücksichtigen sind. Eine Erhöhung der Trennwirkung/Veränderung der Funktionszusammenhänge ist trotz Bündelung der Infrastrukturachsen durch das ggst. Vorhaben gegeben.	Über die Bahngleise erfolgt regelmäßig Wildwechsel. Über die S1-Spange wird dies nicht gelingen. Eine geplante Grünbrücke auf der gesamten Strecke wird hier wohl nicht ausreichend sein, auch wenn sie 55m breit ist. Wären nicht mehrere Grünbrücken angebracht, die auch von Fußgängern benützt werden können, somit würde die Trennwirkung, für Tiere und Fußgänger zukünftig noch stärker reduziert werden? Höhe Schafflerhofstraße würde eine weitere Grünbrücke Zugang zur Lobau ermöglichen. Wie sieht das der behördliche Gutachter? Würde eine solche Maßnahme die Trennwirkung noch reduzieren im Sinne der Tiere aber auch Menschen?	

Tier e	Referenz	Zitat Teilgutachten	Kommentar Alfred Benda	Antrag Alfred Benda
	S1Spang e Teilgutac hten 7, S.10, 1.7 Beschrei bung von Maßnah men, Beweissi cherung und Kontrolle	Der vom Vorhaben in der Bauphase beanspruchte Grund ist im Frühjahr vor dem Bau auf Hamsterbaue abzusuchen. Im Falle des Antreffens von Hamsterbauen sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um Hamster abzusiedeln. Dies kann Abfangen und Verbringen von Individuen an geeignete Stellen (in Wien) sein. Die Maßnahme ist in Abstimmung mit der Ökologischen Bauaufsicht umzusetzen.	Frage an den behördlichen Gutachter: Beim Hamster handelt es sich um ein besonders geschütztes und in seinem Bestand gefährdetes Tier, das auch auf der Roten Liste gefährdeter Tierarten in Europa geführt wird. Sie haben hier eine kann-Möglichkeit angeführt. Sollte dem Projektwerber nicht eine eingeschränkte, taxative, verpflichtende Auswahl-Liste an Möglichkeiten vorgegeben werden, sodass dieser eine klare Zielvorgabe bekommt, die dann auch klar evaluierbar ist?	Ich stelle daher im eigenen Namen, im Namen meiner Kinder, im Namen der Personen die ich vertrete und als bevollmächtigter Sprecher des BNWN Bürgerinnen Netzwerks den Antrag, dass die Behörde eine klare taxative, verpflichtende Liste an möglichen Maßnahmen zum Absiedeln der Hamster vorschreibt, falls sich bewohnte Hamsterbauten finden. Weiters muss dieser Vorgang des Absuchens als auch eventueller Absiedelungsvorgang durch die Behörde begleitet werden.
Tier e	Referenz S1Spang e Teilgutac hten 7, S.11, 1.7 Beschrei bung von Maßnah men, Beweissi cherung und Kontrolle	Zitat Teilgutachten Die Nester von Neuntöter und Nachtigall (und anderen buschbrütenden Vogelarten) werden als jährlich erneuerte Niststätten aufgefasst. Dennoch sind, um Verlust an Brutplätzen zu vermeiden, Ersatzpflanzungen von entsprechenden Strauchgruppen im Sinne von CEF-Maßnahmen rechtzeitig vor dem Eintreten der Wirkung, also mindestens 2 Saisonen vor dem Bau, vorzunehmen. Ergänzungen von Hecken oder Strauchgruppen sind zulässig. Für die Maßnahme ist der Naturschutzbehörde rechtzeitig ein Detailkonzept vorzulegen.	Kommentar Alfred Benda Wie werden die Ersatzpflanzungen sichergestellt und wie läuft das ab? Wann ist Baubeginn geplant? Wenn im nächsten Jahr bereits Baubeginn sein soll, wurden dann die entsprechenden Ersatzpflanzungen bereits umgesetzt?	Antrag Alfred Benda Kein Antrag

	Referenz	Zitat Teilgutachten	Kommentar Alfred Benda	Antrag Alfred Benda	
Tiere	<p>S1Spang</p> <p>Teilgutachten 7, S.12, 1.7</p> <p>Beschreibung von Maßnahmen, Beweissicherung und Kontrolle</p>	<p>Der beanspruchte Grund ist vor dem Oberbodenabschub auf Lebensspuren des Feuerfalkers, besonders auf Ampferpflanzen mit Fraßspuren oder Raupen, abzusuchen. Im Falle des Auffindens von Ampferpflanzen mit Lebensspuren des Feuerfalkers sind diese unter fachkundiger Anleitung zu bergen und für ungestörten Ablauf des Lebenszyklus der Individuen zu sorgen. Dafür ist ein Detailkonzept zu entwickeln und der zuständigen Naturschutzbehörde vorzulegen. Über die Umsetzung der Maßnahme ist der Naturschutzbehörde zu berichten.</p> <p>Der beanspruchte Grund ist vor dem Oberbodenabschub auf Vorkommen der Wiener Schnirkelschnecke abzusuchen. Gefundene lebende Exemplare sind fachkundig zu bergen und in einen geeigneten Lebensraum im Umfeld des Vorhabens zu verbringen. Über die Umsetzung der Maßnahme ist der zuständigen Naturschutzbehörde zu berichten.</p>	<p>Könnte mir jemand vom Antragssteller-Seite bitte erklären, wie diese das umsetzen werden.</p> <p>Wie kann man sich das vorstellen, gehen da Personen durch?</p>		

Referenz	Zitat Teilgutachten	Kommentar Alfred Benda	Antrag Alfred Benda
Allg em ein	Ohne Referenz	<p>Diese Verfahrensteilung von Stadtstraße und S1-Spange stellt für mich als Betroffener, der in beiden Verfahren auch Parteistellung hat, einen schweren Mangel aus Sicht einer seriösen und praktikablen Bürgerbeteiligung dar. Für mich als Laien ist die Materie grundsätzlich komplex. Die Verfahrensteilung jedoch verstärkt diesen Effekt. Es müssen doppelte Unterlagen durchgearbeitet werden, es geht um komplizierte Abgrenzungen der Verfahren bzw. die Funktionalität der Projekte untereinander. Und von der zeitlichen Abfolge her war und ist es für mich aus beruflichen und persönlichen Gründen unmöglich, an 10 aufeinanderfolgenden Verhandlungstage, die nur durch das Wochenende unterbrochen sind, teilzunehmen. Ich musste mich bereits im Vorfeld entscheiden, an welchem Verfahren ich mich stärker beteilige, was eine extreme Einschränkung meiner Rechte bedeutet. Und es war und ist weiters für mich nicht möglich die doppelten Unterlagen in ausreichender Tiefe durchzuarbeiten, um für mich als Betroffener, als Vater meiner Kinder, welche ja die zukünftigen Folgen dieses Projektes zu tragen haben, und auch als Sprecher einer Bürgerinitiative, herauszufinden, was das Projekt tatsächlich bedeutet und mir ein entsprechendes Bild zu machen.</p> <p>Diese beiden Projekte haben eine gemeinsame verkehrliche Wirkung, wenn auch immer wieder die gemeinsame Funktionalität ausgeklammert wird, es wird gemeinsam baulich errichtet. Nun erfolgt auch direkt hintereinander die öffentliche Verhandlung.</p>	<p>Ich stelle daher den Antrag in eigener Sache und meiner Kinder, und als bevollmächtigter Sprecher der BI BNWN Bürgerinnen Netzwerk diese Verhandlung zu wiederholen als eine gemeinsame Verhandlung z.B. mit beiden Behörden gleichzeitig, mit einem gesamthaft übergreifend ausgearbeiteten Umweltverträglichkeitsgutachten, das beide Projekte S1Spange-Stadtstraße miteinschließt.</p>

Wien, am 29.11.2017 um 15:30 h

Unterschrift:



S1 Wiener Außenring Schnellstraße
Abschnitt Knoten Raasdorf - Am Heidjöchl (Spange Seestadt Aspern)
UVP-Verfahren
Mündliche Verhandlung

Name: Wolfgang Rehm

Adresse: Währingerstraße 59, 1090 Wien

Vertretung für: Umweltorganisation VIRUS

Vorbringen:

Ich möchte zur Diskussion bezüglich der FFH-Richtlinie erwähnen, dass es die Kataloge in den Anhängen der Richtlinie gibt, es muss aber klar sein, dass bei der Richtlinienerstellung repräsentative Leitarten ausgewählt wurden. Wenn nun ein Einwender Fauna Flora erwähnt, mag es Gewohnheit sein, automatisch an die FFH-Richtlinie zu denken, die zwar ein wichtiges Instrument ist, aber nicht aber das einzige. Die Tatsache, dass es seit dem EU-Beitritt ein Europäisches Naturschutzinstrument gibt, kann aber nicht dazu führen, dass deswegen nationale Naturschutzbestimmungen und Rote Listen außer Acht gelassen werden.

Dass Pilze in UVP-Verfahren nicht behandelt werden, ist mehr gelebte Praxis als Stand der Technik. Sollte sich herausstellen, dass diese beim gegenständlichen Projekt doch relevant sind, werden diese in den Naturschutzverfahren noch zu thematisieren sein.

Der Sachverständige Kühnert hat vorhin eine Aussage zum Stickstoffeintrag der Landwirtschaft in Höhe von 300 kg/ha/Jahr getätigt, wobei in der Landwirtschaft cross-compliance-Bestimmungen zu berücksichtigen sind und das daher einen überzogenen Wert darstellt. Es ändert sich dadurch zwar beim angestellten Vergleich des Sachverständigen größenordnungsmäßig nichts, ich möchte es aber nur klargestellt haben. Ich habe die Aussage des Sachverständigen nicht verstanden, dass die Pilze auf nährstoffreichen Böden keine Rolle für die Überlebensfähigkeit haben und wo er dann hinzugefügt hat, dass dies zumindest für Wiesen gilt. Wie ist das zu verstehen, gilt diese Aussage nun für Wiese oder Wald? Des Weiteren möchte ich aus meiner Kenntnis des Projektgebietes festhalten, dass die in der Diskussion vom Sachverständigen angeführten Auwaldstandorte nicht repräsentativ für das Projektgebiet sind. Dementsprechend sind die vorkommenden bzw. angestrebten Wald- oder Wiesengesellschaften zu überprüfen, inwieweit es einen Zusammenhang mit Pilzorganismen gibt. Ich ersuche den Sachverständigen Kühnert um Aufklärung bezüglich seiner Aussage.

Ich möchte auf die Forderung nach einer Verbreiterung dieser Grünbrücke gegenüber der Projektierung eingehen, die vom Sachverständigen für Tiere und ihre Lebensräume gefordert

und vom Sachverständigen für Pflanzen und ihre Lebensräume, landschaftsgebundene Erholung unterstützt wurde. Ich habe mir die fachliche Begründung im TGA Tiere und ihre Lebensräume angesehen und halte diese Forderung für ausreichend begründet und unterstützungswürdig. Ich halte fest, dass 55m eine absolute Minimalforderung darstellen, um die ökologische Funktionsfähigkeit zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Ich weise weiters darauf hin, dass es nicht um die Quermöglichkeit für große Wisentherden geht, sondern um das gesamte Faunenspektrum, das auch wirbellose Tiere einschließt. In diesem Sinne hat sich auch die Wr. Umweltanwaltschaft geäußert und wir unterstützen deren Forderung. Weiters möchte ich auf interdisziplinäre Synergieeffekte hinweisen: Einerseits haben wir begründet verstärkten aktiven Lärmschutz beim Projekt gefordert – v.a. DI Hahn, dessen Ausführungen ich mich für die Umweltorganisation VIRUS hiermit anschließe – und dabei Einhausungen. Ein Einhausungsbereich ist dabei jener im Bereich Röbbelinggasse und der dortigen Siedlungen, die im Bereich der Grünbrücke sind. Gestern habe ich weiters erwähnt, dass sich aktive Lärmschutzmaßnahmen auch günstig auf die Ausbreitung der Chloridgicht auswirken und beitragen, die Belastung insbesondere bei der bereits bestehenden teilweisen Überschreitung des Trendumkehrwertes von 150 mg/l zu verbessern. Drittens bietet eine integrierte Planung die Möglichkeit, die Grünbrücke so auszustatten, wie es geboten ist. Hier ist auch auf eine Konsistenz und den funktionalen Zusammenhang zu achten. Wenn wir einen Nord-Süd-Korridor im Bereich Donaustadt haben und bei der S 2 bereits eine 100m breite Grünbrücke existiert, dann ist nicht einzusehen, warum wir gegenständlich Abstriche machen sollen. Im Zusammenhang mit der Synergie und der Notwendigkeit aus anderen Fachbereichen ist die Forderung nach einer Grünbrücke mit einer Breite von 100m begründet und gerechtfertigt. Ich beantrage daher eine Änderung der Projektierung im Sinne einer Gesamtschau der genannten Fachbereiche mit einer Einhausung im Bereich Röbbelinggasse und damit bautechnisch verbunden eine 100m breite Grünbrücke. Ich sehe dabei schon die Problematik der Ostbahnquerung (wodurch die Einhausung nicht auf voller Breite biotopvernetzend wirksam werden kann). Durch diesen Synergieeffekt ist der Zusatzaufwand ein anderer als die Grünbrücke alleine zu betrachten.

Ich möchte bezüglich der Ausführungen von DI Schröfelbauer auf das TGA Tiere und ihre Lebensräume verweisen, wo die Forderung erhoben wurde, auf der Grünbrücke Seestadt Ost für einen offenen Wiesenstreifen von 35m zu sorgen. Um diese berechnete Forderung umzusetzen, braucht man einen Spielraum, der bei der projektierten Dimension der Brücke nicht gegeben ist. Die von der Projektwerberin genannten Kosten für die Grünbrücke sind größenordnungsmäßig einem Projekt wie dem gegenständlichen angemessen und sind nicht solche, die einer im naturschutzfachlichen Sinn verbesserten Umsetzung entgegenstehen.

Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, dass, wenn man umfassender Maßnahmen setzen sollte, der Zusatzaufwand für eine größer dimensionierte Grünbrücke anders zu bewerten ist, als wenn man die Grünbrücke isoliert betrachtet. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass die Sachverständigen ihre Forderung bezüglich der Grünbrücke nicht ausweiten. Ansonsten verweise ich auf meinen Antrag. Zur Einhausung habe ich mir in diesem Verhandlungsblock keine Antwort erwartet.

Ich möchte festhalten, dass meine begründeten Vorbringen nicht als Wunschkatalog zu verstehen sind, sondern aus den jeweiligen Fachbereichen begründet sind. Ich gestehe zu, dass diese nicht so leicht umzusetzen sind und mit größeren Anpassungen des Projektes verbunden sind, aber die Einschätzung der Projektwerberin als aliud möchte ich in Frage stellen.

Beilage

Wien, am 29.11.2017

um

15:30

Unterschrift:



Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014, Austrian Assessment Report 2014
AAR14 (Siehe auch Beilage 21; abrufbar unter:
http://hw.oeaw.ac.at/APPC_AAR2014.pdf)

INHALTSVERZEICHNIS

1	Stellungnahme zum Umweltverträglichkeitsgutachten.....	2
01.	Verkehr und Verkehrssicherheit.....	2
02.	Lärm	4
03.	Erschütterungen	12
04.	Luftschadstoffe und Klima.....	14
06.	Boden, Abfallwirtschaft und Altlasten.....	19
07.	Tiere und deren Lebensräume.....	27
09.	Oberflächengewässer und Grundwasser.....	32
11.	Kulturgüter	34
12.	Forstwirtschaft (Waldökologie) und Wildökologie	35
13.	Hydrogeologie	37
2	Stellungnahme zum Fachgutachten Wasserrecht	40
	Oberflächengewässer und Grundwasser	40
	Hydrogeologie	40
	Altstandorte	42

Anmerkung: Im Folgenden sind Änderungsvorschläge der Projektwerberin zu den Maßnahmenvorschlägen gem. UVGA folgendermaßen gekennzeichnet:

- Ergänzungen/Änderungen zum Text gem. UVGA: **fette Hervorhebung der Formulierung**
- Kompletter Neuformulierungsvorschlag: **kompletter Text Fett**
- Entfall von Textteilen ggü. Text gem. UVGA: **im Text des Maßnahmenvorschlags UVGA durchgestrichen**

*Diese Darstellung dient ausschließlich der **leichteren Lesbarkeit** und erhebt **keinen Anspruch auf Vollständigkeit**!*

1 STELLUNGNAHME ZUM UMWELTVERTRÄGLICHKEITSGUTACHTEN

01. VERKEHR UND VERKEHRSSICHERHEIT

Maßnahmenvorschlag 1.7

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die Lärm-, Luftschadstoff- und Erschütterungsberechnungen basieren auf prognostizierten Verkehrszahlen, weshalb ein Monitoring zur Überwachung der Verkehrszahlen durchzuführen ist. Falls die Prognosezahlen überschritten werden, sind weitere kompensatorische Maßnahmen erforderlich. Bei Neubaumaßnahmen erstellt die Projektwerberin grundsätzlich mindestens einen Zählquerschnitt zwischen zwei Anschlussstellen. Im Rahmen des Monitoring sind für folgende Zählquerschnitte richtungsbezogen die stündlichen Verkehrsbelastungen getrennt für Pkw und Lkw aufzuzeichnen und mit den prognostizierten Verkehrsbelastungen zu vergleichen:

- 1. S1 zwischen Knoten S8/S1 und Knoten Raasdorf*
- 2. S1-Spange zwischen Knoten Raasdorf und ASt Telefonweg*
- 3. S1-Spange zwischen ASt Seestadt Ost und ASt Seestadt West*
- 4. S1-Spange zwischen ASt Seestadt West und Stadtstraße*

Anhand der Zählungen soll geprüft werden, ob die prognostizierten Erwartungswerte der Verkehrsbelastungen eingehalten wurden. Bei Überschreitung der tatsächlichen Verkehrsbelastungen gegenüber den Prognosewerten aus den Einreichunterlagen ist zu überprüfen, ob die Immissionsgrenzwerte und / oder Genehmigungskriterien im Planungsgebiet eingehalten werden.

Stichprobenzählungen an den og. Querschnitten sind ausreichend und zwar einwöchige Stunden-Zählungen im Februar, Mai, August und November außerhalb von Ferienzeiten (Ausnahme August) mit Pkw-Lkw-Unterscheidung. Die Zählungen sind durchzuführen:

- beginnend ein Jahr nach Inbetriebnahme der S1-Spange*
- 5 Jahre nach Inbetriebnahme der S1-Spange nach Inbetriebnahme der S1 Lobauquerung*

Die Jahresergebnisse der Messungen und Auswertungen sind der UVP-Behörde 4 Monate nach Ende des Kalenderjahres mit einem Statusbericht zu übermitteln.

Stellungnahme:

Da die Intervalle der Zählungen präzisiert werden müssen, wird eine Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

[...] Die Zählungen sind durchzuführen:

- *beginnend ein Jahr nach Inbetriebnahme der S1-Spange*
- *5 Jahre nach Inbetriebnahme der S1-Spange nach Inbetriebnahme der S1 Lobauquerung*

Die Zählungen werden im ersten Jahr nach Inbetriebnahme der S 1 Spange und im fünften Jahr nach Inbetriebnahme des 2. Verwirklichungsabschnitts der S 1 Schwechat-Süßenbrunn und S 1 Spange durchgeführt. [...]

02. LÄRM

Maßnahmenvorschlag 2.3

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

An Sonn- und Feiertagen sowie im Zeitraum Abend an Samstagen sind keine Bauarbeiten zulässig.

Stellungnahme:

Bei den unter Punkt 2.2 angegebenen Bauwerken sind Arbeiten, z.B. Ein- und Ausbau von Lehr- und Schutzgerüsten über der Trasse der ÖBB, im Zuge von Gleissperren auch am WE und/oder in den Nachtstunden erforderlich. Dabei handelt es sich in erster Linie um wenig lärmintensive Arbeiten wie z.B. Hebevorgänge. Aus Sicht der Projektwerberin ist eine Präzisierung und Abänderung des Maßnahmenvorschlages erforderlich.

Daher wird seitens der Projektwerberin folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

An Sonn- und Feiertagen sowie im Zeitraum Abend an Samstagen sind keine Bauarbeiten zulässig, ausgenommen Arbeiten, die im Zuge von Gleissperren, z.B. für den Ein- und Ausbau von Lehr- und Schutzgerüsten über der Trasse der ÖBB in Zusammenhang stehen und nur an Wochenenden durchgeführt werden können. Diese Ausnahmen müssen in kausalem Zusammenhang mit der Logistik an ÖBB Trassen (Gleissperren) stehen. Die Arbeiten an Sonn- und Feiertagen sowie im Zeitraum Abend an Samstagen sind mit Angabe über die Notwendigkeit der Tätigkeit sowie die Art und das Ausmaß der Emissionen rechtzeitig (spätestens 14 Tage vorher) den Anrainern anzukündigen.

Maßnahmenvorschlag 2.7

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Der Baustellenverkehr ausgehend vom Bauvorhaben ist bis zum Erreichen gleichrangiger oder höherrangiger Straßen auf folgende Straßenabschnitte beschränkt und auf maximal zulässige LKW-Fahrten pro Zeitabschnitt (Tag, Abend, Nacht) zu begrenzen:

- a. *Schafflerhofstraße NORD (nördlich der Trasse S1-Spange) Tag: 77, Abend (Ausnahme nach 2.5): 15, Nacht (Ausnahme nach 2.6): 140*
- b. *Telefonweg SÜD (südlich der Trasse S1-Spange) Tag: 35, Abend (Ausnahme nach 2.5): 8*

Stellungnahme:

Die Formulierung zu Pkt. 2.7 erscheint nicht vollständig. Es muss in diesem Punkt dringend angemerkt werden, dass es sich bei den Tag- und Abendbeschränkungen gem. BStLärmIV um Durchschnittswerte für

den Regelmonat handelt. Das bedeutet, dass da alle Fahrten (zum Beispiel die Spitzen im Zuge der Betonierarbeiten) über den Regelmonat aufgeteilt werden können.

Daher wird folgende Ergänzung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Der Baustellenverkehr ausgehend vom Bauvorhaben ist bis zum Erreichen gleichrangiger oder höherrangiger Straßen auf folgende Straßenabschnitte beschränkt und auf maximal zulässige LKW-Fahrten pro Zeitabschnitt (Tag, Abend, Nacht) zu begrenzen:

- a. Schafflerhofstraße NORD (nördlich der Trasse S1-Spange) Tag: 77, Abend (Ausnahme nach 2.5): 15, Nacht (Ausnahme nach 2.6): 140*
- b. Telefonweg SÜD (südlich der Trasse S1-Spange) Tag: 35, Abend (Ausnahme nach 2.5): 8*

Ergänzende Erläuterung:

Die Begrenzung für die Zeiträume Tag und Abend sind gem. BStLärmIV nicht als maximal zulässige LKW-Fahrten pro Zeitabschnitt zu verstehen. Es handelt sich dabei um über den Regelmonat gemittelte tägliche LKW-Fahrten. An einzelnen Tagen kann es in den Zeitabschnitten Tag und Abend zu höheren Anzahlen an LKW-Fahrten kommen. Im Monatsmittel dürfen die oben angegebenen Werte jedoch nicht überschritten werden. Für den Zeitraum Nacht sind die oben angegebenen Werte als maximal zulässige LKW-Fahrten im Zeitabschnitt (Nacht) zu verstehen.

Maßnahmenvorschlag 2.8

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die projektgemäß vorgesehene Instandsetzung der Fahrbahndeckschicht in der Röbblinggasse mit einem LSMA – Fahrbahnbelag ist vor Baubeginn umzusetzen.

Stellungnahme:

Die Instandsetzung der Fahrbahndeckschicht in der Röbblinggasse mit einem LSMA – Fahrbahnbelag erfolgt in Bauphase 0.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Die projektgemäß vorgesehene Instandsetzung der Fahrbahndeckschicht in der Röbblinggasse mit einem LSMA – Fahrbahnbelag ist ~~vor~~ mit Beginn der Bauphase 0 umzusetzen.

Maßnahmenvorschlag 2.11

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Bauarbeiten beginnend mit dem Objekt Grünbrücke Seestadt Ost bis zur ASt Telefonweg dürfen nicht gleichzeitig mit Bauarbeiten an Bautätigkeiten zum Ausbau der ÖBB Strecke Stadlau-Marchegg im identen Bereich erfolgen.

Stellungnahme:

Im Bereich der S 1 Spange ist keine vergleichbare intensive Bautätigkeit - wie bei der Stadtstraße - im Bereich der ÖBB gegeben.

Das Szenario 2 geht von einer Überlagerung sämtlicher Bauarbeiten im Raum beginnend mit dem Objekt Grünbrücke Seestadt Ost bis zur ASt Telefonweg aus (ASt Seestadt Ost u. West, S1 Spange, Stadtstraße u. der ÖBB Strecke). Es werden Überlagerungen berücksichtigt, die in der Baupraxis kaum zu erwarten sind (ÖBB Bauarbeiten und folgende Straßenbauarbeiten wie Erdbau, Bodenverbesserungen und Objektbaustellen gleichzeitig). Zu den im ÖBB Projekt angegebenen Schalleistungen wurde zusätzlich noch der Anpassungswert von 5 dB addiert, was einen extremen Planfall darstellt.

Die Projektwerberin sieht die vorgesehenen Monitoringmaßnahmen als ausreichend an, um die geforderten Schallpegel während der Bauphase einhalten zu können.

Daher wird angeregt, den Maßnahmenvorschlag aus oben genannten Gründen entfallen zu lassen.

Maßnahmenvorschlag 2.13

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Für folgende definierten Adressen ist entsprechend §9 BStLärmIV (und bei vorhabensbedingten Immissionserhöhung $> 0,4$ dB bei $L_{den} > 70,0$ dB oder $L_{night} > 60,0$ dB) der Einbau von Schalldämmlüftern und gegebenenfalls der Austausch bestehender Fenster und Türen gegen Schallschutzfenster und -türen in Aufenthaltsräumen an den betroffenen Fassaden, soweit bestehende Fenster und Türen nicht ausreichenden Schutz gewähren, zu prüfen. Dazu sind Detailuntersuchungen entsprechend §14 BStLärmIV durchzuführen. Hinsichtlich der erforderlichen akustischen Eigenschaften gilt die ÖNORM B 8115-2, "Schallschutz im Hochbau, Anforderungen an den Schallschutz", insbesondere Zeile 8 in Tabelle 2. Bei der Detailuntersuchung sind die Immissionswerte der angegebenen Auswertung bei Bedarf für neu hinzugekommene Gebäude oder Aufenthaltsräume (Dachgeschoßausbauten) zu ergänzen.

Gemäß dem Ergebnis der Detailevaluierung ist der objektseitige Lärmschutz so rechtzeitig nachweislich anzubieten, dass die Umsetzung der Maßnahmen (Einbau passiver Lärmschutzmaßnahmen) vor dem für die jeweilige Tabelle angegebenen Zeitpunkt erfüllt ist. Die Maßnahme gilt auch dann als rechtzeitig erfüllt, wenn innerhalb von 3 Monaten keine Reaktion des Eigentümers oder sonstigen Berechtigten auf das Angebot

erfolgt ist, oder der Umsetzung der objektseitigen Lärmschutzmaßnahmen vom Eigentümer oder sonstigen Berechtigten nicht zugestimmt wurde.

In diesen Fällen bleibt jedoch der Anspruch des Eigentümers oder sonst Berechtigten auf Lärmschutz gemäß den festgelegten Richtwerten für die Betriebsphasen jedenfalls für einen Zeitraum von 3 Jahren ab Verkehrsfreigabe bestehen.

Für folgende Bereiche ist die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen vor Baubeginn zu gewährleisten:

Bereich	Immissionsauswertung
Mayredergasse 10, Parzelle 401 bis Parzelle 410	WU-2.2. Anlage C2
Mayredergasse 10, Parzelle 101 bis 132	WU-2.2 Anlage C2
Kupetzkygasse 32, 34, 43 und 45	WU-2.2 Anlage C2
Heringgasse 19, 26 bis 32, 88 bis 92, 149 bis 161	WU-2.2 Anlage C2
Kruisgasse 23	WU-2.2 Anlage C2
Lavendelweg 74, Heringgasse 19, 152 (Objektschutz anbieten entsprechend ursprünglicher Fassadenauswertung)	7-12.1 Anlage C2.1

Für folgende Bereiche ist die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen vor Verkehrsfreigabe auf der S1-Spange zu gewährleisten:

Bereich	Immissionsauswertung
Alle Wohnobjekte direkt gelegen an der Wolfgang Mühlweger Straße ab Kreuzung Wehrbrückstraße bis Schafflerhofstraße.	WU-2.2. Anlage C2
Alle Wohnobjekte direkt gelegen an der Schafflerhofstraße von Kreuzung Wolfgang-Mühlweger Straße bis zur Gernotgasse	WU-2.2 Anlage C2-wUR
Alle Wohnobjekte in Glinzendorf direkt gelegen an der L3010 beginnend von L6 bis zur Kreuzung mit der L3018	WU-2.2 Anlage C2-wUR & WU-8.12.1
Alle Wohnobjekte in Glinzendorf direkt gelegen an der L3018	WU-2.2 Anlage C2-wUR & WU-8.12.1
Alle Wohnobjekte in DeutschWagram direkt gelegen an der L6 von der Kreuzung mit der B8 nach Richtung Süden	WU-2.2 Anlage C2-wUR

<i>Alle Wohnobjekte in Raasdorf direkt gelegen an der L3018</i>	<i>WU-2.2 Anlage C2-wUR & WU-8.12.1</i>
<i>Süßenbrunner Straße 48</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>
<i>Süßenbrunner Straße 56</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>
<i>Kudriafskygasse 7</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>
<i>Lavaterstraße 7, Stiegen 1,2</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>
<i>Kleingartensiedlung am Ries</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>
<i>Kornblumenweg KG Hagedorn Parz 38</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>
<i>An den alten Schanzen (30 Parz. 157), (39 Parz. 158), (43)</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>

Für folgende Bereiche ist die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen bei Betrieb der S1-Spange und vor Verkehrsfreigabe der S1 Schwechat bis Süßenbrunn (inkl. Donauquerung):

<i>Bereich</i>	<i>Immissionsauswertung</i>
<i>Kruisgasse 21 und 23</i>	<i>WU-2.2 Anlage D2-Erw-Eintrag</i>
<i>Ambrosigasse 13, 14, 15, 19, 20</i>	<i>WU-2.2 Anlage D2-Erw-Eintrag</i>
<i>Alle Wohnobjekte in Glinzendorf direkt gelegen an der L3010 beginnend von L6 bis zur Kreuzung mit der L3018</i>	<i>WU-2.2 Anlage D2-wUR</i>
<i>Süßenbrunner Straße 48</i>	<i>D.03.01.1029 2030</i>
<i>Süßenbrunner Straße 56</i>	<i>D.03.01.1029 2030</i>
<i>Kleingartensiedlung am Ries</i>	<i>D.03.01.1029 2030</i>
<i>Kornblumenweg KG Hagedorn Parz 38 und 52</i>	<i>D.03.01.1029 2030</i>
<i>An den alten Schanzen (25 Parz. 72), (25 Parz. 81)</i>	<i>D.03.01.1029 2030</i>

Stellungnahme:

Aus Sicht der ASFINAG ist die im Maßnahmenvorschlag angeführte Erläuterung der Tabellen zu präzisieren, um eine ggf. missverständliche Zuordnung der umzusetzenden Maßnahmen zu den Bauphasen ausschließen zu können.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Für folgende definierten Adressen ist entsprechend §9 BStLärmIV (und bei vorhabensbedingten Immissionserhöhung $> 0,4$ dB bei $L_{den} > 70,0$ dB oder $L_{night} > 60,0$ dB) der Einbau von Schalldämmlüftern und gegebenenfalls der Austausch bestehender Fenster und Türen gegen Schallschutzfenster und -türen in Aufenthaltsräumen an den betroffenen Fassaden, soweit bestehende Fenster und Türen nicht ausreichenden Schutz gewähren, zu prüfen. Dazu sind Detailuntersuchungen entsprechend §14 BStLärmIV durchzuführen. Hinsichtlich der erforderlichen akustischen Eigenschaften gilt die ÖNORM B 8115-2, "Schallschutz im Hochbau, Anforderungen an den Schallschutz", insbesondere Zeile 8 in Tabelle 2. Bei der Detailuntersuchung sind die Immissionswerte der angegebenen Auswertung bei Bedarf für neu hinzugekommene Gebäude oder Aufenthaltsräume (Dachgeschoßausbauten) zu ergänzen.

Gemäß dem Ergebnis der Detailevaluierung ist der objektseitige Lärmschutz so rechtzeitig nachweislich anzubieten, dass die Umsetzung der Maßnahmen (Einbau passiver Lärmschutzmaßnahmen) vor dem für die jeweilige Tabelle angegebenen Zeitpunkt erfüllt ist. Die Maßnahme gilt auch dann als rechtzeitig erfüllt, wenn innerhalb von 3 Monaten keine Reaktion des Eigentümers oder sonstigen Berechtigten auf das Angebot erfolgt ist, oder der Umsetzung der objektseitigen Lärmschutzmaßnahmen vom Eigentümer oder sonstigen Berechtigten nicht zugestimmt wurde.

In diesen Fällen bleibt jedoch der Anspruch des Eigentümers oder sonst Berechtigten auf Lärmschutz gemäß den festgelegten Richtwerten für die Betriebsphasen jedenfalls für einen Zeitraum von 3 Jahren ab Verkehrsfreigabe bestehen.

~~*Für folgende Bereiche ist die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen vor Baubeginn zu gewährleisten:*~~

Für folgende Bereiche ist die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen vor Baubeginn der Bauphase 2, für die Kruisgasse 23 vor Baubeginn der Bauphase 1, zu gewährleisten:

Bereich	Immissionsauswertung
Mayredergasse 10, Parzelle 401 bis Parzelle 410	WU-2.2. Anlage C2
Mayredergasse 10, Parzelle 101 bis 132	WU-2.2 Anlage C2

<i>Kupetzkygasse 32, 34, 43 und 45</i>	<i>WU-2.2 Anlage C2</i>
<i>Heringgasse 19, 26 bis 32, 88 bis 92, 149 bis 161</i>	<i>WU-2.2 Anlage C2</i>
<i>Kruisgasse 23</i>	<i>WU-2.2 Anlage C2</i>
<i>Lavendelweg 74, Heringgasse 19, 152 (Objektschutz anbieten entsprechend ursprünglicher Fassadenauswertung)</i>	<i>7-12.1 Anlage C2.1</i>

Für folgende Bereiche ist die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen vor Verkehrsfreigabe auf der S1-Spange zu gewährleisten:

<i>Bereich</i>	<i>Immissionsauswertung</i>
<i>Alle Wohnobjekte direkt gelegen an der Wolfgang Mühlweger Straße ab Kreuzung Wehrbrückstraße bis Schafflerhofstraße.</i>	<i>WU-2.2. Anlage C2</i>
<i>Alle Wohnobjekte direkt gelegen an der Schafflerhofstraße von Kreuzung Wolfgang-Mühlweger Straße bis zur Gernotgasse</i>	<i>WU-2.2 Anlage C2-wUR</i>
<i>Alle Wohnobjekte in Glinzendorf direkt gelegen an der L3010 beginnend von L6 bis zur Kreuzung mit der L3018</i>	<i>WU-2.2 Anlage C2-wUR & WU-8.12.1</i>
<i>Alle Wohnobjekte in Glinzendorf direkt gelegen an der L3018</i>	<i>WU-2.2 Anlage C2-wUR & WU-8.12.1</i>
<i>Alle Wohnobjekte in DeutschWagram direkt gelegen an der L6 von der Kreuzung mit der B8 nach Richtung Süden</i>	<i>WU-2.2 Anlage C2-wUR</i>
<i>Alle Wohnobjekte in Raasdorf direkt gelegen an der L3018</i>	<i>WU-2.2 Anlage C2-wUR & WU-8.12.1</i>
<i>Süßenbrunner Straße 48</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>
<i>Süßenbrunner Straße 56</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>
<i>Kudriafskygasse 7</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>
<i>Lavaterstraße 7, Stiegen 1,2</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>
<i>Kleingartensiedlung am Ries</i>	<i>D.03.01.1029 2024/2025</i>

Kornblumenweg KG Hagedorn Parz 38	D.03.01.1029 2024/2025
An den alten Schanzen (30 Parz. 157), (39 Parz. 158), (43)	D.03.01.1029 2024/2025

~~Für folgende Bereiche ist die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen bei Betrieb der S1 Spange und vor Verkehrsfreigabe der S1 Schwechat bis Süßenbrunn (inkl. Donauquerung):~~

Für folgende Bereiche ist die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen bei Betrieb der S 1 Spange und vor Verkehrsfreigabe des 2. Verwirklichungsabschnitts der S 1 Schwechat-Süßenbrunn zu gewährleisten:

Bereich	Immissionsauswertung
Kruisgasse 21 und 23	WU-2.2 Anlage D2-Erw-Eintrag
Ambrosigasse 13, 14, 15, 19, 20	WU-2.2 Anlage D2-Erw-Eintrag
Alle Wohnobjekte in Glinzendorf direkt gelegen an der L3010 beginnend von L6 bis zur Kreuzung mit der L3018	WU-2.2 Anlage D2-wUR
Süßenbrunner Straße 48	D.03.01.1029 2030
Süßenbrunner Straße 56	D.03.01.1029 2030
Kleingartensiedlung am Ries	D.03.01.1029 2030
Kornblumenweg KG Hagedorn Parz 38 und 52	D.03.01.1029 2030
An den alten Schanzen (25 Parz. 72), (25 Parz. 81)	D.03.01.1029 2030

03. ERSCHÜTTERUNGEN

Maßnahmenvorschlag 3.1

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Hinsichtlich der Erschütterungen ist der Objektschutz gemäß ÖNORM S 9020 sicherzustellen. Diese Werte werden eingehalten, wenn die Mindestdistanz aus Tabelle 5-2 des Fachberichts Erschütterungen und Sekundärschall - Einreichprojekt 2014, Einlage 7-10.1 nicht unterschritten wird.

Gebäude-Empfindlichkeitsklasse	0	1	2	3	4
Arbeitsvorgang	Distanz (m)				
Hydraulikbagger	-	-	1	3	6
Vibrowalze	-	-	3	7	13
Rüttelstopfen	4	12	20	29	42

Tabelle 5-2 aus Einreichprojekt 2014, Einlage 7-10.1: Unbedenklichkeitsbereiche (Mindestdistanz) für Bauarbeiten aus der Sicht des Erschütterungsschutzes bezogen auf die Gebäude-Empfindlichkeitsklassen nach ÖNORM S 9020. Andernfalls ist ein Erschütterungsmonitoring vorzunehmen. Zum Schutz der Anrainer sind in Anlehnung an die ÖNORM S 9012 die Richtwerte für „ausreichenden Erschütterungsschutz“ einzuhalten.

Hinsichtlich einer eventuellen gleichzeitigen Einwirkung von Bauarbeiten aus anderen Projekten (z.B. ÖBB – Strecke Marchegger Ast) wird festgehalten, dass dies für den Erschütterungsschutz in etwaigen betroffenen Objekten keine geänderte Vorgangsweise bedeutet. Es sind die vorgeschriebenen Richtwerte einzuhalten, egal aus welcher Emissionsquelle, bzw. aus mehreren gleichzeitig, die Erschütterungen stammen.

Stellungnahme:

Die Anwendung der ON S 9012 ist für Straßenbauvorhaben nicht Stand der Technik. Die Anwendung der Richtlinie VOLV ist aus Sicht der Projektwerberin zielführender. Anrainer werden rechtzeitig über zwingend erforderliche Arbeiten informiert.

Da die Stärke der Erschütterungen mangels Kohärenz verschiedener Quellen nicht vergrößert wird, besteht auch kein Grund Fremdarbeiten zu berücksichtigen.

Die Projektwerberin schlägt daher vor, den Maßnahmenvorschlag wie folgt umzuformulieren:

Hinsichtlich der Erschütterungen ist der Objektschutz gemäß ÖNORM S 9020 sicherzustellen. Diese Werte werden eingehalten, wenn die Mindestdistanz aus Tabelle 5-2 des Fachberichts Erschütterungen und Sekundärschall - Einreichprojekt 2014, Einlage 7-10.1 nicht unterschritten wird.

Gebäude- Empfindlichkeitsklasse	0	1	2	3	4
Arbeitsvorgang	Distanz (m)				
Hydraulikbagger	-	-	1	3	6
Vibrowalze	-	-	3	7	13
Rüttelstopfen	4	12	20	29	42

~~Tabelle 6-2 aus Einreichprojekt 2014, Einlage 7-10.1: Unbedenklichkeitsbereiche (Minstdistanz) für Bauarbeiten aus der Sicht des Erschütterungsschutzes – bezogen auf die Gebäude-Empfindlichkeitsklassen nach ÖNORM S 9020 – Andernfalls ist ein Erschütterungsmonitoring vorzunehmen. Zum Schutz der Anrainer sind in Anlehnung an die ÖNORM S 9012 die Richtwerte für „ausreichenden Erschütterungsschutz“ einzuhalten.~~

~~Hinsichtlich einer eventuellen gleichzeitigen Einwirkung von Bauarbeiten aus anderen Projekten (z.B. ÖBB-Strecke Marchegger ASt) wird festgehalten, dass dies für den Erschütterungsschutz in etwaigen betroffenen Objekten keine geänderte Vorgangsweise bedeutet. Es sind die vorgeschriebenen Richtwerte einzuhalten, egal aus welcher Emissionsquelle, bzw. aus mehreren gleichzeitig, die Erschütterungen stammen.~~

Für den Schutz der Menschen ist die Verordnung über Lärm und Vibrationen (VOLV) maßgeblich. Diese Grenzwerte sind während der Baumaßnahmen einzuhalten. Anrainer werden rechtzeitig über zwingend erforderliche Arbeiten während der Nachtzeit informiert.

04. LUFTSCHADSTOFFE UND KLIMA

Maßnahmenvorschlag 4.2

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die geplante Baustraße für Transporte zu den südlich der Bahn gelegenen Bauteilen im Bereich der Seestadt Aspern zwischen Johann-Kutschera-Gasse und Richtung Norden verlängerter Cassinonestraße (Wirtschaftsweg) ist ehest möglich, jedenfalls aber vor den emissionsstärksten Bauphasen 2 und 3 (gemäß Baukonzept aus den Einreichunterlagen, Einlage 6-1.1) durch das Aufbringen einer bituminösen Deckschicht staubfrei zu befestigen.

Stellungnahme:

Die Grenzwerte gem. IG-L werden eingehalten, weshalb diese Maßnahme aus Sicht der Projektwerberin nicht erforderlich ist. Die zu erwartende Belastung ist überwiegend geogenen Ursprungs. Zudem wird dieser Bereich nur maximal 6 Monate genutzt. Staubbelastungen können durch staubmindernde Maßnahmen (z.B. Bewässerung) minimiert werden.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Die geplante Baustraße für Transporte zu den südlich der Bahn gelegenen Bauteilen im Bereich der Seestadt Aspern zwischen Johann-Kutschera-Gasse und Richtung Norden verlängerter Cassinonestraße (Wirtschaftsweg) ist ehest möglich, jedenfalls aber vor den emissionsstärksten Bauphasen 2 und 3 (gemäß Baukonzept aus den Einreichunterlagen, Einlage 6-1.1) ~~durch das Aufbringen einer bituminösen Deckschicht~~ staubfrei zu ~~befestigen~~ halten.

Maßnahmenvorschlag 4.4

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Bautätigkeiten an der S 1 Spange sind während gleichzeitiger und örtlich zusammenfallender Bautätigkeiten an der ÖBB Strecke 117 Stadlau-Marchegg nicht zulässig.

Stellungnahme:

Das Bauprojekt Ausbau ÖBB Strecke 117 wurde in den Betrachtungen zur Bauphase berücksichtigt. Bauphase 1a im Bereich Stadtstrasse Aspern wurde aufgrund der zeitlichen nahelage kumulierend betrachtet, Bauphase 1b im Bereich Bahnhof Raasdorf ist örtlich in einen Abstand von 1000 m zur Baumhüllenden der S 1 Spange Seestadt Aspern gelegen, ein direkter Einfluss ist daher auszuschließen. Bauphase 2 mit dem

Ausbau ist erst 2028 zwischen Seestadt und Bahnhof Raasdorf ist erst 2028 vorgesehen. Es ist unter Berücksichtigung relevanter kumulativer Wirkungen angrenzender Bauprojekte (ÖBB Strecke 117 Marchegger Ast Modul 2, S 1 Schwechat-Süßenbrunn und Stadtstraße Aspern) im Überlagerungsbereich der Untersuchungsräume daher mit Einhaltung der Grenzwertkriterien bzw. Grenzwerte § 20 Abs. 3 des IG-L zu rechnen.

Daher wird folgende Präzisierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Bautätigkeiten an der S1 Spange sind während gleichzeitiger und örtlich zusammenfallender Bautätigkeiten an der ÖBB Strecke 117 Stadlau-Marchegg ~~nicht zulässig~~ **soweit als möglich zu vermeiden. Auf Basis des zu installierenden Monitorings ist bei Überschreitungen der Verursacher zu eruieren und gemeinsam mit den ÖBB und in Abstimmung mit der Umweltbaubegleitung Maßnahmen festzulegen.**

Maßnahmenvorschlag 4.7

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die maximale Geschwindigkeit auf unbefestigten Fahrflächen und Baustraßen darf 20 km/h nicht überschreiten. Auf befestigten Fahrflächen und Baustraßen wird die Geschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt. Die Einhaltung des Tempolimits ist durch Geschwindigkeitsbeschränkungen anzuzeigen und zu überwachen.

Stellungnahme:

Durch die Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit wird eine effiziente Abwicklung der Baustelle verhindert. Auf Basis bestehender technischer Grundlagen wurde bei der Modellierung der Luftschadstoffe eine Fahrgeschwindigkeit von bis zu 69 km/h angenommen. Auf Basis dieser Festlegung kommt es nicht zu einer dauerhaften Verschlechterung der Luftgütesituation.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Die maximale Geschwindigkeit auf unbefestigten Fahrflächen und Baustraßen darf 50 km/h nicht überschreiten. Auf befestigten Fahrflächen und Baustraßen wird die Geschwindigkeit auf bis zu 50 km/h begrenzt. Die Einhaltung des Tempolimits ist durch Geschwindigkeitsbeschränkungen anzuzeigen und zu überwachen.

Maßnahmenvorschlag 4.8

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Lagerstätten mit Schüttgütern sind abzudecken oder ausreichend zu befeuchten.

Stellungnahme:

Der Maßnahmenvorschlag sollte präzisiert werden, um auf die unterschiedliche Materialeigenschaften einzugehen.

Folgende Ergänzung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Lagerstätten mit Schüttgütern sind abzudecken oder ausreichend zu befeuchten. **Von dieser Bestimmung sind Humusmieten mit einer Schutzsaat und nicht abwehbare Güter ausgenommen.***

Maßnahmenvorschlag 4.18

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die für die Transportfahrten eingesetzte Lkw-Fahrzeugflotte muss zumindest dem Emissionsstandard Euro V entsprechen. Die Sonderbauaufsicht Luft hat stichprobenartig wiederkehrende Überprüfungen der für den Transport eingesetzten Nutzfahrzeuge durchzuführen und zu protokollieren.

Stellungnahme:

Da die Berechnung der Luftschadstoffe einen Emissionsstandard III angenommen hat und die Ergebnisse zeigen, dass die Grenzwerte eingehalten werden, wird eine Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Die für die Transportfahrten eingesetzte Lkw-Fahrzeugflotte muss zumindest dem Emissionsstandard **Euro IV** entsprechen. Die Sonderbauaufsicht Luft hat stichprobenartig wiederkehrende Überprüfungen der für den Transport eingesetzten Nutzfahrzeuge durchzuführen und zu protokollieren.*

Maßnahmenvorschlag 4.19

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Arbeitsgeräte mit 2-Takt Benzinmotoren und solche mit 4-Takt Benzinmotoren ohne Katalysator dürfen nur mit Gerätebenzin SN 181 163 betrieben werden.

Stellungnahme:

Da der Beitrag der Benzinmotoren zur Immissionssituation sehr gering ist, wird eine Abänderung des Maßnahmenvorschlags angeregt.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Arbeitsgeräte mit 2-Takt Benzinmotoren und solche mit 4-Takt Benzinmotoren ohne Katalysator dürfen nur mit Gerätebenzin SN-181-163 betrieben werden.

Maßnahmenvorschlag 4.20

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Das unnötige Laufenlassen von kraftstoffbetriebenen Maschinen oder Geräten ist verboten. Diesbezüglich sind die ArbeitnehmerInnen nachweislich zu informieren und dafür Sorge zu tragen, dass auch betriebsfremde Personen beim Aufenthalt auf der Baustelle diese Regelung beachten.

Stellungnahme:

Im Sinne des Gebots eines wirtschaftlichen Einsatzes von Ressourcen erscheint ein Verbot als nicht notwendig, da grundsätzlich Maschinen und Geräte nicht unnötig betrieben werden.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Das unnötige Laufenlassen von kraftstoffbetriebenen Maschinen oder Geräten ist **verboten zu vermeiden**. Diesbezüglich sind die ArbeitnehmerInnen nachweislich zu informieren und dafür Sorge zu tragen, dass auch betriebsfremde Personen beim Aufenthalt auf der Baustelle diese Regelung beachten.*

Maßnahmenvorschlag 4.25

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Bei baubedingten Überschreitungen eines PM_{10} -Wertes von $300 \mu g/m^3$ als gleitender 3-Stundenmittelwert sind durch die Umweltbaubegleitung unverzüglich über die angeordneten Maßnahmen hinaus weitere emissionsreduzierende Maßnahmen anzuordnen. Deren Umsetzung ist durch die Sonderbauaufsicht Luft zu überwachen. Bei weiterhin steigenden Konzentrationen sind die Maßnahmen von der Sonderbauaufsicht in diesem Bereich zu verschärfen oder es sind jene Baumaßnahmen, die die Überschreitung verursachen, einzustellen. Diese zusätzlichen Maßnahmen sind so lange aufrechtzuerhalten, bis die baubedingten Zusatzbelastungen wieder deutlich unter $300 \mu g/m^3$ PM_{10} im 3-Stundenmittel abgesunken sind.

Zusätzlich ist der gleitende 24-Stundenmittelwert zu erheben. Überschreiten die Tagesmittelwerte $100 \mu\text{g}/\text{m}^3$ PM_{10} sind die Tagesmittelwerte benachbarter Stationen zu überprüfen. Kann die Baustelle als Quelle der hohen PM_{10} – Emissionen identifiziert werden, sind auf der Baustelle zusätzliche staubmindernde Maßnahmen zu ergreifen.

Stellungnahme:

Da der Grenzwert gemäß IG-L als Tagesmittelwert (00:00 bis 24:00) definiert ist erscheint es zielführend, als Bezugswert statt dem „gleitenden 24-Stundenmittelwert“ ebenfalls den Tagesmittelwert anzusetzen.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Bei baubedingten Überschreitungen eines PM_{10} -Wertes von $300 \mu\text{g}/\text{m}^3$ als gleitender 3-Stundenmittelwert sind durch die Umweltbaubegleitung unverzüglich über die angeordneten Maßnahmen hinaus weitere emissionsreduzierende Maßnahmen anzuordnen. Deren Umsetzung ist durch die Sonderbauaufsicht Luft zu überwachen. Bei weiterhin steigenden Konzentrationen sind die Maßnahmen von der Sonderbauaufsicht in diesem Bereich zu verschärfen oder es sind jene Baumaßnahmen, die die Überschreitung verursachen, einzustellen. Diese zusätzlichen Maßnahmen sind so lange aufrechtzuerhalten, bis die baubedingten Zusatzbelastungen wieder deutlich unter $300 \mu\text{g}/\text{m}^3$ PM_{10} im 3-Stundenmittel abgesunken sind. Zusätzlich ist der ~~gleitende 24-Stundenmittelwert~~ Tagesmittelwert zu erheben. Überschreiten die Tagesmittelwerte $100 \mu\text{g}/\text{m}^3$ PM_{10} , sind die Tagesmittelwerte benachbarter Stationen zu überprüfen. Kann die Baustelle als Quelle der hohen PM_{10} - Emissionen identifiziert werden, sind auf der Baustelle zusätzliche staubmindernde Maßnahmen zu ergreifen.

Seitens der Projektwerberin gibt es keine Anmerkungen zum humanmedizinischen Gutachten.

06. BODEN, ABFALLWIRTSCHAFT UND ALTLASTEN

06a Teilbereich Boden

Maßnahmenvorschlag 6a.1

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Korrektur Abzug / Abhub des humosen Oberbodens.

Stellungnahme:

Aus Sicht der Projektwerberin ist der Maßnahmenvorschlag gelebte Praxis in der Umsetzung von Bauvorhaben. Die ASFINAG geht davon aus, dass unter korrektem Abzug und Abhub des humosen Oberbodens die Vorgaben der Richtlinie für sachgerechte Bodenrekultivierung des BMLFUW zu verstehen sind.

Es wird daher die folgende Präzisierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Abzug und Abhub des humosen Oberbodens hat entsprechend der Richtlinie für sachgerechte Bodenrekultivierung des BMLFUW zu erfolgen.

Maßnahmenvorschlag 6a.6

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die Rekultivierung temporär beanspruchter Flächen, Rest- oder Zwickelflächen ist ausschließlich mit – zuvor getrennt gelagertem – Oberboden (Humus) aus dem Projektgebiet durchzuführen, sofern diese den Vorgaben und Richtwerten des Bundesabfallwirtschaftsplan (BAWP 2011) entsprechen. Bei der Wiederherstellung dieser Böden ist neben der Eignung als Pflanzenstandort insbesondere auf die Puffer- und Filterfunktion der Böden besonderer Wert zu legen. Der Bodenaufbau hat entsprechend dem natürlichen vorhandenen Bodenprofil in Absprache mit der ökologischen Bauaufsicht zu erfolgen.

Stellungnahme:

Im Projekt ist vorgesehen, die Rekultivierung mit Material aus dem Vorhaben durchzuführen. Auf Grund von anthropogene Einwirkungen, Pressung, baubedingte geringfügige Verluste, technisch nicht exakt cm-weise möglicher Aufbringung, usw. ist die Erfordernis der Zufuhr von zusätzlichem Material nicht auszuschließen.

Der Maßnahmenvorschlag sollte demnach wie folgt umformuliert werden:

Für die Rekultivierung temporär beanspruchter landwirtschaftlicher Nutzflächen ist - soweit verfügbar - mit dem in der Bauphase seitlich gelagertem humosen Oberbodenmaterial durchzuführen. Sollte dieses Material nicht ausreichen oder nicht mehr den erforderlichen Ansprüchen genügen, so wird dies mit sanitär einwandfreiem zugeführtem Material (Bodenaushub, Erdaushub) erfüllt. Dieser ist im Interesse der Multifunktionalität und insbesondere der Produktionsfunktion der Böden in seiner ursprünglichen Mächtigkeit aufzubringen, wobei die effektive Durchwurzelungstiefe des Bodens entsprechend dem Ausgangszustand sicherzustellen ist.

Maßnahmenvorschlag 6a.8

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Das Befahren von Böden mit natürlichem Bodenaufbau außerhalb der im Grundbedarfsplan für die Bauphase ausgewiesenen Flächen ist durch geeignete Maßnahmen (z.B. Schutzeinrichtungen) zu verhindern.

Stellungnahme:

Das Befahren von landwirtschaftlich genutzten Flächen außerhalb der im Baustellenkonzept festgelegten Flächen ist projektgemäß weder erforderlich noch vorgesehen. Das Befahren nicht zur Verfügung stehender Grundstücke ist bereits nach allgemeinem Zivilrecht untersagt.

Der Maßnahmenvorschlag sollte demnach wie folgt umformuliert werden:

Das Befahren von landwirtschaftlich genutzten Flächen außerhalb der im Baustellenkonzept festgelegten Flächen ist wie im Projekt vorgesehen zu vermeiden. Mit der Umweltbaubegleitung ist abzuklären, ob im Einzelfall für angrenzende landwirtschaftliche Flächen entlang von Baustraßen eine Baustellenbebänderung als sichtbare Abgrenzung erforderlich ist.

Maßnahmenvorschlag 6a.12

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Dort, wo die prognostizierte Chloridkonzentration in wasserrechtlich bewilligten Bewässerungsbrunnen über 115 mg/l zu liegen kommt, sind Monitoringmaßnahmen vorgeschrieben. Dazu sind in 14 tägigen Intervallen Proben in Bezug auf Chlorid und elektrische Leitfähigkeit (eLF) zu analysieren und damit die Qualität des Bewässerungswassers in Bezug auf Chlorid zu dokumentieren. Die Werte sind zu erfassen und in einem jährlichen Bericht bis 15. November der wasserrechtlichen Bauaufsicht zu übermitteln.

Stellungnahme:

Aufgrund der sehr geringen Grundwasserfließgeschwindigkeit von 1 m/Tag erscheint aus Sicht der ASFINAG ein Intervall von 3 Monaten ausreichend, um mögliche Schäden abzuwehren.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Dort, wo die prognostizierte Chloridkonzentration in wasserrechtlich bewilligten Bewässerungsbrunnen über 115 mg/l zu liegen kommt, sind Monitoringmaßnahmen vorgeschrieben. Dazu sind in ~~14-tägigen~~ **3-monatigen** Intervallen Proben in Bezug auf Chlorid und elektrische Leitfähigkeit (eLF) zu analysieren und damit die Qualität des Bewässerungswassers in Bezug auf Chlorid zu dokumentieren. Die Werte sind zu erfassen und in einem jährlichen Bericht bis 15. November der wasserrechtlichen Bauaufsicht zu übermitteln. **Die Probenahme endet 2 Jahre nach Inbetriebnahme der S 1 Spange.***

Maßnahmenvorschlag 6a.13

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Zur Vermeidung der Ausbreitung von Neophyten in den Randbereichen der Trasse (z.B. Ragweed, Knöterich, Götterbaum, etc.) im Betrieb ist ein entsprechender Maßnahmenplan zur Neophytenüberwachung bzw. -bekämpfung vor der Verkehrsfreigabe zu erstellen, mit der Umweltbauaufsicht abzustimmen und diese Maßnahmen entsprechend umzusetzen.

Stellungnahme:

Bereits in der Landesgesetzgebung ist die Bekämpfung von Neophyten vorgesehen. Zudem erstellt das Umweltbundesamt derzeit einen Maßnahmenplan, weshalb ein projektspezifischer Maßnahmenplan als nicht sinnvoll und erforderlich erachtet wird. Die Bekämpfung sollte weiters sich auf "gesundheitsgefährdende" Neophyten beschränken.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Zur Vermeidung der Ausbreitung von Neophyten in den Randbereichen der Trasse (~~z.B. Ragweed, Knöterich, Götterbaum, etc.~~) im Betrieb ist ein entsprechender Maßnahmenplan zur Neophytenüberwachung bzw. -bekämpfung **gesundheitsgefährdender Neophyten** vor der Verkehrsfreigabe zu erstellen, mit der Umweltbauaufsicht abzustimmen und diese Maßnahmen entsprechend umzusetzen.*

Maßnahmenvorschlag 6a.18

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

In Bezug auf die Kontrolle der Einhaltung der Auflagen für das Bewässerungswasser hat die von der Behörde bestellte wasserrechtliche Bauaufsicht auch die Einhaltung der vorgeschriebenen Maßnahmen in Bezug auf das Bewässerungswasser zu kontrollieren und dokumentieren.

Stellungnahme:

Das Beweissicherungsprogramm sollte im Sinne der Verhältnismäßigkeit auf max. 2 Jahre nach Inbetriebnahme begrenzt werden, da durch das gegenständliche Vorhaben keine erheblichen Auswirkungen auf das Grundwasser erwartet werden. Dies betrifft insbesondere auch die Betriebsphase der S 1 Spange Seestadt, da projektgemäß eine Einleitung der Winterwässer in das bestehende Kanalnetz der Stadt Wien vorgesehen ist.

Daher wird folgende Ergänzung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

In Bezug auf die Kontrolle der Einhaltung der Auflagen für das Bewässerungswasser hat die von der Behörde bestellte wasserrechtliche Bauaufsicht auch die Einhaltung der vorgeschriebenen Maßnahmen in Bezug auf das Bewässerungswasser zu kontrollieren und dokumentieren.

Das qualitative und quantitative Beweissicherungsprogramms ist bis 2 Jahre nach Verkehrsfreigabe, im geforderten Umfang, durchzuführen. Nach diesem Zeitraum ist ein Abschlussbericht durch eine fachkundige Person zu erstellen; dieser ist der Wasserrechtsbehörde zu übermitteln.

Maßnahmenvorschlag 6a.20

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Für die von den möglicherweise von projektinduzierten chloridzusatzbelastungen betroffenen Feldberegnungsbrunnen (vgl. Tabelle 35 TGA 6a Boden) hat eine jährliche Ermittlung der projektinduzierten Chloridzusatzkonzentrationen im Grundwasser auf Basis der durch das Monitoring ermittelten Befunde durch ein entsprechend qualifiziertes Unternehmen zu erfolgen.

Diese Auswertungen in Bezug auf projektinduzierte Zusatzbelastungen müssen aufzeigen, ob und um wieviel durch einen diffusen Chlorideintrag aus der Verkehrsgischt die Chloridkonzentration im Abstrom im Vergleich zum Grundwasserzustrombereich zur S1 ansteigt, Diese Auswertungen haben auch einen Vergleich zwischen eingesetzten Streumengen und einer uU ermittelten Aufstockung des Chloridgehalts im Abstrom und die Auswirkungen auf die Feldberegnungsbrunnen (vgl. Tab. 35 TGA Boden) zu enthalten.

Nach einem Monitoringzeitraum von 5 Jahren nach Verkehrsfreigabe ist durch die wasserrechtliche Bauaufsicht, nach Rücksprache mit der zuständigen Wasserrechtsbehörde, zu entscheiden, ob und ggf. wie das Monitoring zur Ermittlung der projektinduzierten Zusatzkonzentration weiterzuführen ist. Dazu wird vorgeschlagen, bei Bedarf das jährlich durchgeführte Monitoring entsprechend den oben angeführten Vorgaben um weitere 2 Jahre zu verlängern und dann wieder nach Rücksprache mit der Behörde zu entscheiden, ob das Monitoring weiter um ein 2 jähriges Intervall zu verlängern ist.

Stellungnahme:

Das Beweissicherungsprogramm sollte im Sinne der Verhältnismäßigkeit auf max. 2 Jahre nach Inbetriebnahme begrenzt werden, da durch das gegenständliche Vorhaben keine erheblichen Auswirkungen auf das Grundwasser erwartet werden. Dies betrifft insbesondere auch die Betriebsphase der S 1 Spange Seestadt, da projektgemäß eine Einleitung der Winterwässer in das bestehende Kanalnetz der Stadt Wien vorgesehen ist.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Für die von den möglicherweise von projektinduzierten chloridzusatzbelastungen betroffenen Feldberegnungsbrunnen (vgl. Tabelle 35 TGA 6a Boden) hat eine jährliche Ermittlung der projektinduzierten Chloridzusatzkonzentrationen im Grundwasser auf Basis der durch das Monitoring ermittelten Befunde durch ein entsprechend qualifiziertes Unternehmen zu erfolgen.

Diese Auswertungen in Bezug auf projektinduzierte Zusatzbelastungen müssen aufzeigen, ob und um wieviel durch einen diffusen Chlorideintrag aus der Verkehrsgischt die Chloridkonzentration im Abstrom im Vergleich zum Grundwasserzustrombereich zur S1 ansteigt, Diese Auswertungen haben auch einen Vergleich zwischen eingesetzten Streumengen und einer uU ermittelten Aufstockung des Chloridgehalts im Abstrom und die Auswirkungen auf die Feldberegnungsbrunnen (vgl. Tab. 35 TGA Boden) zu enthalten.

Nach einem Monitoringzeitraum von 5 2 Jahren nach Verkehrsfreigabe ist durch die wasserrechtliche Bauaufsicht, nach Rücksprache mit der zuständigen Wasserrechtsbehörde, zu entscheiden, ob und ggf. wie das Monitoring zur Ermittlung der projektinduzierten Zusatzkonzentration weiterzuführen ist. Dazu wird vorgeschlagen, bei Bedarf das jährlich durchgeführte Monitoring entsprechend den oben angeführten Vorgaben um weitere 2 Jahre zu verlängern und dann wieder nach Rücksprache mit der Behörde zu entscheiden, ob das Monitoring weiter um ein 2 jähriges Intervall zu verlängern ist.

06b Teilbereich Abfallwirtschaft und Altlasten

Maßnahmenvorschlag 6b.5

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Vor Baubeginn sind weitere Untersuchungen auf Basis der ÖNORM S 2087 im Bereich der Trasse durchzuführen. Bei der Untersuchung der Altablagerungen sind demnach die Probenahmestellen rasterförmig anzuordnen, wobei der Abstand und die Verteilung der Probenahmestellen auf die Größe der Altablagerung, das Ziel der Untersuchungen sowie der Untersuchungsphase und bereits vorliegende Ergebnisse anderer Untersuchungen abzustimmen sind, wobei der Abstand der Rasterpunkte 25 m nicht übersteigen soll.

Stellungnahme:

Es wird angemerkt, dass der Rasterabstandes von 25 m aus der Projektwerberin zu eng gesetzt ist. Es wird ein Raster von 50 m als ausreichend erachtet, da die Trasse bereits intensiv voruntersucht wurde, und die ÖNORM S 2087 laut Kapitel 7.3.3 Auswahl der Probenahmestellen und Probenahme einen Abstand der Rasterpunkte bis 100 m zulässt.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Bei der Untersuchung der Altablagerungen sind demnach die Probenahmestellen rasterförmig anzuordnen, wobei der Abstand und die Verteilung der Probenahmestellen auf die Größe der Altablagerung, das Ziel der Untersuchungen sowie der Untersuchungsphase und bereits vorliegende Ergebnisse anderer Untersuchungen abzustimmen sind, wobei der Abstand der Rasterpunkte ~~25 m~~ 50 m nicht übersteigen soll.

Maßnahmenvorschlag 6b.6

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Werden Maßnahmenschwellenwerte für die im UVE Fachbericht als Überwachungsparameter angegebenen Werte nach ÖN 2088-1 in einem Beweissicherungspegel innerhalb des 14 täglichen Probenahmeintervalls bei beiden, innerhalb dieses Zeitraums gezogenen Proben (2 Proben innerhalb von 14 Tagen, 1 Probe pro Woche) überschritten, ist umgehend eine geeignete Grundwasseraufbereitungsanlage in Abstimmung mit der zuständigen wasserrechtlichen Bauaufsicht in Betrieb zu nehmen. Dazu sind im Vorfeld alle erforderlichen Grundlagen wie Sperrbrunnen und Versickerungsbrunnen herzustellen, um eine rasche Inbetriebnahme der erforderlichen Anlagenteile sicherstellen zu können.

Stellungnahme:

Es wird vorgeschlagen den Maßnahmenvorschlag abzuändern, da eine 1-malige Überschreitung keine Trendwende anzeigt. Erst beginnend ab einer 3-malig aufeinander folgenden Überschreitung werden Maßnahmen als erforderlich erachtet.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Werden Maßnahmenschwellenwerte für die im UVE Fachbericht als Überwachungsparameter angegebenen Werte nach ÖN 2088-1 an einem Beweissicherungspegel an 3 auf einander folgenden Proben innerhalb des 14-tägigen Probenahmeintervalls ~~bei beiden innerhalb dieses Zeitraums gezogenen Proben~~ überschritten (2 3 Proben innerhalb von 14 Tagen, 1 Probe am Anfang und 1 Probe am Ende der 1. Woche sowie 1 Probe am Ende der 2. Woche), ist umgehend eine geeignete Grundwasseraufbereitungsanlage in Abstimmung mit der zuständigen wasserrechtlichen Bauaufsicht in Betrieb zu nehmen. Dazu sind im Vorfeld alle erforderlichen Grundlagen wie Sperrbrunnen und Versickerungsbrunnen herzustellen, um eine rasche Inbetriebnahme der erforderlichen Anlagenteile sicherstellen zu können.

Maßnahmenvorschlag 6b.7

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Sollten im Zuge der Bauarbeiten Aushubmaterial angetroffen werden, für das eine Verwertung als Bodenaushub nach den Vorgaben des Bundesabfallwirtschaftsplanes 2011 nicht zulässig ist, so hat die ordnungsgemäße und nachweisliche Entsorgung der betroffenen Aushubmassen durch ein befugtes Entsorgungsunternehmen aufgrund der Materialanalysen durchgeführt zu werden. Allfällige dazu erforderliche Genehmigungen sind vorab einzuholen.

Stellungnahme:

Eine Aktualisierung des Bundesabfallwirtschaftsplans 2017 ist absehbar.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Sollten im Zuge der Bauarbeiten Aushubmaterial angetroffen werden, für das eine Verwertung als Bodenaushub nach den Vorgaben des Bundesabfallwirtschaftsplanes 2011 2017 nicht zulässig ist, so hat die ordnungsgemäße und nachweisliche Entsorgung der betroffenen Aushubmassen durch ein befugtes Entsorgungsunternehmen aufgrund der Materialanalysen durchgeführt zu werden. Allfällige dazu erforderliche Genehmigungen sind vorab einzuholen.

Maßnahmenvorschlag 6b.24

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Bei Feststellung von kontaminierten Bereichen während der Bauphase, die über die bekannten Altstandorte und im UVE Einreichoperat behandelten Altstandorte KrcalGrube und Schafflerhof hinausgehen, welche durch die Bauarbeiten eine Gefährdung für die Boden- und Grundwasserqualität erwarten lassen, sind die Bauarbeiten in den als kontaminiert erkannten Bereiche unverzüglich einzustellen und die wasserrechtliche Bauaufsicht zu benachrichtigen. Die zuständige Behörde ist umgehend zu verständigen und ein entsprechendes Sicherungs- und Entsorgungskonzept vorzulegen bzw. eine allenfalls erforderliche

Stellungnahme:

Vor dem Hintergrund der gesetzlichen Verursacherhaftung nach den §§ 73ff AWG, wonach für unzulässige Kontaminationen primär der Verursacher zu haften hat, regt die ASFiNAG an, den Maßnahmenvorschlag dahingehend abzuändern, dass er den gesetzlichen Verursacherpflichten entspricht.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Bei Feststellung von kontaminierten Bereichen während der Bauphase, die über die bekannten Altstandorte und im UVE Einreichoperat behandelten Altstandorte Krcal-Grube und Schafflerhof hinausgehen, welche durch die Bauarbeiten eine Gefährdung für die Boden- und Grundwasserqualität erwarten lassen, sind die Bauarbeiten in den als kontaminiert erkannten Bereiche unverzüglich einzustellen und die wasserrechtliche Bauaufsicht zu benachrichtigen. Die zuständige Behörde ist umgehend zu verständigen und ein entsprechendes Sicherungs- und Entsorgungskonzept vorzulegen bzw. eine allenfalls erforderliche behördliche Genehmigung zu erwirken, damit sie die nach den §§ 73ff AWG gebotenen Maßnahmen setzen kann.

07. TIERE UND DEREN LEBENSRÄUME

Teilbereich Wien

Maßnahmenvorschlag 7.3

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Für alle Maßnahmen zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen des Vorhabens auf Hamster ist spätestens 6 Monate vor Baubeginn ein Detailkonzept der Naturschutzbehörde vorzulegen, das auf dem Stand des Wissens geplante Maßnahme beschreibt und Methoden der vorgesehenen Erfolgskontrolle beinhaltet.

Stellungnahme:

CEF-Maßnahmen finden definitionsgemäß im Vorfeld allfälliger Eingriffe statt. Daher erscheint es aus Sicht der ASFINAG sinnvoll, das angesprochene Detailkonzept vor Inangriffnahme der Maßnahme der Naturschutzbehörde vorzulegen.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Für alle Maßnahmen zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen des Vorhabens auf Hamster ist ~~spätestens 6 Monate vor Baubeginn~~ **Inangriffnahme der Maßnahme** ein Detailkonzept der Naturschutzbehörde vorzulegen, das auf dem Stand des Wissens geplante Maßnahme beschreibt und Methoden der vorgesehenen Erfolgskontrolle beinhaltet.*

Maßnahmenvorschlag 7.5

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Für alle Maßnahmen zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen des Vorhabens auf die Zauneidechse ist spätestens 6 Monate vor Baubeginn ein Detailkonzept der Naturschutzbehörde vorzulegen, das auf dem Stand des Wissens geplante Maßnahmen beschreibt und Methoden der vorgesehenen Erfolgskontrolle beinhaltet.

Stellungnahme:

CEF-Maßnahmen finden definitionsgemäß im Vorfeld allfälliger Eingriffe statt. Daher erscheint es aus Sicht der ASFINAG sinnvoll, das angesprochene Detailkonzept vor Inangriffnahme der Maßnahme der Naturschutzbehörde vorzulegen.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Für alle Maßnahmen zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen des Vorhabens auf die Zauneidechse ist **spätestens 6 Monate vor Baubeginn Inangriffnahme der Maßnahme** ein Detailkonzept der Naturschutzbehörde vorzulegen, das auf dem Stand des Wissens geplante Maßnahme beschreibt und Methoden der vorgesehenen Erfolgskontrolle beinhaltet.*

Maßnahmenvorschlag 7.8

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die Nester von Neuntöter und Nachtigall (und anderen buschbrütenden Vogelarten) werden als jährlich erneuerte Niststätten aufgefasst. Dennoch sind, um Verlust an Brutplätzen zu vermeiden, Ersatzpflanzungen von entsprechenden Strauchgruppen im Sinne von CEF-Maßnahmen rechtzeitig vor dem Eintreten der Wirkung, also mindestens 2 Saisonen vor dem Bau, vorzunehmen. Ergänzungen von Hecken oder Strauchgruppen sind zulässig. Für die Maßnahme ist der Naturschutzbehörde rechtzeitig ein Detailkonzept vorzulegen.

Stellungnahme:

Aufgrund der Mobilität der relevanten Arten scheint es aus Sicht der Projektwerberin nicht notwendig, eine Maßnahmenwirksamkeit 2 Saisonen vor dem Eingriff vorzusehen.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Die Nester von Neuntöter und Nachtigall (und anderen buschbrütenden Vogelarten) werden als jährlich erneuerte Niststätten aufgefasst. Um den Verlust an Brutplätzen zu vermeiden, sind Ersatzpflanzungen von entsprechenden Strauchgruppen im Sinne von CEF-Maßnahmen rechtzeitig vor dem Eintreten ihrer Wirkung, also **spätestens in der Brutsaison vor dem Bau anzulegen**, um ihre Wirkung mit dem Eintreten der Vorhabenswirkung sicherzustellen. Ergänzungen von Hecken oder Strauchgruppen sind zulässig. Für die Maßnahme ist der Naturschutzbehörde rechtzeitig ein Detailkonzept vorzulegen.*

Maßnahmenvorschlag 7.10

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

*Für die im Projekt vorgesehenen und hier ergänzten Maßnahmen zur Schaffung funktionstüchtiger Lebensräume im Sinne von CEF-Maßnahmen ist **spätestens 6 Monate vor Baubeginn** ein Detailkonzept der*

Naturschutzbehörde vorzulegen, das auf dem Stand des Wissens geplante Maßnahmen beschreibt und Methoden der vorgesehenen Erfolgskontrolle beinhaltet.

Stellungnahme:

CEF-Maßnahmen finden definitionsgemäß im Vorfeld allfälliger Eingriffe statt. Daher erscheint es aus Sicht der ASFINAG sinnvoll, das angesprochene Detailkonzept vor Inangriffnahme der Maßnahme der Naturschutzbehörde vorzulegen.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Für die im Projekt vorgesehenen und hier ergänzten Maßnahmen zur Schaffung funktionstüchtiger Lebensräume im Sinne von CEF-Maßnahmen ist ~~spätestens 6 Monate vor Baubeginn~~ **Inangriffnahme der Maßnahme** ein Detailkonzept der Naturschutzbehörde vorzulegen, das auf dem Stand des Wissens geplante Maßnahmen beschreibt und Methoden der vorgesehenen Erfolgskontrolle beinhaltet.*

Teilbereich Wien

Maßnahmenvorschlag 7.23

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Für die im Projekt vorgesehenen und hier ergänzten Maßnahmen zur Schaffung funktionstüchtiger Lebensräume im Sinne von CEF-Maßnahmen ist ~~spätestens 6 Monate vor Baubeginn~~ ein Detailkonzept der Naturschutzbehörde vorzulegen, das auf dem Stand des Wissens geplante Maßnahmen beschreibt und Methoden der vorgesehenen Erfolgskontrolle beinhaltet.

Stellungnahme:

CEF-Maßnahmen finden definitionsgemäß im Vorfeld allfälliger Eingriffe statt. Daher erscheint es aus Sicht der ASFINAG sinnvoll, das angesprochene Detailkonzept vor Inangriffnahme der Maßnahme der Naturschutzbehörde vorzulegen.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Für die im Projekt vorgesehenen und hier ergänzten Maßnahmen zur Schaffung funktionstüchtiger Lebensräume im Sinne von CEF-Maßnahmen ist ~~spätestens 6 Monate vor Baubeginn~~ **Inangriffnahme der Maßnahme** ein Detailkonzept der Naturschutzbehörde vorzulegen, das auf dem Stand des Wissens geplante Maßnahmen beschreibt und Methoden der vorgesehenen Erfolgskontrolle beinhaltet.*

Teilbereich Niederösterreich

Maßnahmenvorschlag 7.26

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Für Maßnahmen zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen des Vorhabens auf Hamster und Zauneidechse ist spätestens 6 Monate vor Baubeginn ein Detailkonzept der Naturschutzbehörde vorzulegen, das auf dem Stand des Wissens geplante Maßnahme beschreibt und Methoden der vorgesehenen Erfolgskontrolle beinhaltet.

Stellungnahme:

CEF-Maßnahmen finden definitionsgemäß im Vorfeld allfälliger Eingriffe statt. Daher erscheint es aus Sicht der ASFINAG sinnvoll, das angesprochene Detailkonzept vor Inangriffnahme der Maßnahme der Naturschutzbehörde vorzulegen.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Für Maßnahmen zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen des Vorhabens auf Hamster und Zauneidechse ist spätestens 6 Monate vor Baubeginn **Inangriffnahme der Maßnahme** ein Detailkonzept der Naturschutzbehörde vorzulegen, das auf dem Stand des Wissens geplante Maßnahme beschreibt und Methoden der vorgesehenen Erfolgskontrolle beinhaltet.*

Teilbereich Wien

Maßnahmenvorschlag 7.31

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die Grünbrücke ist jährlich zweimal auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Funktionswidrige Objekte, wie z.B. abgestellte Geräte, Müll, Schnittgut, jagdliche Ansitzeinrichtungen oder andere Fremdobjekte sind zu entfernen. (Betriebsauflage)

Stellungnahme:

Aus der Sicht der Projektwerberin ist darauf hinzuweisen, dass sich ihre unmittelbare Verfügungsmacht rechtlich auf jene Flächen beschränkt, die in ihrem Eigentum stehen. Die Projektwerberin hat daher keinen unmittelbaren Einfluss und keine durchsetzbare Möglichkeit, Maßnahmen Dritter, die auf Fremdgrund gesetzt werden, zu verhindern.

Der Maßnahmenvorschlag sollte daher räumlich auf Flächen der Projektwerberin beschränkt und wie folgt präzisiert werden:

Die Grünbrücke ist jährlich zweimal auf ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen. Funktionswidrige Objekte, wie z.B. abgestellte Geräte, Müll, Schnittgut, jagdliche Ansitzeinrichtungen oder andere Fremdobjekte sind zu entfernen, sofern und soweit sie sich auf Grundstücken der Projektwerberin befinden (Betriebsauflage).

09. OBERFLÄCHENGEWÄSSER UND GRUNDWASSER

Maßnahmenvorschlag 9.6

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Der zur Versickerung der Niederschlagswässer in der Bauphase genutzte, anstehende Boden je Baufeld, ist mit einer mind. 10 cm dicken Oberbodenschichte (Rasen) zu beaufschlagen.

Stellungnahme:

Es sollte eine Präzisierung stattfinden, da während der Bauphase keine Anlage von Rasen sinnvoll ist.

Daher wird folgende Präzisierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Der zur Versickerung der Niederschlagswässer in der Bauphase genutzte, anstehende Boden je Baufeld, ist mit einer mind. 10 cm dicken Oberbodenschichte ~~(Rasen)~~ zu beaufschlagen.

Maßnahmenvorschlag 9.8

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die Filtermulde Telefonweg – GSA TW ist baulich so auszuführen, dass eine Ableitung der Winterwässer (im Betrieb) in die Kanalisation ermöglicht wird.

Stellungnahme:

Das Entwässerungssystem im Bestand (Bereich Röbbelinggasse, Telefonweg, Schafflerhofstraße) wird auch bisher nicht in den Kanal einleitet. Durch das Projekt wird in diesem Bereich das bisherige Entwässerungssystem beibehalten. Somit ist keine Verschlechterung der IST-Situation zu erwarten. Zusätzlich wurde zur Verbesserung der Bestandssituation ein erforderlicher Ersatzbrunnen oberstromig von der Grundwasserfließrichtung situiert.

Aus oben genannten Gründen sollte der Maßnahmenvorschlag entfallen.

Maßnahmenvorschlag 9.10

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Der Winterbetrieb der Gewässerschutzanlagen ist auf den Zeitraum zwischen Anfang Oktober (01.10.) und Ende April (30.04.) jeden Jahres auszuweiten.

Stellungnahme:

Die genrelle Umstellung auf Winterbetrieb bereits Anfang Oktober bzw. Ende erst mit 30.04. läuft der bestehenden Praxis beim Betrieb von Gewässerschutzanlagen entgegen und erscheint der ASFINAG in dieser generellen Form als nicht erforderlich. Eine Koppelung des Betriebs an die tatsächlichen Witterungsbedingungen erscheint sinnvoller.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Sofern sich nach dem 31.03. (Umstellung auf Sommerbetrieb) oder vor dem 1.11. (Umstellung auf Winterbetrieb) die Notwendigkeit ergibt natrium- oder halogenidhaltigen Auftaumittelauf die Straße aufzubringen, ist das System auf „Winterbetrieb“ umzustellen.

Maßnahmenvorschlag 9.19

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

siehe auch Bauphase

Stellungnahme:

Es ist nicht eindeutig klar, auf welche beschriebenen Maßnahmenvorschlag der Bauphase sich diese Maßnahme bezieht.

Daher wird um folgende Aufklärung zum Maßnahmenvorschlag ersucht:

Die Inhalte des Maßnahmenvorschlags müssen präzisiert bzw. an den adaptierten Sachverhalt angepasst werden.

11. KULTURGÜTER

Maßnahmenvorschlag 11.4

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die Beweissicherung für archäologische Maßnahmen und Maßnahmen Wirksamkeit in der Betriebsphase erfolgt durch die Übergabe der Dokumentationen und die Berichte zu Prospektion, Recherche und der Ausgrabungen an das Bundesdenkmalamt. Die Kontrolle der Maßnahmenwirksamkeit erfolgt durch das Bundesdenkmalamt. Die Funde sind zur fachgerechten Verwahrung an eine geeignete Institution zu übergeben.

Stellungnahme:

Vor dem Hintergrund der einschlägigen Regelungen des § 399 ABGB iVm § 8ff des Denkmalschutzgesetzes kann durch die im letzten Satz des Maßnahmenvorschlages enthaltene Verpflichtung zur Übergabe an eine geeignete Institution aus rechtlicher Sicht keine Änderung der gesetzlich bzw vertraglich geregelten Eigentumsverhältnisse an allfälligen Zufallsfunden herbeigeführt werden.

Um Missverständnisse von vornherein zu vermeiden wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Die Beweissicherung für archäologische Maßnahmen und Maßnahmenwirksamkeit in der Betriebsphase erfolgt durch die Übergabe der Dokumentationen und die Berichte zu Prospektion, Recherche und der Ausgrabungen an das Bundesdenkmalamt. Die Kontrolle der Maßnahmenwirksamkeit erfolgt durch das Bundesdenkmalamt. Die Funde sind – **unbeschadet der gesetzlichen bzw vertraglichen Eigentumsverhältnisse** – im Sinn der §§ 8ff Denkmalschutzgesetz zur fachgerechten Verwahrung an eine geeignete Institution zu übergeben.*

12. FORSTWIRTSCHAFT (WALDÖKOLOGIE) UND WILDÖKOLOGIE

Maßnahmenvorschlag 12.9

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Im Umkreis von 100 m von der vorgesehenen Grünbrücke dürfen in der Bauphase außerhalb des in der UVE definierten Baufeldes keine Baustelleneinrichtungen, Lagerflächen, Maschinenabstellplätze, Materialaufbereitungsanlagen o. dgl. errichtet werden.

Stellungnahme:

Es sollte eine Eingrenzung des Maßnahmenvorschlags auf das Baufeld und dessen direkten Umfelds vorgenommen werden.

Daher wird folgende Präzisierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Im ~~Umkreis von 100 m~~ Umfeld des Baufeldes von der vorgesehenen Grünbrücke dürfen in der Bauphase außerhalb des in der UVE definierten Baufeldes keine Baustelleneinrichtungen, Lagerflächen, Maschinenabstellplätze, Materialaufbereitungsanlagen o. dgl. errichtet werden.

Maßnahmenvorschlag 12.23

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die Wildzäune sind während der gesamten Betriebsdauer von der zuständigen Straßenmeisterei im Rahmen der regelmäßigen Streckenkontrollen hinsichtlich ihres Zustandes zu prüfen. Sollten Mängel festgestellt werden, sind diese zu beseitigen. Die Kontrollergebnisse und ein Bericht über eventuelle Maßnahmen sind zumindest einmal jährlich am 15. Februar schriftlich an die UVP-Behörde zu übermitteln.

Stellungnahme:

Im Zuge des üblichen Betriebs von Autobahnen und Schnellstraßen wird alleine aus Sicherheitsüberlegungen heraus die Funktionsfähigkeit der Wildschutzleiteinrichtung/-wildschutzzäune im Rahmen der regelmäßigen Trasseninspektionen routinemäßig überprüft. Fehlstellen und Schäden werden unverzüglich behoben. Aus Sicht der Projektwerberin erscheint eine jährliche Berichtslegung an die UVP-Behörde auf Bestandsdauer als deutlich überschießend und unverhältnismäßig.

Daher wird folgende Präzisierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Die Wildzäune sind während der gesamten Betriebsdauer von der zuständigen Straßenmeisterei im Rahmen der regelmäßigen Streckenkontrollen hinsichtlich ihres Zustandes zu prüfen. Sollten Mängel festgestellt werden, sind diese zu beseitigen. ~~Die Kontrollergebnisse und ein Bericht über eventuelle Maßnahmen sind zumindest einmal jährlich am 15. Februar schriftlich an die UVP-Behörde zu übermitteln.~~

13. HYDROGEOLOGIE

Maßnahmenvorschlag 13.11

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die präventive Streuung im gegenständlichen Trassenbereich ist ausschließlich mit Feuchtsalz „FS70“ oder einen höheren Soleanteil zulässig.

Stellungnahme:

Aus fachlicher Sicht sollten auch Produkte, die aufgrund des technologischen Fortschritts künftig dem Stand der Technik entsprechen, ggf. als sinnvoller erweisen, nicht ausgeschlossen werden.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Die präventive Streuung im gegenständlichen Trassenbereich ist ~~ausschließlich mit Feuchtsalz „FS70“ oder einen höheren Soleanteil zulässig~~ mit entsprechenden Auftaumitteln durchzuführen.

Maßnahmenvorschlag 13.18

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Bei folgenden Grundwassermessstellen der GZÜV müssen ab 6 Monaten vor Baubeginn bis zum Ende der Bauarbeiten die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen erhoben werden. Der Erhebungsumfang muss zumindest die Mindestumfang gemäß Trinkwasserverordnung (TWV, BGBl II 304/2001 i.d.g.F sowie den Summenparameter Kohlenwasserstoffindex umfassen: PG 92200572, PG 9220272, PG92200552, PG92200472, PG92200542, PG92200522, PG 30800092, PG 92200302, PG92200332

Stellungnahme:

Aus fachlicher Sicht ist diese Maßnahme hinsichtlich der Grundwassermessstellen zu präzisieren.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

*Bei folgenden Grundwassermessstellen der GZÜV müssen ab 6 Monaten vor Baubeginn bis zum Ende der Bauarbeiten die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen **der GZÜ (Gewässerzustandsüberwachung)** erhoben werden. Der Erhebungsumfang muss zumindest die Mindestumfang gemäß Trinkwasserverordnung (TWV, BGBl II 304/2001 i.d.g.F sowie den Summenparameter Kohlenwasserstoffindex umfassen: PG 92200572, PG 9220272, PG92200552, PG92200472, PG92200542, PG92200522, PG 30800092, PG 92200302, PG92200332*

Maßnahmenvorschlag 13.21

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Der zuständigen Wasserrechtsbehörde ist jährlich bis 15.02. des Folgejahres ein Bericht mit Berücksichtigung der ermittelten Wasseruntersuchungen und Wasserstandsmessungen des regionalen Niederschlags- und Abflussgeschehens vorzulegen.

Stellungnahme:

Amtliche Daten stehen erst 2-3 Monate nach Jahresende zur Verfügung, daher ist der Maßnahmenvorschlag hinsichtlich des Zeitpunkts der Berichtslegung abzuändern.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Der zuständigen Wasserrechtsbehörde ist jährlich bis ~~15.02.~~ 31.03. des Folgejahres ein Bericht mit Berücksichtigung der ermittelten Wasseruntersuchungen und Wasserstandsmessungen des regionalen Niederschlags- und Abflussgeschehens vorzulegen.

Maßnahmenvorschlag 13.25

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Bei folgenden Grundwassermessstellen der GZÜV müssen ab Inbetriebnahme bis zum Ende des Monitorings die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen erhoben werden. Der Erhebungsumfang muss zumindest die Mindestuntersuchung gemäß Trinkwasserverordnung (TWV, BGBl II 304/2001 i.d.g.F.) sowie den Summenparameter Kohlenwasserstoffindex umfassen.

PG 92200572, PG 9220272, PG92200552, PG92200472, PG92200542, PG92200522, PG 30800092, PG 92200302, PG92200332

Stellungnahme:

Aus fachlicher Sicht ist diese Maßnahme hinsichtlich der Grundwassermessstellen zu präzisieren.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Bei folgenden Grundwassermessstellen der GZÜV müssen ab Inbetriebnahme bis zum Ende des Monitorings die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen der GZÜ (Gewässerzustandsüberwachung) erhoben

werden. Der Erhebungsumfang muss zumindest die Mindestuntersuchung gemäß Trinkwasserverordnung (TWV, BGBl II 304/2001 i.d.g.F.) sowie den Summenparameter Kohlenwasserstoffindex umfassen.

PG 92200572, PG 9220272, PG92200552, PG92200472, PG92200542, PG92200522, PG 30800092, PG 92200302, PG92200332

Maßnahmenvorschlag 13.26

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Jährliche Es hat eine jährliche Berichtslegung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Wasseruntersuchungen und Wasserstandsmessungen sowie des regionalen Niederschlags- und Abflussgeschehens samt Evaluierung in Hinblick auf die kommende Messperiode, unter Berücksichtigung der gemessenen und erhobenen Grundwasserdaten in der Betriebsphase an die zuständige Wasserrechtsbehörde bis zum 15.02 des Folgejahres zu erfolgen.

Stellungnahme:

Aus Gründen der Vereinheitlichung von Abgabedaten und da bestimmte Messergebnisse absehbar erst im März vorliegen, sollte diese Maßnahme aus fachlicher Sicht präzisiert werden.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Es hat eine jährliche Berichtslegung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Wasseruntersuchungen und Wasserstandsmessungen sowie des regionalen Niederschlags- und Abflussgeschehens samt Evaluierung in Hinblick auf die kommende Messperiode, unter Berücksichtigung der gemessenen und erhobenen Grundwasserdaten in der Betriebsphase an die zuständige Wasserrechtsbehörde bis zum ~~15.02~~ 31.03 des Folgejahres zu erfolgen.

2 STELLUNGNAHME ZUM FACHGUTACHTEN WASSERRECHT

OBERFLÄCHENGEWÄSSER UND GRUNDWASSER

Maßnahmenvorschlag 28)

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Die Straßenwässer der GSA TW (Filtermulde) dürfen im Winterbetrieb nicht versickert werden, sondern sind in die Kanalisation (Zustimmungserklärung des Kanalbetreibers erforderlich) abzuführen. Eine Darstellung und Beschreibung einer entsprechenden baulichen Ausbildung ist der wasserrechtlichen Bauaufsicht und der Behörde vor Baubeginn vorzulegen.

Stellungnahme:

Die Projektwerberin verweist auf den Maßnahmenvorschlag 9.8 des UVGA.

HYDROGEOLOGIE

GEFORDERTE AUFLAGEN – ALLGEMEINES

Maßnahmenvorschlag 19)

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Der Rückbau der Brunnen (BR1_NEU, BR2_NEU) nach Beendigung der Bauphase hat in der Weise zu erfolgen, dass nach Entfernen aller Einbauten (Tauchpumpen, Druckrohrleitungen, Kabel etc.) der verbleibende Hohlraum mit qualitativ einwandfreiem Bodenmaterial entsprechend der Klasse A2-G gemäß Bundesabfallwirtschaftsplan 2011 verfüllt wird.

Stellungnahme:

Die Brunnen BR1_NEU und BR2_NEU sind auch in der Betriebsphase für die Beweissicherung vorgesehen, weshalb aus Sicht der Projektwerberin diese Maßnahme entfallen sollte.

Aus oben genanntem Grund sollte der Maßnahmenvorschlag entfallen.

Maßnahmenvorschlag 28)

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Bei folgenden Grundwassermessstellen der GZÜV müssen ab 6 Monaten vor Baubeginn bis zum Ende der Bauarbeiten die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen erhoben werden. Der Erhebungsumfang muss zumindest die Mindestumfang gemäß Trinkwasserverordnung (TWV, BGBl II 304/2001 i.d.g.F. sowie den Summenparameter Kohlenwasserstoffindex umfassen:

PG 92200572, PG 9220272, PG92200552, PG92200472, PG92200542, PG92200522, PG 30800092, PG 92200302, PG92200332

Stellungnahme:

Die Projektwerberin verweist auf den Maßnahmenvorschlag 13.18 des UVGA.

Maßnahmenvorschlag 37)

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Bei folgenden Grundwassermessstellen der GZÜV müssen ab Inbetriebnahme bis zum Ende des Monitorings die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen erhoben werden.

Der Erhebungsumfang muss zumindest die Mindestuntersuchung gemäß Trinkwasserverordnung (TWV, BGBl II 304/2001 i.d.g.F. sowie den Summenparameter Kohlenwasserstoffindex umfassen.

PG 92200572, PG 9220272, PG92200552, PG92200472, PG92200542, PG92200522, PG 30800092, PG 92200302, PG92200332

Stellungnahme:

Die Projektwerberin verweist auf den Maßnahmenvorschlag 13.18 des UVGA.

Maßnahmenvorschlag 38)

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Jährliche Berichtslegung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Wasseruntersuchungen und Wasserstandsmessungen sowie des regionalen Niederschlags- und Abflussgeschehens samt Evaluierung in Hinblick auf die kommende Messperiode, unter Berücksichtigung der gemessenen und erhobenen Grundwasserdaten in der Betriebsphase an die zuständige Wasserrechtsbehörde bis zum 31. Jänner des Folgejahres.

Stellungnahme:

Die Projektwerberin verweist auf den Maßnahmenvorschlag 13.26 des UVGA.

ALTSTANDORTE

Maßnahmenvorschlag 2)

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Für die im Bereich der Altablagerungen Krcal – Grube und Schafflerhof angetroffenen Grundwässer sind oberstromig und grundwasserabstromig und entsprechend den im WR Einreichoperat angeführten Überwachungsintervallen qualitativ und quantitativ vor Baubeginn beweiszusichern. Dies betrifft auch die Errichtung und Beprobung der Sonde P1 Neu (Schafflerhof) Entgegen den im UVE Fachbericht WU_10-03_abfallwirt-Konzept_170228 sowie im WR Einreichprojekt angeführten Parametern sind als Mindestuntersuchungsumfang die Werte gemäß Trinkwasserverordnung (TWV, BGBl II 304/2001 i.d.g.F. bzw. Lebensmittelcodex (Kapitel B1-Teil C – Parameter mit Indikatorfunktion) sowie der Summenparameter Kohlenwasserstoffindex, Nitrit, Nitrat, Bor, PAK 15 und TOC (oder Oxidierbarkeit) zu essen. Zudem sind Wasserstand, Temperatur und Leitfähigkeit im Zuge der Probenahme zu ermitteln und zu dokumentieren. Von einer Bestimmung des Indikatorparameters Radioaktivität kann Abstand genommen werden, sofern kein Verdacht diesbezüglich besteht.

Stellungnahme:

Der Untersuchungsumfang gemäß der Werte nach Trinkwasserverordnung (TWV, BGBl II 304/2001 i.d.g.F. bzw. Lebensmittelcodex (Kapitel B1-Teil C – Parameter mit Indikatorfunktion) für das vorliegende niedrige Gefährdungsprofil erscheint nicht angemessen. Untersucht werden sollen die als relevant angeführten Parameter der ÖNORM S 2088-1 sowie der Summenparameter Kohlenwasserstoffindex, Nitrit, Nitrat, Bor, PAK 15 und TOC und Permanganat-Index.

Daher wird folgende Umformulierung des Maßnahmenvorschlags angeregt:

Für die im Bereich der Altablagerungen Krcal – Grube und Schafflerhof angetroffenen Grundwässer sind oberstromig und grundwasserabstromig und entsprechend den im WR Einreichoperat angeführten Überwachungsintervallen qualitativ und quantitativ vor Baubeginn beweiszusichern. Dies betrifft auch die

~~Errichtung und Beprobung der Sonde P1 Neu (Schafflerhof). Entgegen den im UVE Fachbericht WU_10-03_abfallwirt-Konzept_170228 sowie im WR Einreichprojekt angeführten Parametern sind als Mindestuntersuchungsumfang die Werte gemäß Trinkwasserverordnung (TWV, BGBl II 304/2001 i.d.g.F. bzw. Lebensmittelcodex (Kapitel B1 Teil C – Parameter mit Indikatorfunktion) sowie der Summenparameter Kohlenwasserstoffindex, Nitrit, Nitrat, Bor, PAK 15 und TOC (oder Oxidierbarkeit) zu essen. Untersucht werden sollen die als relevant angeführten Parameter der ÖNORM S 2088-1 sowie der Summenparameter Kohlenwasserstoffindex, Nitrit, Nitrat, Bor, PAK 15 und TOC und Permanganat-Index. Zudem sind Wasserstand, Temperatur und Leitfähigkeit im Zuge der Probenahme zu ermitteln und zu dokumentieren. Von einer Bestimmung des Indikatorparameters Radioaktivität kann Abstand genommen werden, sofern kein Verdacht diesbezüglich besteht.~~

Maßnahmenvorschlag 5)

Der Maßnahmenvorschlag lautet wie folgt:

Werden Maßnahmenschwellenwerte für die im UVE Fachbericht als Überwachungsparameter angegebenen Werte nach ÖN 2088-1 einmal überschritten und ist diese Überschreitung bei einer nachfolgenden, innerhalb von 48 h zusätzlich zu ziehenden Probe ebenfalls nachweisbar, ist umgehend die im WR Einreichprojekt vorgesehene Sperrbrunnen- und Grundwasseraufbereitungsanlage in Abstimmung mit der zuständigen wasserrechtlichen Bauaufsicht aufzubauen und in Betrieb zu nehmen. Dazu sind im Vorfeld (2 Wochen vor Beginn der Erdbauarbeiten) alle erforderlichen grundlegenden baulichen Arbeiten (Errichtung der Sperrbrunnen und Versickerungsschlitze, Fundamentplatten) herzustellen. Die maschinellen und elektrotechnischen Anlagenteile sind nachweislich abrufbereit vorzuhalten, um diese maschinellen und elektrotechnischen Anlagenteile bei Bedarf umgehend (binnen 10 Werktagen) ein- bzw. aufbauen und so eine rasche Inbetriebnahme der erforderlichen Anlagenteile sicherstellen zu können.

Stellungnahme:

Die Projektwerberin verweist auf den Maßnahmenvorschlag 6b.6 des UVGA.

	A23 südl Ast Stadlau	S2 nördl Ast Gewerbepark Stadlau	Breitenleer Str Stadtgrenze	Hirschstetten: Breitenleer/ west Ziegelhofstr	Hausfeldstr/ nördl Pfalzgasse	Ziegelhofstr /nö. Berres- gasse	Ziegelhofstr /nö. Quaden-str	Berresgasse / west Priquetgasse	Hausfeldt / nördl Ostbahn	Stadtstr Tunnel Hausfeld	Stadtstr westl Anbindung Quadenstr
Bestand 2012 (S. 73)	101.300	61.700	11.300	13.400	5.400	5.300	5.100	2.100	10.200		
0.E.1.2019 (S. 83)	119.300	76.300	10.100	11.600	10.400	8.300	6.000	4.500	17.400		
1.2019/Bestand 2012	118%	124%	89%	87%	193%	157%	118%	214%	171%		
1.E.1.2019 (S.88)	125.300	71.700	6.200	10.300	8.800	7.400	5.200	3.400	13.800	20.300	27.800
1.E.1.2019/O.E.1.2019	105%	94%	61%	89%	85%	89%	87%	76%	79%		
0.D.2.2030 (S.127)	119.100	75.800	10.400	12.000	15.100	12.000	9.800	5.300	24.100		
2.2030/Bestand 2012	118%	123%	92%	90%	280%	226%	192%	252%	236%		
1.D.2.2030 (S.137)	121.900	77.800	6.000	10.600	12.400	9.700	7.600	4.400	17.400	27.500	30.900
2.2030/Bestand 2012	120%	126%	53%	79%	230%	183%	149%	210%	171%		

Beilage . / 70